

Freie wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung eines
Mastergrades am Fachbereich Geschichts- und
Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin im
Masterstudiengang Public History

Eingereicht von Jonathan Welker

Erstprüfer: Prof. Dr. Martin Lücke
Zweitprüfer: Prof. Dr. Michael Wildt

Sowjetische Kriegsgefangene in der deutschen Erinnerungskultur

Der lange Kampf um Entschädigung und Anerkennung

Inhaltsverzeichnis

1. Zur Einführung	4
1.1 Einleitung.....	4
1.2 Forschungsstand.....	7
1.3 Das Schicksal der sowjetischen Soldaten in deutscher Gefangenschaft.....	8
2. Historiographie, Erinnerungspolitik und -kultur in beiden deutschen Staaten	13
2.1 Die 1950er und 1960er Jahre in der Bundesrepublik.....	14
2.1.1 Erinnerungspolitik.....	14
2.1.2 Erinnerungskultur.....	15
2.1.3 Historische Forschung.....	17
2.2. Die 1950er und 1960er Jahre in der DDR.....	19
2.2.1 Erinnerungspolitik.....	19
2.2.2 Erinnerungskultur.....	20
2.2.3 Historische Forschung.....	22
2.3. Die 1970er und 1980er-Jahre in der BRD.....	22
2.3.1 Erinnerungspolitik.....	22
2.3.2. Erinnerungskultur.....	23
2.3.3 Historische Forschung.....	24
2.4 Die 1970er und 1980er-Jahre in der DDR.....	25
2.4.1 Erinnerungspolitik.....	25
2.4.2 Erinnerungskultur.....	26
2.4.3 Historische Forschung.....	27
2.5 Zwischenfazit	28
3. Musealisierung, Entschädigungsdebatten und ausbleibende Anerkennung	32
3.1 Das Schicksal der sowjetische Kriegsgefangenen im vereinigten Deutschland.....	32
3.2. Entschädigung für Zwangsarbeitende – Erkämpfte Anerkennung und neue Ausschlüsse.....	35
3.3 Zwischenfazit.....	37
4. Von der Relativierung zur Anerkennung – Das Konfliktnetzwerk	39
4.1 Historische Netzwerkanalysen.....	39
4.2 Das Konfliktnetzwerk um die Zwangsarbeiterentschädigung.....	41
4.3 Das Konfliktnetzwerk um Entschädigung & Anerkennung	43
4.4 Lobbyismus und Bundestagsdebatten - Der Quellenkorpus.....	45
4.5. Der Kampf um Entschädigung – 2003-2015.....	46
4.5.1 Die ersten Aktivitäten von Kontakte-Kontakty e.V. - 2003-2005.....	46
4.5.2 Bürger-Engagement & erste bundespolitische Debatten - 2005-2011.....	48
4.5.3 Koalitionsfrieden & Außenpolitik - 2011-2014.....	51
4.5.4 Das Jahr der Entscheidung - 2015.....	53
4.5.5 Die Anerkennungszahlungen – Ein Teilsieg.....	57
4.5.6 Ausblick: Kämpfe um Anerkennung - 2016-2020.....	59
4.6 Zwischenfazit.....	62
5. Fazit	64
6. Wissenschaftlicher Apparat	69
Literaturverzeichnis.....	69
Quellenverzeichnis.....	74
Online-Ressourcen.....	77

1. Zur Einführung

1.1 Einleitung

„Was ich alles in der Gefangenschaft erlitten habe, möchte ich hier nicht beschreiben. Es ist sehr schwer an Hunger, Schmerz, Erniedrigung und Sehnsucht nach der Familie und Heimat zurückzudenken. (...) Ich würde gerne in Berlin ein Denkmal sehen, (...) das die Würde der Gefangenen darstellt und auf die Missetaten des Faschismus hinweist, damit die Menschen in aller Welt die Lehre der Geschichte nie vergessen.“¹

Boris Petrowitsch Schirokow, ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener

Die Darstellung von Boris Schirokow ist nur eines von unzähligen Beispielen individueller Erinnerungen ehemaliger Soldat*innen² der Roten Armee an die deutsche Gefangenschaft. Besonders wird sie zum einen durch ihre Kenntnisnahme und Publikationen in Deutschland, zum anderen durch das explizite Einfordern einer erinnerungspolitischer Repräsentation im Land der Täter. Denn obwohl Menschen wie Schirokow numerisch die zweitgrößte Opfergruppe des Nationalsozialismus waren, ist ihr Schicksal in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur heutzutage nach wie vor wenig präsent.

Als Jan Korte, der parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraction im Bundestag, im Januar 2019 die größten Fakten über die ehemaligen gefangenen Rotarmist*innen darlegte, war es dennoch bei weitem nicht das erste Mal, das im Parlament des vereinigten Deutschlands über Entschädigung, Anerkennung und Erinnerung für diese Opfergruppe debattiert wurde. „5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee sind damals in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten. Von diesen 5,7 Millionen starben 3,3 Millionen an Hunger, Kälte, Krankheiten und massenhaften Hinrichtungen. Das ist übersetzt eine Sterblichkeitsquote von 60 Prozent“, so Korte.³ Der Bundestagsabgeordnete forderte zum Abschluss seiner Rede die Einrichtung eines zentralen Erinnerungsortes in Berlin für diese kaum begreifbare Zahl von Opfern des deutschen Vernichtungskrieges. Damit griff Korte nicht nur die persönliche Forderung des eingangs zitierten Boris Schirokow auf, sondern ging auch auf die deutschen zivilgesellschaftliche Initiativen ein, deren zentrale Forderung neben der finanziellen Entschädigung der Opfer ein solcher Ort seit

¹ Zitiert nach: Kontakte-Kontakty e.V. (Hrsg.): „Ich werde es nie vergessen“. Briefe sowjetischer Kriegsgefangener 2004-2006, Berlin 2007, S.121.

² Im Folgenden wird zur Sichtbarmachung geschlechtlicher Vielfalt – gerade bei großen und schwer überschaubaren Gruppen – der sogenannte Genderstern verwendet. Alternativ finden auch geschlechtsneutrale Bezeichnungen wie „Kriegsgefangene“ oder „Zwangsarbeitende“ Anwendung. Sollte die geschlechtliche Zuordnung eindeutig möglich und für eine inhaltliche Bewertung notwendig sein, wird die männliche oder weibliche Form genutzt.

³ Rede Jan Korte zum Antrag der Linksfraction in der 173. Sitzung des Deutschen Bundestages am 31.1.2019. Online einsehbar unter: <https://www.jankorte.de/de/article/3197965.sowjetische-kriegsgefangene-als-ns-opfer-ankennen.html>. Letzter Zugriff 02.07.2020. Zur Kontroverse⁴ um die genauen Opferzahlen siehe Fußnote 22.

Jahren war.⁴ Eine finanzielle Zahlung erfolgte zwar mit den 2015 verabschiedeten „Anerkennungszahlungen“. Ein zentraler Erinnerungsort existiert, Stand heute, jedoch nicht und auch die offizielle Anerkennung der Opfergruppe und die geschichtspädagogische Arbeit zum Thema ist nach wie vor als marginal zu bezeichnen. So existieren, gruppieren sich diese zentralen Elemente der Erinnerungskultur bisher um die wenigen lokalen Gedenkstätten und Museen.⁵ Der vom damaligen Bundespräsident Joachim Gauck konstatierte „Erinnerungsschatten“, der die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen umgibt, entfaltet bis heute Wirksamkeit.⁶ Im Fokus dieser Arbeit steht also eine bislang marginalisierte Opfergruppe und damit ein spezifischer Teil der „zweiten Geschichte“ des Nationalsozialismus. Peter Reichel definiert diese als: „die bis heute andauernde, konfliktreiche Geschichte der Schuldbewältigung und Schuldverdrängung, des politischen Wandels, des trauernden Gedenkens, des öffentlichen Erinnerns und Vergessens, der historiografischen Deutung und Umdeutung, des Erfinden und Erzählens.“⁷

Wie aber ist es zu erklären, dass es erst so spät und unvollständig zur Entschädigung, Anerkennung und erinnerungspolitischen Repräsentation der sowjetischen Kriegsgefangenen kam? Dieser Leitfrage schließen sich drei weitere Fragen an: Warum sind diese sowohl in der BRD als auch in der DDR über die Jahrzehnte hinweg ignoriert worden und wie unterscheidet sie sich hierin von anderen Opfergruppen des Nationalsozialismus? Welche ideologisch beeinflussten Faktoren lassen sich hierfür im politischen Gedächtnis der beiden deutschen Staaten ausmachen? Und schließlich: Welche Veränderungen traten mit der Vereinigung dieser beiden Staaten ein und wie kam es unter diesen Umständen zur zumindest partiellen Erfolge in Entschädigung und Anerkennung seit 2015?

Diesen Fragen wird in der folgenden Arbeit in vier Schritten und mittels zweier unterschiedlicher methodischer Zugriffe nachgegangen. Im ersten Schritt werden, als Basis für alle weiteren Überlegungen, die realhistorischen und historiographischen Grundlagen des Komplexes zusammengefasst. In einem zweiten Kapitel werden die bisherige Forschung zum Komplex sowjetische Kriegsgefangene dargelegt, sowie der erinnerungspolitische Umgang in den beiden deutschen Staaten bis zur Vereinigung skizziert. Anhand der Forschungsliteratur und ausgewählter erinnerungskultureller Produkte werden die zentralen Ideologeme der Relativierung durch

⁴ Am längsten aktiv ist hier die „Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik“. Siehe: <https://www.gedenkort-lebensraumpolitik.de/>. Letzter Zugriff am 16.04.2021.

⁵ Als prominenteste Orte sind hier die Gedenkstätte Lager Sandbostel zwischen Bremen und Hamburg, die Gedenkstätte Ehrenhain/Zeithain in Sachsen und die Gedenkstätte zum ehemaligen Stalag VI K Senne in Nordrhein-Westfalen zu nennen, die im Weiteren noch ausführlicher Erwähnung finden werden. Das bekannteste Museum, das sich zumindest in einem Kapitel seiner Dauerausstellung dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen widmet, ist das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst.

⁶ Gauck, Joachim: Rede zur Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Schloß Holte-Stukenbrock, 06.05.2015, S.2. Online abrufbar unter: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2015/05/150506-Holte-Stukenbrock.pdf?__blob=publicationFile, letzter Zugriff am 05.04.2021.

⁷ Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute. München 2001, S.8-9

Vergleich, Antikommunismus und antifaschistischer Heldenmythos vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs herausgearbeitet. Durch eine derartig fokussierte Darstellung der ersten 45 Jahre des (Nicht-) Umgangs mit der Opfergruppe wird nachvollziehbar, vor welchem fachwissenschaftlichen, politischen und erinnerungskulturellen Hintergrund die Entwicklungen der folgenden Dekaden einzuordnen sind. In einem dritten Kapitel werden die ersten zehn Jahre nach der Vereinigung von BRD und DDR 1990-2000 in den Blick genommen. Zentral ist hier die Rolle der ehemaligen Rotarmist*innen in der Debatte um die Entschädigung von Zwangsarbeiter*innen und der Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ). Anhand eines Abgleiches mit dieser Opfergruppe und der Durchsetzung von Entschädigungszahlungen und erinnerungskultureller Repräsentation für diese, wird nachgezeichnet wie genau dieser Prozess ablief und wie durch Anerkennung immer auch Ausschlüsse produziert wurden. Den darauf folgenden politischen Debatten und zivilgesellschaftlichen Initiativen ist das vierte und abschließende Kapitel gewidmet. In diesem Teil der Arbeit werden, aufbauend auf den in den beiden ersten Kapiteln dargelegten Grundlagen, die erinnerungspolitischen Initiativen und Debatten im Zeitraum zwischen dem Jahr 2003 und 2020 eine genaue Untersuchung erfahren. Um den Untersuchungsgegenstand auf ein für eine solche Arbeit notwendiges Maß zu begrenzen, wird die Perspektive auf das politische Gedächtnis beschränkt bleiben.⁸ Formen des kollektiven Gedächtnisses, beispielsweise familiäre Tradierungen über den Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen bleiben bei einer derart begrenzten Perspektive leider außen vor, da ein entsprechender Quellenkorpus unüberschaubar und schwer zugänglich wäre. Um dennoch einen möglichst pluralen Zugang zur Debatte zu gewährleisten und nicht allein auf der parlamentarischen Ebene zu verharren, werden zwei zentrale Akteur*innen-Gruppen untersucht. Zu nennen sind hier zum einen die institutionellen politischen Akteure auf Bundesebene. Zum anderen, werden auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen und ihr Handeln in den Blick genommen. Hier wird die im genannten Untersuchungszeitraum zweifellos aktivste Initiative Kontakte-Kontakty - Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion e.V. untersucht. Aus zeitökonomischen Gründen und mangelnden Sprachkenntnissen muss bei all dem jedoch leider ein Zugriff reproduziert werden der „historisch-methodisch von der deutschen Perspektive“ ausgeht, den Dmitri Stratievski zu recht kritisiert.⁹ Erinnerungskultur und -politik in der Sowjetunion finden so nur Erwähnung, wenn sie Entwicklungen in den deutschen Staaten direkt beeinflussten.

⁸ Christina Morina definiert eine Untersuchung des politischen Gedächtnis als Analyse von öffentlich kommuniziertem historischen Wissen einer Funktionselite über ein bestimmtes historisches Ereignis. Siehe: Morina, Christina: Vernichtungskrieg, Kalter Krieg und politisches Gedächtnis. Zum Umgang mit dem Krieg gegen die Sowjetunion im geteilten Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft, 34. Jhg./Heft 2, 2008, S.252-291, hier S.254.

⁹ Stratievski, Dmitri: Sowjetische Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft. Menschenschicksale in Selbstzeugnissen, Berlin 2015, S.48-49.

All dies wird unter Zuhilfenahme eines methodischen Zweischritts erfolgen. Dabei wird zum einen Rekurs auf eine klassische Rekonstruktion der Chronologie der erinnerungskulturellen, politischen und fachwissenschaftlichen Entwicklungen genommen. Zum anderen wird der Zeitraum von der Jahrtausendwende bis dato mittels eines an die historische Netzwerkanalyse angelehnten Zugangs untersucht. Dank dieses doppelten Zugriffs, wird so die jahrzehntelange Kontroverse um Entschädigung, Anerkennung und erinnerungskulturelle Repräsentation des Schicksals der sowjetischen Kriegsgefangenen akteurszentriert nachgezeichnet. So soll es gelingen aufzuzeigen, wie ideologische Grundkonstanten (Kapitel 2), die Inklusion und Exklusion anderer Opfergruppen (Kapitel 3) und schließlich das Handeln spezifischer Akteur*innen in einem Konfliktnetzwerk (Kapitel 4) in der Konsequenz zu materiellen Zahlungen an eine sehr kleine Opfergruppe einerseits, einer noch geringen Anerkennung und erinnerungskulturellen Repräsentation andererseits führen – und damit den Status Quo markieren. Abschließend wird ein kurzer Ausblick auf die aktuelle Debatte um die Einrichtung eines Denkmals und Dokumentationszentrums für die Opfer von Vernichtungskrieg und NS-Politik in Osteuropa und der Sowjetunion geworfen.

1.2 Forschungsstand

Die bisherige Forschung zur „zweiten Geschichte“, zur Geschichte des Umgangs mit den sowjetischen Kriegsgefangenen, ist der mangelnden Repräsentanz und Verankerung dieser Opfergruppe entsprechend überschaubar. Im Gegensatz hierzu steht die immer weiter voranschreitende historische Forschung zur Realgeschichte des Umgangs mit den sowjetischen Soldat*innen in deutscher Gefangenschaft.¹⁰ Für die „zweite Geschichte“ ist jedoch zu konstatieren, dass die sich explizit der Erinnerungspolitik und -kultur über sowjetischen Kriegsgefangenen in den beiden deutschen Staaten widmende Literatur, so denn existent, lückenhaft ist.¹¹ Dies gilt in besonderem Maße für die DDR. Aus diesem Grund wird im Folgenden ersten Kapitel auch auf Publikationen zu Erinnerungskultur und Politik über den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion rekurriert, in denen, wenn auch peripher, das Schicksal der Kriegsgefangenen Erwähnung findet.¹²

¹⁰ Die entsprechende historische Forschung wird in der folgenden Einführung (1.1), sowie den entsprechenden Absätzen des ersten Kapitels (2.1. & 2.2.) referiert. Der aktuellste Forschungsüberblick findet sich bei Christian Streit. Siehe: Streit, Christian: Sowjetische Kriegsgefangene im Spiegel der wissenschaftlichen Forschung, in: Stiftung Topographie des Terrors (Hrsg.): Gedenkstätten Rundbrief, Nr. 197, 3/2020, S.3-9,

¹¹ Die wichtigsten Beiträge hierzu sind sicherlich die beiden Aufsätze von Jörg Osterloh und Jens Nagel, die Aufgrund ihres Umfangs jedoch nur Teilaspekte wie die Historiographie beleuchten können (Osterloh) oder stark auf regionale Auseinandersetzungen fokussieren (Nagel). Siehe: Osterloh, Jörg: Verdrängt, vergessen, verleugnet. Die Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen in der historischen Forschung in der Bundesrepublik und der DDR, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 47, 10/1996, S.608-619. Sowie: Nagel, Jens: Remembering Prisoners of War as Victims of National Socialist Persecution and Murder in Post-War Germany, in: Niven, Bill / Paver, Chloe (Hrsg.): Memorialization in Germany since 1945, Basingstoke 2010, S.134-145. Einen sehr knappen Einstieg bietet hingegen Jahn: Jahn, Peter: Blinder Fleck. Das Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener in der deutschen Erinnerung, in: Kontakte-Kontakty e.V. (Hrsg.): „Ich werde es nie vergessen“. Briefe sowjetischer Kriegsgefangener 2004-2006, Berlin 2007, S.30-35.

¹² Zu nennen ist hier insbesondere: Morina, Vernichtungskrieg, sowie Axel Schildt informierte Darstellung: Schildt, Axel: Kriegserinnerung im Kalten Krieg. Antikommunismus und die Auseinandersetzung mit dem Krieg im Osten

Ein Forschungsdesiderat stellt deshalb eine resümierende Überblicksdarstellung über die genannten Beiträge und Erkenntnisse dar, die im zweiten Kapitel versucht werden soll.¹³ Trotz des, aufgrund des dargelegten Forschungsstandes, notwendig kursorisch bleibenden Charakters einer solchen Darstellung, können auf diesem Weg dennoch zentrale Aspekte der erinnerungspolitischen und erinnerungskulturellen Entwicklung der ersten 45 Jahre nach dem Krieg herausgearbeitet werden. Ein weiteres Desiderat stellt eine systematische Studie zur Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen dar, welche die entsprechenden Debatten einbezieht aber insbesondere erinnerungspolitische Akteur*innen und ihr Handeln in den Blick nimmt. Für die Opfergruppe der Zwangsarbeitenden hat dies, angelehnt an die sozialwissenschaftliche Methode der Netzwerkanalyse, Henning Borggräfe untersucht.¹⁴ Diese produktive Herangehensweise auf eine weitere Opfergruppe und das sie umgebende geschichtspolitische Agieren zu übertragen, ist das Anliegen in den folgenden Kapitel drei und vier. Auch wenn dies, ob des Umfangs dieser Arbeit, ebenfalls knapp ausfallen muss, soll so ein kleiner Beitrag geleistet werden, um diese klaffende Forschungslücke zu füllen.

1.3 Das Schicksal der sowjetischen Soldaten in deutscher Gefangenschaft

Als ich zu mir kam, lagen viele Verwundete auf dem Boden, wir waren in der Gewalt deutscher Soldaten. Nach einiger Zeit wurden die, die sich bewegen konnten, weitergetrieben. Meine Kameraden haben mir unter die Arme gegriffen, weil die, die umfielen, sofort erschossen wurden. Wir kamen nach Suwałki (Polen), es war ein großes Lager, auf dem Feld, mit Käfigen für je 1000 Menschen, (...) Ringsherum standen Wachtürme.¹⁵

Als Dmitrij Dmitrijenko in die Gefangenschaft der deutschen Wehrmacht gelangte, lief der Angriff

in der frühen Bundesrepublik, in: Jahn, Peter / Wieler, Florian / Ziemer, Daniel (Hrsg.): Der deutsche Krieg um „Lebensraum im Osten“ 1939-1945. Ereignis und Erinnerung, Bonn 2017, S.137-158. Zu erwähnen ist ebenfalls Jahns Darstellung relevanter Debatten seit 1980: Jahn, Peter: Vernichtungskrieg im Osten. Deutsche Erinnerung seit den 1980er Jahren, in: Ders. / Wieler, Florian / Ziemer, Daniel (Hrsg.): Der deutsche Krieg um „Lebensraum im Osten“ 1939-1945. Ereignis und Erinnerung, Bonn 2017, S.159-170. Immer noch aktuell ist zudem der prägnante Überblick und die erinnerungspolitischen Einschätzungen von Jahn / Rürup: Jahn, Peter / Rürup, Reinhard: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945, Berlin 1991, S.7-27. Bei allen Autor*innen liegt der Fokus eindeutig auf der BRD.

¹³ Am nächsten kommt dieser Zielstellung der kluge Beitrag von Andreas Hilger, der jedoch vor allem auf die vergangenen 30 Jahre fokussiert und die ersten 45 Jahre der Auseinandersetzung nur streift. Siehe: Hilger, Andreas: Schwieriges Gedenken. Sowjetische Kriegsgefangene im Erinnerungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland nach 1989, in: Klei, Alexandra / Stoll, Katrin (Hrsg.): Leerstelle(n)? Der deutsche Vernichtungskrieg und die Vergegenwärtigung des Geschehens nach 1989, Berlin 2019, S.117-136. Für eine weitere aktuelle, aber sehr kursorische Übersicht über Entwicklung der westdeutschen Erinnerungskultur im Bezug auf die Opfer des Vernichtungskrieges, siehe: Zarusky, Jürgen: Sowjetische Opfer von Krieg und nationalsozialistischer Verfolgung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur, in: Wirsching, Andreas / Ders. / Ischtschenko, Viktor / et al: Erinnerung an Diktatur und Krieg. Brennpunkte des kulturellen Gedächtnisses zwischen Russland und Deutschland seit 1945, Berlin 2015, S.227-245.

¹⁴ Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung.

¹⁵ Brief von Dmitrij Antonowitsch Dmitrijenko an Kontakte-Kontakty e.V. vom 22.7.2005, übersetzt von Dmitri Stratievski, zitiert nach: Kontakte-Kontakty e.V. (Hrsg.): „Ich werde es nie vergessen“, S. 44.

auf die Sowjetunion - nach seinen Erinnerungen - erst seit drei Tagen.¹⁶ So wie dem einfachen Soldaten Dmitrijenko erging es unzähligen Angehörigen der desolat aufgestellten Roten Armee. Bereits im Sommer 1941 gelangten hunderttausende Rotarmist*innen in Gefangenschaft, bis Ende des Jahres sollten es Schätzungen zu Folge bereits 3,5 Millionen Gefangene sein.¹⁷ Diese enorme Zahl korrespondierte dabei mit den Dimensionen des Krieges. Der Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, von der nationalsozialistischen Führung unter dem Decknamen „Operation Barbarossa“ geplant, begann am 22. Juni 1941 mit dem Einmarsch der deutschen Armeen in die Sowjetunion und hatte gigantische Ausmaße.¹⁸ Nicht nur der besondere Charakter als Vernichtungskrieg, auch die Zahl der mobilisierten Soldaten und des Kriegsgeräts wiesen bis dahin ungekannte Ausmaße auf: 3,6 Millionen Soldaten, 600.000 motorisierte Fahrzeuge, 3500 Panzer, 7000 Geschütze und 2700 Flugzeuge bot das nationalsozialistische Deutschland für den Kampf gegen den „bolschewistischen Feind“ auf.¹⁹ Insbesondere nach den schnellen Siegen der Deutschen in den ersten Kriegswochen, kam es zu Gefangennahmen. Zwischen 1941 und 1945 wurden so zwischen 4,5 und 5,7 Millionen Rotarmist*innen interniert, von denen die schwer vorstellbare Zahl von bis zu 3,5 Millionen Menschen in deutschem Gewahrsam ums Leben kamen.²⁰ Die Lebensbedingungen für die sowjetischen Kriegsgefangenen waren dabei sowohl in den Durchgangslagern hinter der Front, als auch während der späteren Internierung auf Reichsgebiet desaströs. Der bereits eingangs zitierte Dimtrij Dimtrjenko schildert die Situation in einem Durchgangslager:

Am Tag haben wir unter der Hitze gelitten, in der Nacht mussten wir am Boden liegen, das war bei Regen sehr hart – aufstehen durfte man nicht, weil die Bewacher schossen, und nicht alle hatten noch ihre Mäntel. An den noch lebenden Verwundeten nagten bereits die Würmer.²¹

Wie von Dmitrijenko beschrieben, bestanden die Lager anfangs kaum aus mehr als von Stacheldraht umzäunten Wiesen. Die Kriegsgefangenen mussten sich Verschläge aus Holz bauen

¹⁶ Wie bei allen mündlichen Überlieferungen ist auch bei dieser Aussage Vorsicht geboten. Gerade bei Zeit- und Ortsangaben sind Zeugnisse der Oral History oft unpräzise, zumal wenn die erinnerten Ereignisse wie in diesem Fall mehr als 60 Jahre zurückliegen. Allerdings wurden alle der hier zitierten Freitagsbriefe von den Herausgebenden mit bisherigen Forschungsergebnissen zum Kriegsverlauf und seiner Geographie abgeglichen.

¹⁷ Siehe: Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen, in: Kontakte-Kontakty e.V. (Hrsg.): „Ich werde es nie vergessen“ Briefe sowjetischer Kriegsgefangener. 2004-2006, Berlin 2007, S.11-21, hier S.12. In der Folge abgekürzt als: Streit, Keine.

¹⁸ Zum Begriff des Eroberungs- und Vernichtungskrieges siehe: Overmans, Rüdiger/Polian, Pavel/Hilger, Andreas (Hrsg.): Rotarmisten in deutscher Hand. Dokumente zu Gefangenschaft, Repatriierung und Rehabilitation sowjetischer Soldaten des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 2012, S.33.

¹⁹ Vergl.: Später, Erich: Der dritte Weltkrieg. Die Ostfront 1941-1945, St. Ingbert 2015.

²⁰ So Dmitri Stratiewski in seiner Dissertation: Stratiewski, Sowjetische Soldaten, S.17. Die genauen Zahlen sind aufgrund der schwierigen Quellenlage und teilweise doppelten Überlieferung von Namen und Zahlen nicht eindeutig bestimmbar. Die genannten Zahlen entsprechen dabei dem Korridor der bisherigen, seriösen Schätzungen. Für die Kontroverse um die exakten Zahlen vergl.: Otto, Reinhard/Keller, Rolf/Nagel, Jens: Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941-1945. Zahlen und Dimensionen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 4/2008, S.557-602. Sowie: Otto, Reinhard: Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam. Aktuelle Forschungsergebnisse, in: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Kriegsgefangenenlager 1939-1950. Kriegsgefangenschaft als Thema der Gedenkarbeit, Mainz 2012, S.22-37.

²¹ Brief Dmitrijenko, „Ich werd es nie vergessen“, S.44.

oder gruben Erdlöcher, um sich vor der Witterung zu schützen. Neben der Witterung war der Hunger der größte Feind der Gefangenen. Dieser war dabei ein bewusst einkalkulierter Teil der deutschen Kriegsplanungen: Sowohl die eigenen Armeen als auch die deutsche Bevölkerung sollten durch die Ausbeutung der Nahrungsquellen der eroberten sowjetischen Gebiete versorgt werden.²² Dass dabei „zweifelloso zig Millionen Menschen verhungern würden“, wie es in einem Aktenverweis aus dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) hieß, wurde mindestens billigend in Kauf genommen, die sowjetischen Kriegsgefangenen traf dies in besonderem Maße.²³ Dass die Sterberate unter den Kriegsgefangenen im Winter 1941/1942 bei beinahe 50 Prozent lag, war jedoch noch auf zwei weitere Faktoren zurückzuführen. Zum einen, wurden die entkräfteten und hungrigen Gefangenen auf Gewaltmärschen in die Durchgangslager hinter der Front verlegt. Auf diesen Märschen wurden, wie Eingangs durch den Zeitzeugen Dmitrijenko geschildert, Kriegsgefangene, die nicht mehr laufen konnten, unmittelbar erschossen. Zehntausende gefangene Rotarmist*innen wurden so bereits auf dem Weg in die Lager ermordet.²⁴ Zum anderen, fand ein prozentual geringerer Anteil der Gefangenen durch die gezielte Ermordung auf Grundlage des berüchtigten „Kommissarbefehls“ und der späteren „Aussonderungsbefehle“ den Tod.²⁵ Betrachtet man die hier nur knapp zusammengefassten verbrecherischen Dimensionen des Umgangs mit den Gefangenen, so lässt sich Janine Fubel nur zustimmen wenn Sie betont, dass die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen „ein strukturelles Element des deutschen Vernichtungskrieges“ gewesen sei.²⁶

Auf besondere Weise waren hiervon die weiblichen Angehörigen der Roten Armee betroffen, die in deutsche Gefangenschaft gerieten. Zwischen 1941 und 1945 dienten Schätzungen zu Folge 800.000 bis 1 Millionen Frauen in der Roten Armee: Die Mehrheit von ihnen in Sanitäts- oder Kommunikations-Einheiten, zahlreiche jedoch auch in kämpfenden Einheiten.²⁷ Rekrutierten sich Rotarmistinnen zunächst ausschließlich aus Freiwilligen, wurden im weiteren Kriegsverlauf auch bestimmte Kontingente sowjetischer Staatsbürgerinnen verpflichtend in die Rote Armee

²² Streit, Keine, S.12.

²³ Zitiert nach: Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Bonn 1991,S.63. (In der Folge abgekürzt: Streit, Kameraden)

²⁴ Für eine kluge Einordnung der fotografischen Repräsentation dieser Märsche durch Wehrmachtssoldaten, siehe: Fubel, Janine: „Die schiessen nicht mehr!“ Entstehung, (Be-) Deutungen und Handel fotografischer Aufnahmen von Gewaltmärschen sowjetischer Kriegsgefangener 1941-1942, in: Klei, Alexandra / Stoll, Katrin (Hrsg.): Leerstelle(n)? Der deutsche Vernichtungskrieg 1941-1944 und die Vergegenwärtigung des Geschehens nach 1989, Berlin 2019, S.17-38.

²⁵ Als wichtiges Element des Vernichtungskriegs, wurden auf Grundlage des „Kommissarbefehls“ tausende sowjetische Politikommissare und jüdische Rotarmist*innen durch die Einsatzgruppen unmittelbar hinter der Front abgesondert und hingerichtet. Siehe hierzu ausführlich: Römer, Felix: Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42, Paderborn 2008. Auf Grundlage der „Aussonderungsbefehle“ führte die Gestapo im weiteren Verlauf des Krieges ähnliche Ermordungen in den auf Reichsgebiet befindlichen sogenannten „Russenslagern“ durch. Siehe hierzu die Dissertation von Reinhard Otto: Otto, Reinhard: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998.

²⁶ Fubel, Entstehung, S.18.

²⁷ Blank, Margot / Saavedra Santis, Ramona: Kriegsgefangene Rotarmistinnen im KZ. Sowjetische Militärmedizinerinnen in Ravensbrück. Begleitheft zu einer Ausstellung des Deutsch-Russischen Museums Karlshorst, Berlin 2016, S.11.

eingezogen.²⁸ Schätzungen gehen davon aus, dass 35.000-40.000 dieser Frauen in deutsche Gefangenschaft gerieten.²⁹ Demzufolge war nur eine Minderheit der auf Reichsgebiet Internierten weiblich. Diese waren jedoch im besonderen Maße Gewalt ausgesetzt, nicht zuletzt weil Sie das männlich-patriarchale Kriegsbild der deutschen Truppen nachhaltig irritierten. Bewaffnete Frauen galten als widernatürlich und als Angriff auf die tradierte Geschlechterordnung; Erstaunen und Verachtung vereinten sich in der Bezeichnung als „Flintenweiber“. Der Begriff geht dabei in seiner Bedeutung jedoch über eine reine Abwertung von Soldatinnen hinaus und kann als Ausdruck einer spezifischen Amalgamierung antifeministischer, antislawischer und antikommunistischer Ressentiments in einem Feindbild interpretiert werden.³⁰ Die Behandlung und die Überlebenschancen von weiblichen Angehörigen der Roten Armee in Gefangenschaft konnten dabei sehr unterschiedlich ausfallen und waren sowohl vom individuellen Handeln der zuständigen deutschen Soldaten, als auch vom Zeitpunkt ihrer Gefangennahme abhängig.³¹

Für das Schicksal sowohl weiblicher als auch männlicher Kriegsgefangener war jedoch insbesondere der weitere Verlauf des Vernichtungskrieges ausschlaggebend. Mit dem Scheitern der „Blitzkriegsstrategie“ an der Ostfront mit Einbruch des Winters 1941 und der Zunahme der deutschen Verluste, musste sich die deutsche Kriegswirtschaft, die bisher auf die schnelle Erschließung von Rohstoffen auf sowjetischem Territorium und die Rückkehr eines relevanten Teils der mobilisierten Wehrmachtssoldaten als Arbeitskräfte gesetzt hatte, auf einen langfristigen und zähen Kriegsverlauf einstellen.³² Konsequenz dieser Umstellung war die Kompensation der mangelnden Arbeitskraft durch den Einsatz von Kriegsgefangenen als Zwangsarbeiter*innen. Doch der Einsatz von polnischen, französischen und weiteren Kriegsgefangenen konnte die enormen Ausfälle durch Rekrutierung für die und die Verluste an der Ostfront nicht ausgleichen.³³ Bereits

²⁸ Jahn, Peter: Einleitung in: Deutsch-Russisches-Museum, Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Mascha + Nina + Katjuscha. Frauen in der Roten Armee 1941-1945, Berlin 2002, S.7-10, hier S.7.

²⁹ Beitrag von Dmitri Stratiewski auf dem Symposium „Im Schatten der Erinnerung. Sowjetische Kriegsgefangene und Kalter Krieg“ am 11.09.2020 in Eisenhüttenstadt, nicht publiziert.

³⁰ Siehe hierzu insbesondere: Werner, Frank: „Hart müssen wir hier draußen sein!“ Soldatische Männlichkeit im Vernichtungskrieg 1941-1944, in: Geschichte und Gesellschaft 34 (2008), S.5-40, hier S.33. Siehe zur Relevanz der Kategorie Geschlecht für die Konstruktion eines „jüdisch-bolschewistischen“ Feindes auch: Freytag, Claudia: Kriegsbeute „Flintenweib“. Rotarmistinnen in deutscher Gefangenschaft, in: Deutsch-Russisches-Museum, Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Mascha + Nina + Katjuscha. Frauen in der Roten Armee 1941-1945, Berlin 2002, S.32-36, hier S.32.

³¹ Für eine minutiöse Rekonstruktion der Schicksale weiblicher sowjetischer Kriegsgefangener zwischen Ermordung als „politisch Unzuverlässige“, Überführung in einen zivilen Status als Zwangsarbeiterinnen und der Internierung in Konzentrationslagern, siehe: Reinhard Otto / Rolf Keller: Sowjetische Kriegsgefangene im System der Konzentrationslager, Wien 2019, S.249ff.

³² Streit, Kameraden, S.191.

³³ Obwohl auch die westalliierten Kriegsgefangenen Gewalt und völkerrechtswidrige Behandlung erfuhren, wurden sie im Allgemeinen sehr viel besser behandelt als sowjetische Kriegsgefangene. Die rassistische NS-Ideologie schlug sich bei den als „Untermenschen“ kategorisierten gefangenen Rotarmist*innen in einer Todesquote von ca. 53 % nieder, während diese beispielsweise unter französische Kriegsgefangenen bei maximal 2,6 % lag. Siehe: Hürter, Johannes: Krieg ist Krieg? Deutsche Besatzungsherrschaft in Frankreich und der Sowjetunion 1940/41-1944, in: Jahn, Peter / Wieler, Florian / Ziemer, Daniel (Hrsg.): Der deutsche Krieg um „Lebensraum im Osten“ 1939-1945. Ereignis und Erinnerung, Bonn 2017, S.91-109, hier S.101-102. Auf dieser Grundlage kann ein kategorialer Unterschied zwischen diesen Gruppen der Kriegsgefangenen konstatiert werden, der eine spezifische erinnerungskulturelle Aufmerksamkeit für die Gruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen legitimiert.

vor Beginn des Angriffes existierten 2,6 Millionen unbesetzte Arbeitsplätze.³⁴ In dieser Situation kam es verstärkt zu Überlegungen und Planungen zum Einsatz der hunderttausenden sowjetischen Kriegsgefangenen, die bisher unter brutalen Bedingungen in den „Ostgebieten“ und dem Generalgouvernement interniert waren. Der konkrete Bedarf an zur Zwangsarbeit eingesetzten sowjetischen Kriegsgefangenen wurde auf 600.000 Personen kalkuliert.³⁵ Nach längerem - ideologisch motivierten - Ringen kam es schließlich auch zum Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener auf Reichsgebiet.³⁶ Sowjetische Kriegsgefangene waren damit spätestens ab Ende des Jahres 1941 in relevanter Zahl auf dem Reichsgebiet präsent. Der Kontakt der deutschen Mehrheitsgesellschaft mit sowjetischen Kriegsgefangenen auf Reichsgebiet – aber auch an der Front – hatten dabei unterschiedliche Ausprägungen, deren umfassende Erfassung und Untersuchung ein Forschungsdesiderat darstellt.³⁷ Als gesichert kann jedoch gelten, dass die in großen Teilen unbarmherzige, oftmals brutale Behandlung dieser Gefangenengruppe auf bereits seit Jahrzehnten tradierten Grundeinstellungen bei relevanten Teilen der deutschen Mehrheitsbevölkerung rekurren konnte, die Overmans / Hilger / Polian prägnant als „Gemengelage aus hergebrachten anti-kommunistischen und anti-slawischen, neuen genuin nationalsozialistischen sowie unideologisch egozentrischen Antriebskräften“ beschreiben.³⁸ Vor allem aber verdeutlicht die große Zahl der auf Reichsgebiet internierten, zur Zwangsarbeit herangezogenen und ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen wie präsent diese Opfergruppe im Alltag relevanter Teile der deutschen Mehrheitsbevölkerung gewesen sein muss. Ihre erinnerungskulturelle Sichtbarkeit und Repräsentation blieb jedoch, im scharfen Kontrast hierzu, in den deutschen Nachkriegsgesellschaften über Jahrzehnte marginal.

³⁴ Overmans, Rüdiger / Polian, Pavel / Hilger, Andreas (Hrsg.): Rotarmisten in deutscher Hand. Dokumente zu Gefangenschaft, Repatriierung und Rehabilitierung sowjetischer Soldaten des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 2012, S.19. Ein systematischer Einsatz deutscher Frauen in den kriegsrelevanten Industrien und Betrieben wurde zwar von einzelnen NS-Größen wie Göring angedacht, von Hitler aber aus ideologischen Motiven abgelehnt. Nach dem weitgehenden Scheitern des sogenannten „Russeneinsatzes“ kam es unter den Sachzwängen des Krieges dennoch dazu. Siehe: Streit, Keine Kameraden, S.384.

³⁵ Ebd.

³⁶ Die Auseinandersetzung kann als ein wichtiger unter den vielen Kristallisationspunkten gelten, an denen die internen Widersprüche und Machtkämpfe innerhalb der polyzentrischen deutschen Machtarchitektur aufschienen und an dem die widersprüchlichen Interessen zwischen ideologisch motiviertem Vernichtungskrieg und ideologisch rationaler Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen unter den Bedingungen eines verlustreichen Krieges aufeinanderprallten. Siehe hierzu ausführlich: Otto, Wehrmacht, sowie insbesondere: Keller, Rolf: Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen, Göttingen 2011, S.420 f.

³⁷ Dies gilt umso mehr für den Arbeitseinsatz, die Morde und Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen in den besetzten Gebieten Osteuropas und der Sowjetunion. Für einen Überblick über die existente Forschung siehe: Penter, Tanja: Späte Entschädigung für die Opfer einer kalkulierten Vernichtungsstrategie. Offene Forschungsfragen zum Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen in den besetzten Gebieten, in: Zeitgeschichte-online, November 2015, Abrufbar unter: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/spaete-entschaedigung-fuer-die-opfer-einer-kalkulierten-vernichtungsstrategie>, letzter Zugriff 22.09.2020.

³⁸ Overmans et al, Rotarmisten, S.26.

2. Historiographie, Erinnerungspolitik und -kultur in beiden deutschen Staaten - 1949-1990-

Fragt man nun, wie die Deutschen seit 1945 mit diesem Erbe gelebt haben, wie sie mit der Erinnerung an diesen Krieg umgegangen sind, so stößt man in erster Linie auf unterschiedliche Verdrängungsleistungen.³⁹

Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen ist, gemessen an den Dimensionen der an ihnen begangenen Verbrechen und ihrer alltäglichen Präsenz im Krieg und auch auf Reichsgebiet, im wissenschaftlichen und politischen Diskurs unterrepräsentiert. Obwohl die Verbrechen der Wehrmacht an den Rotarmist*innen bereits expliziter Teil der Nürnberger Prozesse waren, wurde die gesellschaftliche Auseinandersetzung lange gemieden und auch die historische Forschung ignorierte das Thema in der frühen Bundesrepublik und DDR weitgehend. Warum also war der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und damit auch eine seiner größten Opfergruppe jahrzehntelang nicht im negativen Gedächtnis der beiden deutschen Staaten verankert?⁴⁰ Im Folgenden wird dieser Frage anhand einer verdichteten Darstellung der fachwissenschaftlichen, politischen und erinnerungskulturellen Debatten zu den sowjetischen Kriegsgefangenen in den ersten vier Jahrzehnten nach Ende des zweiten Weltkrieges nachgegangen. Die drei hier aus Gründen der Strukturierung getrennt herausgearbeiteten Teilbereiche historischer Forschung, Erinnerungspolitik und Erinnerungskultur werden dabei in ihrer Verflochtenheit und gegenseitigen Beeinflussung dargestellt.⁴¹ Auf diesem Weg sollen die wichtigsten politischen und ideologischen Achsen, die eine mangelnde Verankerung im negativen Gedächtnis zur Konsequenz haben, nachvollziehbar gemacht werden. Implizit wird die Fragestellung hierbei immer wieder die zentralen Kategorien der ausbleibenden materiellen Entschädigung und gesellschaftlichen Anerkennung streifen, die in den folgenden Kapiteln drei und vier ausgeführt werden.

³⁹ Jahn / Rürup, Einleitung, S.15.

⁴⁰ Zum Begriff des negativen Gedächtnisses siehe: Koselleck, Reinhard: Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Knigge, Volkhard / Frei, Norbert / Schweitzer, Anett: Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S.21-32.

⁴¹ Als Erinnerungskultur kann nach Mathias Berek der „gesamte Komplex kollektive Erinnerns von Menschen in Gesellschaft“ bezeichnet werden. Im Folgenden wird jedoch eine engere Auslegung des Begriff Anwendung finden, bei der insbesondere die dieses kollektive Erinnern stark beeinflussende Institutionen wie Museen, Gedenkstätten und Denkmäler, samt der damit verbundenen Akteur*innen im Fokus stehen. Als Erinnerungspolitik werden hingegen die „politischen Prozesse der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“ verstanden, wobei unter „politisch“ insbesondere das Agieren politischer Parteien und Staatsregierungen verstanden wird. Siehe hierzu: Berek, Mathias: Kollektives Gedächtnis und die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Erinnerungskulturen, Wiesbaden 2009, S.39. Sowie: Ebd., S.151. Beide Begriffe werden jedoch in der Forschungsliteratur unterschiedlich definiert und sind zudem nicht scharf voneinander zu trennen. Im Folgenden werden sie dennoch aus Gründen der Systematisierung und Übersichtlichkeit in der oben definierten Form genutzt.

2.1 Die 1950er und 1960er Jahre in der Bundesrepublik

2.1.1 Erinnerungspolitik

Mit dem Ende des Krieges verließen nahezu alle überlebenden Kriegsgefangenen das besiegte Deutschland und verschwanden damit auch aus der (öffentlichen) deutschen Erinnerung. Trotz einer weitgehenden Marginalisierung wurde das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen auch in den politischen Debatten der frühen Bundesrepublik zumindest am Rande thematisiert. Ein einziges Mal fand die Thematik im gerade erst in Bonn konstituierten Bundestag Erwähnung. Bereits im Juli 1950 erklärte der CDU-Abgeordnete Eugen Gerstenmaier: „Wir beklagen tief, daß die Machthaber des Dritten Reiches bei der Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener vielfach gegen das Völkerrecht verstoßen haben.“⁴² Bezeichnender Weise fand dieser knappe Satz - der zumal eine Entnennung der konkreten Täter zugunsten der abstrakten Formulierung „Machthaber“ vollzog - nur als Einschub in einer Debatte zu deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion Platz.⁴³ Gerstenmaier fuhr unmittelbar nach diesem Satz konsequent fort: „Aber auch bei der Behandlung deutscher Kriegsgefangener ist (...) gegen das Völkerrecht verstoßen worden.“⁴⁴ Hier zeigt sich bereits sehr früh ein Muster, das bis in die 1980er Jahre und darüber hinaus prägend sein sollte und das Jahn/Rürup treffend als „Aufrechnungsmentalität“ charakterisierten. Bei dieser seien die deutschen Verbrechen im Vernichtungskrieg immer abstrakt geblieben seien, während „die eigenen Leiden umso konkreter dargestellt wurden“.⁴⁵ Semantisch schlug sich dies darin nieder, dass mit der öffentlichen Rede von „sowjetischen Kriegsgefangenen“ in der frühen BRD so gut wie immer deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion gemeint waren.⁴⁶ Das Schicksal ehemaliger sowjetischer Soldat*innen wurde so auch sprachlich unsichtbar gemacht. In einer weiteren Bundestagsdebatte im Jahr 1950 oblag es deshalb einem Abgeordneten der KPD, erstmalig und auf damaligem Kenntnisstand basierend, auf die horrenden Opferzahlen unter den sowjetischen Kriegsgefangenen hinzuweisen: „Ist es vergessen, daß in deutschen Gefangenenlagern und Gefängnissen 2 1/2 Millionen russische Kriegsgefangene ermordet wurden bzw. verhungerten?!“⁴⁷ Bewusst war die Opfergruppe und ihr Schicksal aber auch der Bundesregierung und Kanzler Adenauer. So äußerte Adenauer auf einer internen Besprechung des CDU-Parteivorstandes 1955: „Die Zahl der russischen Kriegsgefangenen, die man bei uns absichtlich hat verhungern lassen, im

⁴² Plenarprotokoll des Bundestages, Nr.: 01/79, 79.Sitzung vom 26.7.1950, S.2840. Fehler im Original.

⁴³ Entnennen wird hier als Gegenteil von Benennen verstanden. Siehe hierzu: Eschebach, Insa: Öffentliches Gedenken. Deutsche Erinnerungskulturen seit der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. / New York, 2005, S.59.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Jahn/ Rürup: Einleitung, S.16.Siehe auch: Streit, Keine Kameraden, S.10.

⁴⁶ Dmitri Stratievski spricht in diesem Zusammenhang von einer „reflexiven Gedankenverknüpfung“. Siehe: Stratievski, Dmitri: Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland und ihre Rückkehr in die UdSSR, Berlin 2008, S.21.

⁴⁷ Plenarprotokoll des Bundestages, Nr. 1/32, 32.Sitzung vom 27.1.1950, S.1013ff. Fehler im Original. Auch dieser Einwurf verhallte unerhört, das Protokoll vermerkt lediglich undefinierte Zwischenrufe. Auch diese Erwähnung fand nur am Rande einer Debatte zu deutschen Kriegsgefangenen Platz. Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen war auch bei der KPD kein zentrales Thema. Vielmehr dominierte in dieser und folgenden Debatten die Agitation gegen die „Kriegshetze gegen die Sowjetunion“, die hinter den Forderungen zur Rückkehr deutscher Kriegsgefangener vermutet wurde. Das war mit der damaligen sowjetischen Außenpolitik konform.

wahrsten Sinne des Wortes, geht in die Millionen.“⁴⁸ Öffentlich jedoch, so zeigen die Debatten im Bundestag, war ein solches zumindest partielles Schuldeingeständnis durch die Regierung unsagbar. Wenn die sowjetischen Kriegsgefangenen überhaupt Erwähnung fanden, dann nur als Randnotiz und notwendig verknüpft mit einer relativierenden Nennung der „deutschen Opfer“. Deutlich wird schon in dieser exemplarischen Auswahl aus parlamentarischen Debatten der Nachkriegszeit und frühen Bundesrepublik, wie gering der Wille zu einer Auseinandersetzung und wie stark die Debatte von einer revisionistischen Tendenz der post-nationalsozialistischen westdeutschen Gesellschaft geprägt war.

2.1.2 Erinnerungskultur

Deutlich wird diese Prägung, ein Wiederaufkommen antikommunistischer Motive und der starke Einfluss, den die alliierten Besatzungsmächte anfangs auf die Erinnerungskultur hatten, auch im Umgang mit den vielerorts präsenten Hinterlassenschaften der sowjetischen Kriegsgefangenen und Soldat*innen. Die sowjetischen Soldatenfriedhöfen und Ehrendenkmäler, die unmittelbar nach dem Krieg auch in den drei westlichen Besatzungszonen tausendfach errichtet wurden, bilden bis heute die wichtigsten Memoriale für diese Opfergruppe.⁴⁹ Der für die frühe Erinnerungskultur in BRD und DDR zentrale Umgang mit ihnen soll an einem Beispiel anschaulich gemacht werden: Im zwischen Hamburg und Bremen gelegenen Sandbostel wurde, in unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Kriegsgefangenenlager XB, ein Lagerfriedhof errichtet, auf dem zum größten Teil verstorbene sowjetische Kriegsgefangene beigesetzt wurden.⁵⁰ Auf diesem Friedhof wurde bereits 1945 durch die sowjetische Militäradministration und unter Zustimmung der zuständigen britischen Militäradministration ein Mahnmal errichtet. Das Überlieferungen zufolge mindestens acht Meter hohe Monument war mit stilisierten Kanonenläufen verziert und mit einem roten Stern gekrönt.⁵¹ Die Inschrift am Fuße des Denkmals lautete: „Hier ruhen 46.000 russische Soldaten und Offiziere. Zu Tode gequält in der Nazigefangenschaft“ und war in Russisch, Englisch und Deutsch zu lesen.⁵² Zwar wurde die Zahl von 46.000 Toten genannt, doch einzelne Namen blieben unerwähnt. Dennoch war die Ablehnung in der lokalen Bevölkerung gegen den recht zentral in der Ortschaft liegenden Friedhof samt Denkmal groß. Mit Beginn des Kalten Krieges gerieten diese in großen Teilen der Bevölkerung ohnehin bereits unbeliebten Mahnmale zusätzlich in Misskredit. Jens Nagel schreibt,

⁴⁸ Zitiert nach: Morina, Vernichtungskrieg, S.266.

⁴⁹ Für eine Übersicht über die über 4000 bekannten und noch heute existenten Memoriale vergleiche die vom Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst betriebene Web „Sowjetische Memoriale“: Online abrufbar unter: <http://www.sowjetische-memoriale.de>, letzter Zugriff am 14.12.2020. Wie Martin Sabrow in einem anderen Kontext pointierte, können solche Memoriale als „gedankliches und sachliches Gerüst der kollektiven Erinnerung“ dienen. Sabrow, Martin: Die DDR erinnern, in: Ders. (Hrsg.): Erinnerungsorte in der DDR, Bonn 2010, S. 9-25, hier S.20.

⁵⁰ Weiterhin wurden auf dem Friedhof polnische und jugoslawische Kriegsgefangene, italienische Militärinternierte sowie über 2000 ehemalige KZ-Häftlinge aus dem nahegelegenen KZ Neuengamme beigesetzt. Die sowjetischen Kriegsgefangenen bilden jedoch die mit Abstand größte Gruppe.

⁵¹ Nagel, Remembering, S.138. Siehe auch die entsprechende Fotografie auf der Website der Gedenkstätte Lager Sandbostel. Online abrufbar unter: <https://www.stiftung-lager-sandbostel.de/geschichte/friedhof/C3%B6fe/umgestaltung-zur-kriegsgr%C3%A4berst%C3%A4tte/>, letzter Zugriff am 14.12.2020.

⁵² Ebd.

diese und ähnliche Monumente – mit ihrer unmissverständlichen Symbolik – seien im Kontext der sich verschärfenden Blockkonfrontation als „provocative and 'blots on the landscape'“ wahrgenommen worden.⁵³ Die Folge war in zahlreichen Fällen die Veränderung, Überformung oder Zerstörung der Memoriale. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der ab 1949 die Verantwortung für die Grabstätte in Sandbostel übernahm, gestaltete Friedhof und Monument nahezu vollständig um. Die 53 Massengräber wurden für verstorbene sowjetische Kriegsgefangene auf 26 Massengräber zusammengelegt. Die als „zu hoch“ wahrgenommenen Zahl von 46.000 Toten wurde nach neuen Kalkulationen auf die Zahl von 8765 „korrigiert“ und dies auch sichtbar festgehalten.⁵⁴ Bereits 1956 wurde das im Ort als „Russenmonument“ betitelte Mahnmal nach Anweisungen des Landes Niedersachsen dann vollständig gesprengt und durch ein neues Denkmal ersetzt. Christian Streit spricht in diesem Zusammenhang treffend von einer über das „Vergessenwollen“ hinausgehenden Praxis des „Vergessenmachens“.⁵⁵ Das 1986 ebenfalls vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge errichtete neue Denkmal gibt es noch heute und besteht aus drei Säulen aus Sandstein, auf denen die Inschriften „Euer Opfer – Unsere Verpflichtung – Frieden“ eingraviert sind. Die durch diese Abstraktion und Universalisierung vollzogene Entnennung der konkreten Opfer, das Verschweigen ihrer Namen, ja sogar ihrer ungefähren Zahl, ist offensichtlich.

Ein ähnlich vielsagendes Beispiel für den Umgang mit den für die frühe Erinnerungskultur in der BRD zentralen Memoriale ist das Ehrenmal für gestorbene sowjetische Kriegsgefangene in Wolfsburg. Bereits in der Nachkriegszeit wurde neben dem Ehrenmal und dem ebenfalls dort befindlichen Friedhof für Zwangsarbeitende durch die Stadt Wolfsburg eine Mülldeponie errichtet. Eine umfassendere räumliche Abtrennung unterblieb, die Deponie wurde erst in den 1970ern wieder geschlossen.⁵⁶ Wie auch Sandbostel verdeutlicht dieses Beispiel den Umgang mit den Memorialen der Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Bundesrepublik.⁵⁷ Unmittelbar nach Ende des Krieges durch die sowjetische Militäradministration errichtet und von den westlichen Alliierten toleriert, waren sie in der deutschen Bevölkerung größtenteils unbeliebt. Wo sie nicht ignoriert werden konnten, wurde versucht ihre Aussagekraft zu entschärfen, Opferzahlen kleinzurechnen oder – siehe Wolfsburg – die sie meist umgebenden Friedhöfe zu entweihen. In einigen Fällen wurden die Denkmäler sogar gleich vollständig abgerissen. Der in der

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Ebd., S.139.

⁵⁵ Streit formuliert prägnant: „In den 1950er-Jahren ging die Verdrängung über das bloße Vergessenwollen hinaus in das aktive Vergessenmachen. Deutlichstes Zeichen dafür sind die Versuche, die Denkmäler, die die Überlebenden der großen Gefangenenlager 1945 ihren toten Kameraden gesetzt hatten, zu beseitigen oder zumindest die Texte der Erinnerungstafeln zu 'entschärfen'.“ Streit, Sowjetische Kriegsgefangene, S.3.

⁵⁶ Jahn, Blinder Fleck, S.30-31.

⁵⁷ Weitere Beispiele mit ähnlichen Verläufen finden sich in der gesamten Bundesrepublik. Siehe hierzu beispielhaft die Ausführungen zu entsprechenden Memorialen in Bochum oder zum Ehrenmahl in Berlin Tiergarten bei Jürgen Zarusky: Zarusky, Sowjetische Opfer., S.231-232.

Mehrheitsbevölkerung weit verbreitete Unwille zur Auseinandersetzung mit den eigenen Verbrechen traf dabei auf einen im Kontext des aufkommenden Kalten Kriegs wiedererstarkten Antikommunismus, der sich konkret in der Ablehnung sowjetischer Symbolen wie Roter Sterne oder Hammer und Sichel auf den Denkmälern niederschlug.⁵⁸ Wie Wolfgang Benz in diesem Kontext bereits 1991 feststellte: „Die Deutschen haben sich jahrzehntelang gegen das Erinnern entschieden“.⁵⁹

2.1.3 Historische Forschung

Wie in der Erinnerungskultur kamen auch in der westdeutschen geschichtswissenschaftlichen Forschung die ersten Impulse von außen: 1957 erschien in den USA mit Alexander Dallins Werk „German Rule in Russia, 1941-1945“ erstmals eine umfassende Studie zu den Verbrechen während des Vernichtungskriegs, in der das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen ausführlich Erwähnung fand. Die deutsche Übersetzung erschien bereits 1958, wurde in den deutschsprachigen Geschichtswissenschaften jedoch kaum zur Kenntnis genommen.⁶⁰ Westdeutsche Historiker setzten sich erst 1964 im Rahmen der Auschwitzprozesse detaillierter mit der Thematik der sowjetischen Kriegsgefangenen auseinander. So wurden die für die Nürnberger Prozesse gesammelten Quellen zum Thema erstmals in Sachverständigengutachten für die Auschwitzprozesse ausgewertet. Der Historiker und Politologe Hans-Adolf Jacobsen fokussierte in dem Gutachten „Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener“ jedoch nur auf einen Teil der Opfer.⁶¹ Eine weitere Auswertung und Interpretation dieses umfassenden Quellenbestandes blieb in der Folge ebenso aus, wie eine weitere Beschäftigung mit der Thematik. Ursächlich hierfür war die bereits eingangs konstatierte „Aufrechnungsmentalität“ und ihre politischen und finanziellen Konsequenzen. Bezeichnenderweise fokussierten die beiden großen, von der Bundesregierung geförderten, zeitgeschichtlichen Forschungsprojekte der 1950er und 1960er nicht etwa auf Jüdinnen und Juden oder gar Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeitende, sondern widmeten sich deutschen „Opfern“.⁶² Neben einer sechsbändigen Quellenedition über das Schicksal der deutschen Vertriebenen, war das zentrale Werk zum Vernichtungskrieg in diesen beiden Dekaden eine 22-bändige Studie über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, von denen sich allein zehn

⁵⁸ Für einen informierten Einblick in die Wirkungsformen des bundesrepublikanischen Antikommunismus anhand populärer Literatur, siehe: Jahn, Peter: Russlandbild und Antikommunismus in der Bundesdeutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit, in: Quinkert, Babette (Hrsg.): „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S.207-235.

⁵⁹ Benz, Wolfgang: Verdrängen oder Erinnern? Der Krieg gegen die Sowjetunion im Bewußtsein der Deutschen, in: Jahn, Peter / Rürup, Reinhard (Hrsg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945, Berlin 1991, S.211-230, hier S.227.

⁶⁰ Dallin, Alexander: Deutsche Herrschaft in Russland 1941-1945, Düsseldorf 1958.

⁶¹ Osterloh, Verdrängt, S. 612.

⁶² Der Begriff „Opfer“ wird hierbei in seiner Pauschalität deutschen Wehrmachtssoldaten in sowjetischer Gefangenschaft nicht gerecht, vielfach sind die einzelnen Schicksale aber auch nicht in eine schlichte Opfer/Täter-Dichotomie einzuordnen. Deshalb wurde an dieser Stelle der Begriff – behelfsweise - in Führungszeichen gesetzt. Siehe hierzu ausführlich: Hettling, Manfred: Täter oder Opfer? Die deutschen Soldaten in Stalingrad, in: Archiv für Sozialgeschichte, Ausgabe 35 /1995, S. 515-531.

Bände den Kriegsgefangenen in der Sowjetunion widmeten.⁶³ Namensgeber und wissenschaftlicher Kopf der für diese Publikation verantwortlichen Maschke-Kommission war Erich Maschke, seit 1933 SA- und seit 1937 NSDAP-Mitglied, später wissenschaftlicher Berater im Amt Rosenberg und als Wehrmachtsoffizier in der ideologischen Schulung an der Ostfront eingesetzt. Nach 1945 wurde er Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Heidelberg und 1958 Vorsitzender der nach ihm benannten, durch das Bundesministerium für Vertriebene eingerichteten Kommission. Plastisch wird am Beispiel der Personalie von Maschke die biographische Verstrickung zahlreicher westdeutscher Historiker mit dem NS, die einen wesentlichen Einfluss auf Forschungsprioritäten gehabt haben dürfte. Die genannten Beispiele veranschaulichen, welche Schwerpunkte in der historischen Forschung in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre gesetzt wurden und welche Themen – trotz Impulsen von außen – keine Beachtung fanden. Deutlich wird aber auch, wie stark die historische Forschung von biographischer Involvierung, hegemonialer politischer Prioritätensetzung und nicht zuletzt von der Vergabe (und Nichtvergabe) von Fördergeldern für die Forschung geprägt war. In der Konsequenz, so ist zu konstatieren, spielten die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen und weiteren Opfergruppen des Vernichtungskrieges in der historischen Forschung der frühen BRD kaum eine Rolle, während deutsche Opfer betont wurden. Der Historiker Axel Schildt brachte diese Priorisierung in der politischen Kultur der frühen Bundesrepublik auf die Formel: „Daher immer wieder Stalingrad aber nicht Leningrad.“⁶⁴ Wie deutlich wurde, kann dieser Ausspruch auch für die historische Forschung Gültigkeit beanspruchen.

2.2. Die 1950er und 1960er Jahre in der DDR

2.2.1 Erinnerungspolitik

Anders als in der BRD verlief die politische Bearbeitung des Erbes des Vernichtungskrieges in der frühen DDR. Die deutsche Niederlage vor Stalingrad im Frühjahr 1943 war hier zwar ebenfalls von Bedeutung, wurde von parteioffizieller Seite jedoch als Ausdruck der Überlegenheit des sowjetischen Systems gedeutet. Die sowjetischen Kriegsgefangenen spielten in dieser Interpretation, falls überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Zentraler historischer Referenzpunkt für die politische Kultur des ostdeutschen Teilstaates war vielmehr das Datum des Überfalls auf die Sowjetunion. Der 22. Juni 1941 sei in der Deutung der SED eine „heilsbringende Urkatastrophe“ gewesen und habe eine zentrale Rolle im Gründungsmythos der DDR eingenommen, so die

⁶³ Für die von der sogenannten Maschke-Kommission herausgegebene Studie, vergleiche: Müller, Klaus-Dieter: Deutsche Kriegsgefangene. Anmerkungen zum Stand der Forschung und den zukünftigen Perspektiven. In: Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene in den Jahren des Zweiten Weltkriegs. 2004, S. 293–360, Online Abrufbar auf der Website der Stiftung Sächsische Gedenkstätten unter: https://www.stsg.de/cms/sites/default/files/dateien/texte/Mueller_de.pdf, letzter Zugriff am 12.12.2020. Siehe auch: Jahn, Blinder Fleck, S.32.

⁶⁴ Schildt, Kriegserinnerung, S.155.

Historikerin Christina Morina.⁶⁵ Der Beginn des deutschen Angriffskrieges wurde dabei in direkte Beziehung zu einem vermeintlich drohenden imperialistischen Angriffskrieg des Westens gesetzt, „der Westen“ mit dem faschistischen Aggressor identifiziert.⁶⁶ Zentral für diese ostdeutsche Meistererzählung war dabei eine Übernahme der sowjetischen Perspektive. In dieser waren die gefangenen sowjetischen Soldat*innen die „Verkörperung der Niederlagen im Krieg“, wie Peter Jahn treffend schreibt.⁶⁷ Insbesondere bis zum Tod Stalins 1953 wurde ihr Schicksal, wie viele Aspekte des Krieges, verschwiegen, die Betroffenen mit dem Stigma des „Verrats“ belegt.⁶⁸ Doch auch die vorsichtige Entstalinisierung, die bis zum Tod von Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow anhielt, änderte nichts an der grundsätzlichen Heldenzentriertheit der sowjetischen Kriegserinnerung.⁶⁹ Im offiziellen DDR-Gedächtnis wurden dementsprechend die sowjetischen Opfer und vor allem der kommunistische Widerstand betont, nicht-kommunistischer Widerstand und insbesondere der deutsche Antisemitismus und die Shoa hingegen marginalisiert.⁷⁰ Von eminenter Bedeutung für die ostdeutsche Gesellschaft war hierbei die implizit vollzogene Einbeziehung der DDR-Bürger*innen in die sowjetische „Opfergemeinschaft“. Eigene Verbrechen – auch gegen sowjetische Kriegsgefangene – wurden damit entschuldigt, wie in einem Zitat des Generalsekretärs des Zentralkomitees der DDR, Walter Ulbricht, deutlich wird. In einem Artikel, der anlässlich des zehnten Jahrestages des Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1951 auf der ersten Seite des Zentralorgans „Neues Deutschland“ veröffentlicht wurde, behauptete Ulbricht, dass: „die amerikanischen und englischen Machthaber, die schon während des Hitlerkrieges daran interessiert waren, das Sowjetvolk und das deutsche Volk zu verbluten, nunmehr wiederum die westdeutsche Bevölkerung in einen Krieg gegen die Sowjetunion treiben wollen (...)“.⁷¹ Während Ulbricht also den deutschen Vernichtungskrieg als „Hitlerkrieg“ umdeutete und damit die Beteiligung auch weiter Teile der männlichen DDR-Bevölkerung an den dort begangenen Verbrechen sprachlich zu kaschieren suchte, blieb das sowjetische und das deutsche Volk als zentrale und unbefleckte Identifikationsfigur erhalten. Diese galt es demnach vor den westlichen Aggressoren und einem durch sie geplanten „Verbluten“ in einem neuerlichen Krieg gegen die

⁶⁵ Morina, Vernichtungskrieg, S.259 ff. Morina weist in der Folge überzeugend nach, wie dieser Gründungsmythos durch politische Reden, Gedenkveranstaltungen und weitere Rituale popularisiert wurde. Siehe: Ebd., S.262.

⁶⁶ Ebd., S.268.

⁶⁷ Jahn, Blinder Fleck, S.32.

⁶⁸ Detailliert hierzu: Polian, Pavel: Stalin und die Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs, in: Zarusky, Jürgen (Hrsg.): Stalin und die Deutschen, München 2006, S.89-109.

⁶⁹ Siehe: Bonwetsch, Bernd: Der „Große Vaterländische Krieg“. Vom öffentlichen Schweigen unter Stalin zum Heldenkult unter Breschnew, in: Quinkert, Babette (Hrsg.): „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S.166-187, hier S.169. Siehe weiterhin: Arnold, Sabine: Generationenfolge. Gedanken zum sowjetischen Kriegsdenken und Geschichtsbild, in: Ebd., S.188-206. Für einen Einblick in die Nachkriegsschicksale der Betroffenen siehe die entsprechenden Kapitel zu ehemaligen Kriegsgefangenen in: Goeken-Haidel, Ulrike: Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter während und nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2006.

⁷⁰ Ebd., S.260. Für eine differenzierte Einschätzung zum erinnerungskulturellen Umgang mit der Shoa in der DDR, vergleiche: Walther, Alexander: Keine Erinnerung, nirgends? Die Shoah und die DDR, in: Deutschland Archiv vom 15.7.2019. Online abrufbar unter: www.bpb.de/293937, letzter Zugriff am 07.01.2021.

⁷¹ Ulbricht, Walter: Das Verbrechen vom 22. Juni 1941, in: Neues Deutschland vom 22.6.1951, S.1. Zitiert nach: Morina, Vernichtungskrieg, S.268.

Sowjetunion zu schützen. Die so vollzogene Identifikation mit der siegreichen Sowjetunion, bei gleichzeitigem Ausbleiben einer kritischen Auseinandersetzung mit der (Mit-)Täterschaft einer Mehrheit der nun pauschal als antifaschistisch deklarierten ostdeutschen Bevölkerung, hatte auch Auswirkungen auf die Repräsentanz der Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen in der DDR. Durch die Übernahme des sowjetischen Heldengedenkens, das den Sieg der Roten Armee in den Mittelpunkt stellte und Kriegsgefangene und Zwangsarbeitende pauschal unter den Verdacht der Kollaboration stellte, blieb auch in der DDR kein Platz für eine Auseinandersetzung mit ihrem Schicksal.⁷² Wie der Historiker Andreas Hilger treffend formuliert: „Für frühere Niederlagen, für Hilfslosigkeit und Tod im Gefangenenerlager gab es im Grunde keinen eigenen Raum.“⁷³

2.2.2 Erinnerungskultur

Wie dieses Heldengedenken sich konkret ausgestaltete und wie mit der Leerstelle der sowjetischen Kriegsgefangenen umgegangen wurde, lässt sich – wie in der BRD - wiederum sehr deutlich am Umgang mit den hinterlassenen Memorialen nachvollziehen. Ein, wenn nicht der zentrale Erinnerungsort hierfür war mit Sicherheit das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park in Ost-Berlin. Hier, wo tausende bei der Schlacht um Berlin gefallene Angehörige der Roten Armee neben monumentaler Architektur bestattet liegen, befand sich einer der zentralen Schauplätze ritualisierter Gedenkveranstaltungen. Bei diesen sollte das oben explizierte Narrativ um den 22. Juni, als Beginn des Vernichtungskrieges im kollektiven Gedächtnis der DDR verankert werden.⁷⁴ Dieser Deutung kam es zupass, dass der individuelle Tod in der gigantischen, von einer dreißig Meter hohen Kriegerstatue überragten Anlage keine Rolle spielt. „In Berlin-Treptow steht kein Mahnmal für die Opfer, sondern ein Denkmal der Sieger des Zweiten Weltkrieges“, wie der Landschaftsarchitekt Peter Fiebich zutreffend schrieb.⁷⁵ Als exemplarisch können auch die erinnerungskulturelle Bearbeitung des ehemaligen Stalag IV H in Zeithain gelten, das zwischen Leipzig und Dresden liegt und früher das zentrale Lager für sowjetische Kriegsgefangene in Mitteldeutschland war. Auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers wurde 1945 durch die sowjetische Militäradministration ein Friedhof mit Einzelgräbern errichtet, auf denen persönliche Details zu den Bestatteten vermerkt waren.⁷⁶ Diese wurden jedoch bereits 1948/49 durch den „Ehrenhain Zeithain“ ersetzt. Alle Einzelgräber wurden zu Massengräbern zusammengeführt und die biographischen Daten der Opfer durch eine anonymisierte Heldenehrung ersetzt. Die Gedenktafel am zentralen

⁷² Als Heldengedenken werden im Folgenden nach Feitscher die soziale Praktiken bezeichnet, durch die „heroisierte Figuren um Wissensbestand einer Gemeinschaft aktualisiert und vor dem Vergessen bewahrt werden“. Siehe: Feitscher, Georg: Erinnerung und Gedächtnis, in: Compendium Heroicum. Lexikon des Sonderforschungsbereichs „Helden – Heroisierungen – Heroismen“ der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Online einsehbar unter: <https://www.compendium-heroicum.de/lemma/erinnerung-gedaechtnis/>, letzter Zugriff am 14.01.2021.

⁷³ Hilger, Schwieriges Gedenken, S.120. Um so mehr galt dies für weibliche Kriegsgefangene. Erinnerungen an sie blieben bis heute ein „Fragment“, wie Claudia Freytag feststellt. Siehe: Freytag, Kriegsbeute, S.34.

⁷⁴ Siehe: Morina, Vernichtungskrieg, S.262.

⁷⁵ Fiebich, Peter: Der Triumph des Sieges über den Tod. Das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow, in: Die Gartenkunst 8 (1996), S.137-152, hier S.148.

⁷⁶ Für Details zur Ortsgeschichte, vergleiche die Homepage der heutigen Gedenkstätte Ehrenhain-Zeithain. Online abrufbar unter: <https://www.stsg.de/cms/zeithain/geschichte/>, letzter Zugriff am 17.12.2020.

Obelisk lautet schlicht: „Ruhm und Ehre den Kämpfern gegen den Faschismus“. Dass die hier Begrabenen als Kriegsgefangene starben, blieb ebenso unerwähnt wie es an persönlichen Details zu den Opfern fehlte.⁷⁷ Jens Nagel, der Leiter der heutigen Gedenkstätte in Zeithain, spricht deshalb von einer „conscious decision against the individual remembrance“.⁷⁸ Vollkommen unsichtbar blieben die nicht-sowjetischen Opfer. Die Gräber hunderter jugoslawischer und polnischer Kriegsgefangener sowie italienischer Militärinternierter waren ungekennzeichnet, später wurde das entsprechende Gelände von der sowjetischen Armee für militärische Übungen genutzt.⁷⁹ Während also an zentralen Gedenkort wie dem Ehrenmal im Treptower Park der Sieg der Sowjetunion über das nationalsozialistische Deutschland gefeiert und vor einem „erneuten“ Angriff durch den imperialistischen Westen gemahnt wurde, setzte sich das Heldengedenken auch an den konkreten Orten des Leidens und Sterbens sowjetischer Kriegsgefangener durch. Statt eines Opfergedenkens, das Trauer um die Verstorbenen und Ermordeten und Anklage gegen die an ihnen begangenen Verbrechen ermöglicht hätte, standen auch hier Kampf und Sieg im Mittelpunkt.⁸⁰ Statt einer Erinnerung an Individuen und ihr Leiden wurde der Sieg des soldatischen Kollektivs zentral. Wo Platz für Auseinandersetzung mit deutscher Täterschaft und dem Verhältnis des Stalags mit der Bevölkerung aus der Umgebung gewesen wäre, wurde die Identifikation mit den siegreichen Rotarmist*innen nahegelegt und andere Opfergruppen ignoriert.

2.2.3 Historische Forschung

Wie in der Erinnerungspolitik und -kultur gab es auch in den Geschichtswissenschaften der DDR eine starke Orientierung an der Sowjetunion. In der Konsequenz bedeutete dies eine Tabuisierung der Thematik bis nach Stalins Tod, standen doch sowjetische Kriegsgefangene aufgrund seiner Befehle unter dem pauschalen Verdacht des Verrats. Ab Mitte der 1950er Jahre widmeten sich DDR-Historiker vorsichtig dem Thema, umfassend behandelt wurde es erst in den folgenden Dekaden.⁸¹ Bei den frühen Publikationen war die politische Stoßrichtung eindeutig. So veröffentlichte Walter Bartel, Leiter des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte ein Referat, in dem er die „Zusammenarbeit deutscher und sowjetischer Widerstandskämpfer im faschistischen Konzentrationslager Buchenwald“ untersuchte.⁸² Wenn Kriegsgefangenschaft überhaupt

⁷⁷ Nagel, Remebering, S.136-137.

⁷⁸ Ebd., S.136.

⁷⁹ Siehe den entsprechenden Abschnitt auf der Website der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain. Online abrufbar unter: https://www.stsg.de/cms/zeithain/geschichte/gedenken_nach_1945, letzter Zugriff am 17.12.2020.

⁸⁰ Das in der DDR lange minoritäre, in der BRD bald hegemoniale Opfergedenken wird hier mit Martin Sabrow als Produkt des passive turns verstanden. Laut Sabrow ist der passive turn der Ausdruck eines Paradigmenwechsels in der Erinnerungskultur, der eine Entwicklung weg vom Toten- und Heldengedenken und hin zur Opfererinnerung beschreibt. So habe sich die Hegemonie von heroischen Opfer (wie bspw. das des im Krieg „für sein Vaterland“ gefallenen Soldaten) zum passiven Opfer von Diktaturen und Gewaltherrschaft verschoben. Sabrow spricht in diesem Zusammenhang von einem „Subjektwechsel“. Siehe: Sabrow, Martin: Vom Held zum Opfer. Zum Subjektwandel deutscher Vergangenheitsverständigungen im 20. Jahrhundert, in: Jureit, Ulrike / Schneider, Christian / Frölich, Margrit (Hrsg.): Das Unbehagen an der Erinnerung. Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt am Main 2012, S.37-54, hier S.37 ff.

⁸¹ Osterloh, Verdrängt, S.614.

⁸² Ebd.

thematisiert wurde, dann nur im Rahmen einer Würdigung der Opfer als Widerstandskämpfer. Eine präzise Herausarbeitung ihres Schicksals und Leidens und der Umgang mit den Täter*innen in der ostdeutschen Gesellschaft wurde zugunsten minoritärer, aber ideologisch passender Kooperationen sowjetischer Soldat*innen mit deutschen Kommunist*innen vernachlässigt. Im Gegensatz zur BRD gab es in der DDR jedoch bereits in den 1960er Jahren fundierte und kritische Beiträge zum Agieren der Wehrmacht auf dem Gebiet der Sowjetunion, auch wenn diese selbstverständlich nicht ohne das eindeutige Framing des Heldengedenkens auskamen.⁸³ Auch hier spielten die Verbrechen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen, die insbesondere 1941/42 auf sowjetischem und polnischem Territorium verübt wurden, keine Rolle.

2.3. Die 1970er und 1980er-Jahre in der BRD

2.3.1 Erinnerungspolitik

In der Nachfolge Adenauers kam es zu einem vorsichtigen Wandel der offiziellen erinnerungspolitischen Prämissen in Bezug auf den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Bereits unter Ludwig Erhard und seinem Außenminister Gerhard Schröder begann man, das durch die Deutschen verursachte Leid in der Sowjetunion und Osteuropa auf diplomatischem Wege zumindest in Teilen anzuerkennen.⁸⁴ Zuträglich war hier sicher, dass die Auseinandersetzung um das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion mit der letzten großen Repatriierung von 10.000 ehemaligen deutschen Soldaten 1955 an Schärfe verloren hatte, wenn sie auch weiterhin relevant blieb. Diese behutsamen Schritte bildeten die Grundlage für eine geschichtspolitische Grundierung der „Neuen Ostpolitik“ unter Willy Brandt in den 1970er Jahren. Zentral war dabei die Einsicht, dass die Anerkennung des durch die Deutschen verursachten Leids in der Sowjetunion eine zentrale Rolle für die diplomatische Annäherung spielte und eine außenpolitische Entspannung bedeutete. So erkannte Brandt als erster deutscher Bundeskanzler an, dass die Sowjetunion die Hauptlast des zweiten Weltkrieges getragen hatte.⁸⁵ Eine konkrete Benennung der verheerenden Folgen und einzelner Opfergruppen wie der sowjetischen Kriegsgefangenen blieb dabei jedoch ebenso aus wie breit rezipierte Gesten analog zum „Kniefall von Warschau“. Diese Liberalisierungstendenzen setzten sich in den 1980er Jahren, wenn auch von deutlichem Widerspruch begleitet, fort und gipfelten schließlich in der Rede des Bundespräsidenten Richard Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985. Mit der erstmaligen Benennung dieses historischen Datums als „Befreiung“, der expliziten Benennung sowjetischen Leids und der deutschen Schuld am Kriegsausbruch verlieh das westdeutsche Staatsoberhaupt den erinnerungspolitischen Veränderungen dieser Jahre Ausdruck.⁸⁶ Die unter Gorbatschow in der

⁸³ Siehe hierzu beispielhaft: Norbert Müller: Zur Rolle der Wehrmachtführung bei der Planung und Vorbereitung des faschistischen Okkupationsregimes in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Ausgabe 6, 1967, S.415-431.

⁸⁴ Vergl.: Morina, Vernichtungskrieg, S.277.

⁸⁵ Ebd., S.278.

⁸⁶ Vergl. die Dokumentation der Rede Weizsäckers. Online abrufbar unter:

Sowjetunion eingeleiteten Reformen sorgten für eine Entspannung des Kalten Krieges und eine grundlegende Liberalisierung des politischen Klimas, was sich auch auf die Erinnerungspolitik auswirkte.⁸⁷ Vor dem Hintergrund dieses politischen Panoramas betraten mit zunehmender Sichtbarkeit neue Akteur*innen das erinnerungspolitische Feld. Die vielerorts in den 1970ern entstandenen Geschichtswerkstätten widmeten sich in den 1980er Jahren verstärkt den bislang kaum wahrgenommenen materiellen Hinterlassenschaften des Vernichtungskrieges wie Kriegs- und Zwangsarbeitslagern, sowie die bereits erwähnten Friedhöfen und Memoriale.⁸⁸ Laut Jahn / Rürup hätten „Bürgerinitiativen, Organisationen wie ‚Aktion Sühnezeichen‘, kirchliche Gruppen, Gewerkschaften oder Parteien“ damit begonnen, „an einzelnen Orten oder zu einzelnen Themen die Mauer des Schweigens zu durchbrechen [und, J.W.] wichtige Teilbereiche der Geschichte des Krieges gegen die Sowjetunion in das öffentliche Bewusstsein zurückzuholen“.⁸⁹ Es waren jene lokal verankerten und pluralen Initiativen, die eine Sichtbarmachung der konkreten Auswirkungen des Vernichtungskrieges auch auf westdeutschem Territorium durch Gedenkkundgebungen, Grabpflege und die Einrichtung temporärer Erinnerungsorte gegen den oftmals vehementen Widerstand regionaler Politiker*innen und Verwaltungen sowie Teilen der lokalen Bevölkerung durchsetzten.⁹⁰

2.3.2. Erinnerungskultur

Diese neu entstanden Erinnerungsinitiativen schufen in oft jahrzehntelanger ehrenamtlicher Arbeit die Grundlagen für die ersten Gedenkstätten als institutionalisierte Akteurinnen der Erinnerungskultur. Die erste Gedenkstätte in Westdeutschland befand sich auf dem Gelände des ehemaligen Stalag VI K Senne in Schloß Holte-Stukenbrock. Hier brauchte es die beharrliche Vorarbeit der aus linken Kleinstparteien, Friedensbewegten und Gewerkschafter*innen bestehenden Initiative „Blumen für Stukenbrock“, die erst 1996 gegen den Widerstand der Lokalpolitik ein kleines Dokumentationszentrum neben dem Friedhof auf dem ehemaligen Lagergelände eröffnen konnte.⁹¹ Dieses wird seither ehrenamtlich und ohne staatliche Unterstützung von einem Förderverein betrieben, die lokalen Konflikte um die Ausgestaltung des Gedenkens setzten sich bis vor wenigen Jahren fort. Noch 2011 publizierte der Stadtverband der im Ort regierenden CDU eine

https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html, letzter Zugriff am 18.12.2020.

⁸⁷ Jahn, Vernichtungskrieg, S.160-161.

⁸⁸ Zur Praxis der Geschichtswerkstätten siehe: Grotrian, Etta: Geschichtswerkstätten und alternative Geschichtspraxis in den achtziger Jahren, in: Wolfgang Hardtwig und Alexander Schug (Hrsg.): History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt, Stuttgart 2009, S. 243–254.

⁸⁹ Jahn/ Rürup: Einleitung, S.17.

⁹⁰ Als exemplarisch hierfür können die jahrzehntelangen Arbeiten und die Auseinandersetzungen, die der Gründung der bereits eingangs erwähnten Gedenkstätte Lager Sandbostel vorausgingen, betrachtet werden. Siehe hierzu den entsprechenden Beitrag im Katalog zur Dauerausstellung der Gedenkstätte: Ehresmann, Andreas / Genest, Andrea: Die Erinnerung an Sandbostel. Gedenken im Konflikt, in: Ehresmann, Andreas (Hrsg.) Das Stalag XB Sandbostel. Geschichte und Nachgeschichte eines Kriegsgefangenenlagers, München/ Hamburg 2015, S.373-377.

⁹¹ Vergleiche die Homepage des Arbeitskreises „Blumen für Stukenbrock“. Online abrufbar unter: <https://www.blumen-fuer-stukenbrock.eu/arbeitskreis.php>, letzter Zugriff am 19.12.2020.

Stellungnahme, in der Elemente eines lange tradierten Antikommunismus aufschienen.⁹² Erst im Dezember 2020 billigte der Bundestag ein sehr umfassendes Budget von 25 Millionen Euro zur Einrichtung einer „nationalen Gedenkstätte“ vor Ort.⁹³ Das hier knapp dargestellte Beispiel der Gedenkstätte Stalag VI K Senne steht dabei exemplarisch für eine Entwicklungstendenz der Erinnerungskultur im Bezug auf lokale Gedenkstätten. So waren es Initiativen wie diese, die insbesondere in den 1980er Jahren in einer Arbeit, die Jens Nagel als „painstaking but strongly resisted“ beschreibt, lokales Gedenken durchsetzten. Sie legten damit die Grundlage für weitere historische Forschung und eine breitere Verankerung der Verbrechen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Gedenken.⁹⁴ Ihre Institutionalisierung, Förderung und Anerkennung in der bundesdeutschen Erinnerungspolitik dauerte oft Jahrzehnte, zum Teil steht sie noch heute aus.

2.3.3 Historische Forschung

Vor dem hier skizzierten erinnerungspolitischen und erinnerungskulturellen Hintergrund der späten 1970er und 1980er Jahre kann es dann auch kaum verwundern, dass die erste umfassende – und bis heute grundlegende – Studie, die das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen systematisch untersuchte, im Jahr 1978 erschien. Mit der Publikation von Christian Streits nach wie vor als Standardwerk geltenden Dissertation „Keine Kameraden“ kam es dann auch zu ersten breiteren öffentlichen Debatten zum Schicksal von sowjetischen Kriegsgefangenen und der Rolle der Wehrmacht.⁹⁵ Mit dem Beginn der Debatte und spätestens seit dem Aufkommen der ersten revisionistischen Versuche, Opferzahlen kleinzurechnen, begann auch eine wissenschaftliche Kontroverse um genaue Zahlen der Gefangenen und Ermordeten.⁹⁶ Durchgesetzt haben sich hier letztendlich die Berechnungen von Reinhard Otto, Rolf Keller und Jens Nagel, deren Beitrag den Abschluss einer Debatte in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte bildete.⁹⁷ Die hier angedeuteten fachinternen Kontroversen, verweisen auf eine Latenz der „Aufrechnungsmentalität“, die parallel zu den einsetzenden Liberalisierungstendenzen auch in der historischen Forschung weiterhin Bestand hatten. Hierauf verweisen auch die Anfeindungen, denen sich jüngere Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr in Freiburg wie Gerd Überschär oder

⁹² Siehe: CDU Stadtverband Schloß Holte-Stukenbrock, Stellungnahme „Die Rote Fahne - Ein Symbol für stalinistische Verbrechen an der Menschheit, Unterdrückung, Willkür und Brutalität - auf dem Boden der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock!“ vom 10.05.2011. Online abrufbar unter: <https://www.cdu-shs.de/index.php?ka=1&ska=1&idn=135>, letzter Zugriff am 19.12.2020.

⁹³ Schönefeld, Monika: Bund fördert Gedenkstätte Stalag (sic), in: Westfalenblatt vom 26.11.2020. Online abrufbar unter: <https://www.westfalen-blatt.de/OWL/Kreis-Guetersloh/Schloss-Holte-Stukenbrock/4320196-Haushaltsausschuss-gibt-25-Millionen-Euro-bis-2025-fuer-Besucherzentrum-und-museal-paedagogisches-Konzept-Bund-foerdert-Gedenkstaette-Stalag>, letzter Zugriff am 19.12.2020. Siehe auch das entsprechende Konzept des zuständigen Landkreises. Online abrufbar unter: <https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/txt/normal/txt233.pdf>, letzter Zugriff am 19.12.2020.

⁹⁴ Nagel, Remembering, S.141.

⁹⁵ Streit, Sowjetische Kriegsgefangene, S.5.

⁹⁶ Siehe hierzu: Keller, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 20.

⁹⁷ Otto / Keller / Nagel: Sowjetische Kriegsgefangene.

Wolfram Wette ausgesetzt sahen.⁹⁸ Diese widmeten sich erstmals aus dem Blickwinkel einer Nachfolgeinstitution der Wehrmacht der militärhistorischen Forschung zum Vernichtungskrieg und untersuchten, wenn auch oftmals eher peripher, das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in den Händen der Wehrmacht.⁹⁹ Weitere wichtige Forschungsbeiträge und Impulse entstanden ebenfalls in der außeruniversitären Sphäre. Das „sprunghafte Anwachsen“¹⁰⁰ der Veröffentlichungen zum Themenfeld ist vor allem auf die Bestrebungen lokaler Gedenkinitiativen, Geschichtswerkstätten und temporärer Ausstellungsprojekte zurückzuführen und nahm oftmals die Form von Regionalstudien an.¹⁰¹ Diese auf private Initiativen zurückgehende regionale Schwerpunktsetzung erklärt die relativ umfassende Erschließung und Erforschung ehemaliger Stalags in Nord- und Ostdeutschland, wohingegen in Süddeutschland bis heute große Forschungsdesiderate bestehen.¹⁰² Nicht ignoriert werden sollte abschließend der Einfluss der Geschichtswettbewerbe der Körberstiftung. Die in diesem Kontext entstandenen Arbeiten von Schüler*innen gaben oftmals den ersten Anstoß für eine intensivere Auseinandersetzung, so geschehen in Senne und Sandbostel¹⁰³ Es lässt sich festhalten, dass die historische Forschung zu sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam in den 1970er und 1980er Jahren so umfassend war wie nie zu vor. Im Umfeld einzelner kritischer Historiker¹⁰⁴ sowie lokaler, zivilgesellschaftlicher Akteur*innen wurden so die historiographischen Grundlagen für eine tiefer gehende erinnerungspolitische und erinnerungskulturelle Auseinandersetzung geschaffen.

2.4 Die 1970er und 1980er-Jahre in der DDR

2.4.1 Erinnerungspolitik

Die 1970er Jahre brachten in der DDR einen Wechsel an der Staatsspitze. Der anfänglichen und vorsichtigen Liberalisierung seit dem Amtsantritt von Erich Honecker 1971 folgten Repressionen und eine Phase politischen und kulturellen Stillstands. Karsten Krampitz resümiert: „Der Übergang von Ulbricht zu Honecker war mehr als ein Personenwechsel. Nicht wenige (...) empfanden sogar so etwas wie Aufbruchsstimmung. Ein Aufbruch, der jedoch spätestens 1976 umschlug in Verbitterung und Resignation.“¹⁰⁵ Wie in der Kulturpolitik im Allgemeinen, so blieben auch in der

⁹⁸ Siehe hierzu und zu den Auseinandersetzungen um eine vermeintliche „rote Zelle“ am MGFA: Echternkamp, Jörg Auftrag: Forschung. Die Bundeswehr, das Verteidigungsministerium und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Systemkonflikt, in: Zeitgeschichte-online, Juni 2015. Online abrufbar unter: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/auftrag-forschung>, letzter Zugriff am 19.12.2020.

⁹⁹ Siehe auch: Jahn, Vernichtungskrieg, S.161.

¹⁰⁰ Streit, Sowjetische Kriegsgefangene, S.5.

¹⁰¹ Siehe: Nagel, Remembering, S.142.

¹⁰² Streit, Sowjetischen Kriegsgefangene, S.7. Siehe Beispielhaft die Studie von Borgsen/Volland: Borgsen, Werner / Volland, Klaus: Stalag XB Sandbostel. Zur Geschichte eines Kriegsgefangenen und KZ-Auffanglagers in Norddeutschland 1939-1945, Bremen 2010. Maßgeblich war hier im weiteren Verlauf die Arbeit der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten. Siehe u. a. die Publikationen von Keller und Petry: Keller, Rolf/ Petry, Silke (Hrsg.): Sowjetische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz. Dokumente zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen in Norddeutschland, Göttingen 2013. Sowie: Keller, Sowjetische Kriegsgefangene.

¹⁰³ Hilger, Schwieriges Gedenken, S.121. Siehe auch: Streit, Sowjetische Kriegsgefangene, S.7.

¹⁰⁴ Die Nutzung des Gendersternchens erübrigt sich an dieser Stelle.

¹⁰⁵ Krampitz, Karsten: 1976. Die DDR in der Krise, Berlin 2016, S.9.

Erinnerungspolitik an den Vernichtungskrieg die grundlegenden Linien bestehen, Änderungen gab es nur in Details. Christina Morina attestiert der, nach wie vor zentralen, Meisterzählung über den Vernichtungskrieg ideologische Erstarrung und eine Unfähigkeit sich an die sich mit der „Neuen Ostpolitik“ verändernde geopolitische Lage anzupassen. Das politische Gedächtnis an den Vernichtungskrieg sei „zunehmend phrasenhaft und fast vollkommen von der eigentlichen Geschichte gelöst“ gewesen.¹⁰⁶ Im staatsoffiziellen Narrativ war die Analogisierung des Vernichtungskrieges mit einem vermeintlich drohenden Angriff durch den „imperialistischen Westen“ trotz der deutlich geringer werdenden Gefahr direkter kriegerischer Auseinandersetzungen nach wie vor omnipräsent. Unter Erich Honecker wurde an den Jahrestagen des 22. Juni in den 1970er Jahren formelhaft „Dankbarkeit und Respekt“ gegenüber den „sowjetischen Helden“ bezeugt.¹⁰⁷ Diese Bekundungen in der DDR waren dabei nicht zuletzt von einem seit Machtübernahme durch Breschnew verstärkten Fokus auf ein heroisches Gedenken an den „Großen Vaterländischen Krieg“ in der Sowjetunion beeinflusst.¹⁰⁸ Bis zum Einsetzen der Perestroika 1987 und der mit ihr einhergehenden vorsichtigen Veränderungen herrschte hier ein Siegedgedächtnis vor, das zahlreiche Opfergruppen systematisch ausschloss und die Erinnerungspolitik der DDR stark beeinflusste.¹⁰⁹ Für eine Thematisierung des Schicksals der sowjetischen Kriegsgefangenen blieb in diesem erstarrten erinnerungspolitischen Kontext weiterhin kein Platz.

2.4.2 Erinnerungskultur

Auch auf dem Feld der Erinnerungskultur erlaubte die Persistenz der auf Heldenmythos und die Partnerschaft mit der Sowjetunion fokussierten Meisterzählung lange keine Abweichung. Jürgen Zarusky zufolge sei erst mit der Perestroika und dem allmählichen Niedergang der Sowjetunion ein allmähliches Schwinden des „Schattens der Vergessenheit, der jahrzehntelang auf vielen sowjetischen Opfern (...) gelegen“ habe, möglich geworden.¹¹⁰ So kam es mit Beginn der 1980er Jahre zu einer punktuellen Thematisierung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Nach Forschungsarbeiten, die – analog zu Entwicklungen in der BRD – durch eine lokale Schule angestoßen wurde, kam es 1985 im bereits erwähnten Ehrenhain-Zeithain in Sachsen zur Errichtung einer Gedenkstätte.¹¹¹ Sie war damit der erste offizielle Erinnerungsort in DDR und BRD, der sich explizit und ausschließlich den Verbrechen gegen und dem Gedenken an die sowjetischen

¹⁰⁶ Morina, Vernichtungskrieg, S.276.

¹⁰⁷ So der damalige Außenminister Otto Winzer 1971 im „Neues Deutschland“. Zitiert nach: Ebd., S.275.

¹⁰⁸ Siehe: Bonwetsch, Der „Große Vaterländische Krieg“, S.169.

¹⁰⁹ Ramona Saavedra Santis charakterisiert dieses Siegedgedächtnis treffend als „Topos des Heroischen“ in dem zum einen die „Überlegenheit der sowjetischen (...) Gesellschaft an Moral, Entschlossenheit, Willenskraft und Patriotismus“ mit der „unbedingten Opferbereitschaft jedes einzelnen bis hin zum heldenhaften Tod“ verknüpft sei. Zum anderen verdeutlicht sie, wie dieses nachhaltig wirksame Topos notwendig die institutionalisierte wie gesellschaftliche „Stigmatisierung und Ausgrenzung aus dem kollektiven Gedächtnis“ derjenigen Personengruppen implizierte, „die auf den ersten Blick nicht in diese Konstruktion passten.“ Siehe: Saavedra Santis, Ramona: *Erinnern, verdrängen, vergessen. Ravensbrück in der sowjetischen und russischen Erinnerung*, in: Dies.: *Im Auftrag der Erinnerung. Antonina Nikiforova und das Ravensbrück-Gedächtnis*, Berlin 2013, S.28-46, hier S.28.

¹¹⁰ Zarusky, Sowjetische Opfer, S.230.

¹¹¹ Siehe die Dokumentation auf der Homepage der Gedenkstätte Ehrenhain- Zeithain. Online abrufbar unter: https://www.stsg.de/cms/zeithain/geschichte/geschichte_der%20gedenkstaette, letzter Zugriff am 07.01.2021.

Kriegsgefangenen widmete. Der Fokus lag jedoch auch hier eindeutig auf dem Widerstand der Gefangenen. Der Titel der vorangegangenen Forschungsarbeiten lautete konsequenterweise „Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes im Raum Zeithain“. So wurde zwar erstmals ein Gedenken an die konkreten Geschehnisse vor Ort möglich, die Erinnerung an einzelne Gefangene oder gar ein Opfergedenken ohne Heroisierung blieben jedoch aus.¹¹² Dass selbst diese Form der Thematisierung der Kriegsgefangenen marginal blieb, zeigt ein weiteres erinnerungskulturelles Produkt. Die 1979 erstmals ausgestrahlte Fernsehdokumentation „Der unvergessene Krieg“ war als US-amerikanisch-sowjetische Koproduktion ein Novum. Das monumentale Werk erschien in 20 Folgen je 45 Minuten und thematisierte den deutschen Angriff auf die Sowjetunion.¹¹³ So wurde erstmals in ausführlicher Form und unter Verwendung umfassenden Videomaterials sowjetischer Kriegsberichterstatter der Vernichtungskrieg einem breiten Fernsehpublikum näher gebracht. Aufgrund des sowjetischen Mitwirkens wurden jedoch die Verbrechen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen kaum beleuchtet. „Manche der schlimmsten deutschen Verbrechen sind nur angedeutet, weil sie gleichfalls nicht ins Bild passen: der Hungertod von Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen – weil Gefangenschaft als unehrenhaft galt (...),“ resümierte eine damalige Rezension des „Spiegel“.¹¹⁴

2.4.3 Historische Forschung

Die in der historischen Forschung der DDR zunächst überwiegende Ignoranz gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen wandelte sich ebenfalls partiell. Ein wichtiger Schwerpunkt der DDR-Historiographie war die Zwangsarbeit, in dessen Rahmen die Kriegsgefangenen Erwähnung fanden.¹¹⁵ 1975 publizierte Eberhard Moritz eine sechsbändige Studie, die auch diese Opfergruppe in den Blick nahm.¹¹⁶ Moritz nannte dabei explizit auch einfache Wehrmachtssoldaten als Täter und sprach von einem geplanten „Massenmord“ an Sowjetbürgern.¹¹⁷ Die 1977 erschienene Studie von Norbert Müller und Margers Vestermanis nannte erstmals – auf Basis der für die Nürnberger Prozesse recherchierten Quellen – konkrete Opferzahlen und machte damit das Ausmaß der Verbrechen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen für ein Fachpublikum nachvollziehbar.¹¹⁸ Eine Popularisierung dieser neuen Forschungsschwerpunkte folgte, wie oben bereits ausgeführt, jedoch nicht. Im Gegensatz zum einige Jahre später ebenfalls in der DDR erschienenen „Keine Kameraden“ von Streit stießen die wenigen fachwissenschaftlichen Publikationen, die sich explizit

¹¹² Nagel, Remembering, S.137.

¹¹³ Online einsehbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=PXZt6_rnt_s, letzter Zugriff am 07.01.2021.

¹¹⁴ Höhne, Heinz: „Zuviel Zelluloid, zu wenig Information“, in Der Spiegel vom 14.01.1981. Online einsehbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14345348.html>, letzter Zugriff am 07.01.2021.

¹¹⁵ Osterloh, Jörg: Sowjetische Kriegsgefangene 1941 – 1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie, Dresden 1996, S.55.

¹¹⁶ Moritz, Eberhard: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Deutschland im zweiten Weltkrieg, Band 2), Ost-Berlin 1975.

¹¹⁷ Osterloh, Verdrängt, S.616.

¹¹⁸ Müller, Norbert / Vestermanis, Margers: Verbrechen der faschistischen Wehrmacht an sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, in: Militärgeschichte, Nr. 16/1977, S. 15-27.

des Komplexes annahmen, in der DDR kaum auf öffentliches Interesse. Weiterhin überwogen in den genannten, durchaus verdienstvollen Forschungsbeiträgen die Fokussierung auf Widerstand und Heldentum der sowjetischen Kriegsgefangenen. Trotz einer punktuellen Hinwendung zur Thematik auf den Feldern der Erinnerungskultur und der fachwissenschaftlichen Forschung blieb das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in der offiziellen Erinnerungspolitik unbeachtet und erhielt so jenseits von Fachkreisen und lokaler Thematisierung kaum Aufmerksamkeit.

2.5 Zwischenfazit

Im vorangegangenen Kapitel wurde der Umgang mit dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in den beiden deutschen Staaten in den ersten 45 Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs skizziert. Dabei wurden insbesondere die drei Felder der Erinnerungspolitik, der Erinnerungskultur und der historischen Forschung und ihre gegenseitige Bedingtheit in den Blick genommen. Aufgrund der in Teilen schlechten Literatur- und Quellenlage war nur eine Fokussierung auf aussagekräftige Exempel und damit eine kursorische Übersicht über den umfassenden Zeitraum möglich. Dennoch wurden durch diese verdichtete Form der Darstellung zentrale Linien in der Behandlung der Thematik sichtbar.

Für die BRD der 1950er und 1960er Jahre (2.1) konnte so herausgearbeitet werden, dass sowohl in den frühen erinnerungspolitischen Debatten im Bundestag als auch – beeinflusst durch die politisch gewollte und gezielte Vergabe von Forschungsgeldern – in der historischen Forschung sowjetische Kriegsgefangene, wenn überhaupt, dann ausschließlich im Zusammenhang mit dem Schicksal deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion Erwähnung fanden. Für die frühe Erinnerungskultur ist hingegen der von Ablehnung und Relativierung geprägte Umgang mit den von der Sowjetunion errichteten Memoriale als zentral herausgearbeitet worden. Dieser reichte im Extremfall bis hin zum aktiven „Vergessenmachen“ durch die Zerstörung der Denkmäler. Die hier knapp zusammengefasste, durch Verdrängung und Relativismus geprägte, Grundtendenz in der frühen Bundesrepublik muss dabei vor dem Hintergrund des aufziehenden Kalten Krieges und des durch ihn bedingten, wiederaufkommenden „ideologischen Kontinuitätsstrang“¹¹⁹ Antikommunismus, sowie umfassender biographischer Involvierungen der meisten Deutschen im postnationalsozialistischen Westdeutschland eingeordnet werden. Nur so ist der im Kontext des Kalten Krieges prävalente „dezisionistische Grundzug“ der politischen Kultur zu erklären, der die Debatte über Jahrzehnte prägen sollte und Erinnerungspolitik wie Kultur maßgeblich beeinflusste.¹²⁰

¹¹⁹ Spohr, Johannes: Die Ukraine 1943/44. Nationalsozialistische Gewalt und ihre Vergegenwärtigung in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, in: Klei, Alexandra / Stoll, Katrin (Hrsg.): Leerstelle(n)? Der deutsche Vernichtungskrieg 1941-1944 und die Vergegenwärtigung des Geschehens nach 1989, Berlin 2019, S.93-116, hier S.107.

¹²⁰ So treffend Axel Schildt: Schildt, Kriegserinnerung, S.139. Die Auswirkung dieses Dezisionismus auf Erinnerungskultur und historische Forschung beschreibt Christian Streit prägnant: „In der scharfen Konfrontation der beiden Seiten wurde jede kritische Untersuchung des Krieges gegen die Sowjetunion als Unterminierung der

In der DDR waren die ersten beiden Jahrzehnte nach der Staatsgründung wiederum erinnerungspolitisch von der Etablierung einer neuen Meistererzählung geprägt, in der dem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 eine zentrale Funktion zukam (2.2). Diese „Urkatastrophe“ wurde in der Folge geschichtspolitisch instrumentalisiert und in einer geopolitisch angespannten Situation zur Analogisierung des westlichen Machtblocks mit dem nationalsozialistischen Aggressor genutzt. In diesem Zuge kam es zu einer in öffentlichen Ritualen zelebrierten Identifikation mit der Sowjetunion und ihrer Armee, wobei sowjetische Kriegsgefangene keine Erwähnung fanden. Der hier sichtbar werdende, in der DDR dominante Heldenmythos, ließ für Niederlagen, Schwäche und ein Opfergedenken an ehemaligen Tatorten keinen Raum. Dies wurde an den Beispielen des Mahnmals im Treptower Park und dem Ehrenhain-Zeithain deutlich. Hier war die Identifikation mit der siegreichen Roten Armee ebenso zentral wie in der historischen Forschung. Die wenigen Arbeiten der DDR-Historiographie zum Thema, die nach Stalins Tod erschienen, fokussierten deshalb auf widerständige Handlungen der Kriegsgefangenen und ihre Kollaboration mit deutschen Kommunist*innen. Durch die mangelnde Thematisierung und konkrete Sichtbarkeit der Opfer in allen drei Bereichen wurde eine Identifikation mit dem siegreichen Kollektiv überhaupt erst möglich. Die so vollzogene „Entschuldung“ der DDR-Bürger*innen hatte weitreichende Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Erinnerungskultur. Andreas Hilger kritisiert in diesem Kontext zurecht: „Eine offene, selbstkritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und individuellen Anteilen an der NS-Herrschaft, mit NS-kompatiblen Grundeinstellungen unter anderem gegenüber Slawinnen und Slawen und damit mit Nachwirkungen und aktuellen Verantwortlichkeiten und Aufgaben fand unter diesen Prämissen nicht statt.“¹²¹

Mit Beginn der 1970er Jahre veränderten sich in der BRD wiederum die geschichtspolitischen Koordinaten. Im Zuge der „Neuen Ostpolitik“ unter der ersten sozialliberalen Koalition kam es zu einer – vorsichtigen und nur partiellen – Anerkennung des enormen Leids, das der Vernichtungskrieg über die Sowjetunion und ihre Bevölkerung gebracht hatte. Eine konkrete Thematisierung unterschiedlicher Verbrechenskomplexe, etwa der Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen, blieb jedoch aus. Dennoch eröffnete die teilweise Abkehr von revanchistischen Motiven zivilgesellschaftlichen Akteur*innen neue Handlungsspielräume. Diese setzten lokal und oftmals gegen deutlichen Widerstand Gedenkinitiativen, temporäre Ausstellungen und Memoriale durch und schufen damit die Grundlage für die Einrichtung von Gedenkstätten auf dem Gebiet ehemaliger Stalags und Friedhöfe für Kriegsgefangene. Neben einzelnen kritischen Historikern waren diese lokal verankerten Initiativen ausschlaggebend für die zunehmende fachwissenschaftliche Forschung, die sich in den 1980ern erstmals in größerem Ausmaß des

eigenen Position, ja als Landesverrat angesehen.“ Siehe: Streit, Sowjetische Kriegsgefangene, S.3.

¹²¹ Hilger, Schwieriges Gedenken, S.120.

Themas annahm. Im Kontrast zu den partiellen Fortschritten in Westdeutschland beharrte die offizielle erinnerungspolitische Linie in der DDR auf der in den 1950ern etablierten Meisterzählung. Obwohl in lokalen Gedenkstätten einzelne Veränderungen möglich wurden und sich die historische Forschung in einigen Beiträgen erstmals explizit den sowjetischen Kriegsgefangenen widmete, blieb das Heldengedenken und die hiermit verbundene Identifikation der ostdeutschen Bevölkerung mit der siegreichen Sowjetunion vorherrschend. Die Verbrechen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen spielten deshalb in der DDR bis zu ihrem Ende, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der BRD bis in die 1980er Jahre hinein ein Viktimisierungsdiskurs vorherrschend war, bei dem die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen nur in Verbindung mit dem relativierenden Verweis auf deutsche Kriegsgefangene in sowjetischem Gewahrsam zur Sprache kamen.¹²² Ermöglicht und verstärkt wurde diese Tendenz von einem aufgrund seiner „integrativen Binnenfunktion“ in den Nachkriegsjahrzehnten zentralen Ideologem, dem Antikommunismus.¹²³ Beide Faktoren wirkten bis zum Ende des Kalten Krieges, zum Teil sind sie noch heute virulent. In der DDR hingegen, blieb über die 40 Jahre ihres Bestehens das Heldengedenken zentral. Damit einher ging implizit eine Absage an eine Thematisierung konkreter Verbrechen und der hiermit verknüpften Frage nach Schuld. Hieran konnten die Beiträge aus der historischen Forschung oder erste Impulse zur Veränderung der Erinnerungskultur wenig ändern. Der gegensätzliche Rückgriff der beiden deutschen Staaten auf das gemeinsame historische Erbe der nationalsozialistischen Verbrechen wird besonders deutlich, wenn man die beiden zentralen Verbrechenskomplexe und die jeweiligen Leerstellen betrachtet. Setzte sich in der BRD die Shoah als Fixpunkt des negativen Gedächtnisses durch, so war in der DDR der Vernichtungskrieg – in seiner sowjetisch beeinflussten Interpretation – zentral. Beide Interpretationen vernachlässigten die Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen und beide wurden (und werden zum Teil auch heute noch nicht) der realhistorischen Verflechtung der beiden Verbrechenskomplexe gerecht.¹²⁴ Diese „verflochtene Abgrenzung“¹²⁵ von der eigenen Verbrechensgeschichte war zum Zeitpunkt der Vereinigung der beiden deutschen Staaten prägend. So unterschiedlich jedoch der „antifaschistische

¹²² Siehe Morina, Vernichtungskrieg, S. 264.

¹²³ Schildt, Kriegserinnerung, S.139.

¹²⁴ So merkt Ulrike Jureit in Bezug auf die Shoa treffend an: „Der Holocaust fand der vorherrschenden Logik nach mehr oder weniger ausschließlich in den Konzentrations- und Vernichtungslagern statt, alles andere galt als militärisches Kriegsgeschehen. Die dezidierte Trennung zwischen Holocaustforschung einerseits und Militärgeschichtsschreibung andererseits forcierte diese Sichtweise und lies gerade dort Wahrnehmungslücken entstehen, wo militärische Kampfhandlungen, politische Verfolgung, repressive Besatzungspolitik und rassistisch begründete Massenvernichtung ineinander übergingen.“ Jureit, Ulrike: Tatort-Fotos. Zur Wahrnehmung nationalsozialistischer und stalinistischer Verbrechen im Kontext der 'Wehrmachtsausstellungen', in: Klei, Alexandra / Stoll, Katrin (Hrsg.): Leerstelle(n)? Der deutsche Vernichtungskrieg 1941-1944 und die Vergegenwärtigung des Geschehens nach 1989, Berlin 2019, S.71-91, hier S.89.

¹²⁵ Morina, Vernichtungskrieg, S.290.

Siegediskurs“¹²⁶ in der DDR und der antikommunistisch geprägte Opferdiskurs der BRD in ihren jeweiligen erinnerungspolitischen, erinnerungskulturellen und fachwissenschaftlichen Ausformungen waren, in einem zentralen Punkt ähnelten sie sich dann doch: Die Präsenz der Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen war marginal.

¹²⁶ Ebd.

3. Musealisierung, Entschädigungsdebatten und ausbleibende Anerkennung

- 1990-2000 -

3.1 *Das Schicksal der sowjetische Kriegsgefangenen im vereinigten Deutschland*

Nach der Vereinigung der Bundesrepublik und der DDR, nahm die historische Selbstverortung des neuen Staates einen prominenten Platz ein. Relevant hierfür war auch die umkämpfte Deutung der nationalsozialistischen Verbrechen und damit verknüpft die Kontroversen um Anerkennung und „Entschädigung“ bislang marginalisierter Opfergruppen.¹²⁷ Die sowjetischen Kriegsgefangenen als numerisch zweitgrößte Opfergruppe blieben jedoch auch in diesen Debatten nur eine Marginalie. Am Rande fanden sie jedoch in Auseinandersetzung um die Entschädigung von Zwangsarbeiter*innen und der Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) Erwähnung. Deutlich wurde hier, wie die Durchsetzung von Entschädigungszahlungen und erinnerungskultureller Repräsentation für eine bisher weitestgehend ignorierte Opfergruppe neue Ausschlüsse produzierte. Der explizite Ausschluss der Kriegsgefangenen in einer von Opferkonkurrenzen geprägten öffentlichen Debatte wird deshalb im Folgenden im Zentrum stehen.

In der erinnerungskulturellen Landschaft des vereinigten Deutschlands wurde den sowjetischen Kriegsgefangenen dennoch eine langsam wachsende Aufmerksamkeit zu Teil. Der insbesondere im Vergleich mit westlichen Kriegsgefangenen sichtbar werdende verbrecherische Charakter der Behandlung dieser Gruppe erlangte so erstmals eine gewisse Sichtbarkeit.¹²⁸ Nach dem Entstehen der ersten Gedenkstätten, die sich den deutschen, lokalen Dimensionen des Verbrechenskomplexes annahmen, kamen in den 1990er Jahren überregionale Akteurinnen hinzu. Erstmals widmeten sich auch etablierte Gedenkstätten und Museen der Opfergruppe, das Medium der historischen Ausstellung wurde wichtiger. Die erste Ausstellung, die sich ausschließlich der Thematik zuwandte, wurde so 1990 im neu errichteten Dokumentationszentrum der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen eröffnet.¹²⁹ 1992 folgte eine von der soeben eröffneten „Topographie des Terrors“ konzipierte Wanderausstellung zu sowjetischen Kriegsgefangenen, die jedoch keine breitere Aufmerksamkeit erfuhr und ein entsprechendes Kapitel in der Dauerausstellung des 1995 wiedereröffneten Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst.¹³⁰ Auch das, bis zur Etablierung des Deutschen Historischen Museums, wichtigste nationale Geschichtsmuseum, das von Helmut Kohl initiierte Haus der Geschichte in Bonn, widmete sich 1995 der Thematik. Die Ausstellung „Kriegsgefangene – Wojennoplennije“ erörterte – wissenschaftlich durchaus akkurat und auf der Höhe der Zeit – in einer Gegenüberstellung das Schicksal von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland. Auch wenn die im Begleitband dokumentierten

¹²⁷ Siehe hierzu auch: Siebeck, Cornelia / von Wrochem, Oliver: Dies- und Jenseits des Totalitarismusparadigmas, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 181 / 2016, S. 3-13.

¹²⁸ Siehe Fußnote 33.

¹²⁹ Siehe: Nagel, Remembering, S.140.

¹³⁰ Siehe hierzu den bereits erwähnten Band von Rürup und Jahn: Rürup / Jahn (Hrsg.), Erobern und vernichten.

Texte und Exponate die Verbrechen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen ausführlich und schonungslos schildern, scheinen bei der Analogisierung von stalinistischen und nationalsozialistischen Lagern und den Schicksalen von Angreifenden und Verteidigenden latent relativistische Tendenzen auf.¹³¹ Dennoch konstatierte Peter Jahn zu Recht, dass nach der, mit der deutschen Vereinigung eingetretenen, außenpolitischen Entspannung in den 1990er ein allmählicher Wandel in der gesamtgesellschaftlichen Perzeption des Kriegs gegen die Sowjetunion eingesetzt habe.¹³² Als Ausdruck dessen können die verstärkten Ausstellungsaktivitäten, so kritisch sie im Einzelnen zu bewerten seien, interpretiert werden. Auch die Zusicherung der Bundesregierung zum Erhalt der sowjetischen Memoriale und eine entsprechende Finanzierung sind sicherlich vor diesem Hintergrund einzuordnen.¹³³ Zu erwähnen sind in diesem Rahmen zuletzt die beiden „Wehrmachtsausstellungen“, wobei die Verbrechen gegen die Kriegsgefangenen in der ersten Ausstellung (1995-1999) noch eine marginale Rolle spielten und erst in der überarbeiteten zweiten Ausstellung ausführlicher thematisiert wurden.¹³⁴ In der vehementen öffentlichen Kontroverse und auch in der nachträglichen Wahrnehmung beider Ausstellungen stand jedoch die Beteiligung der Wehrmacht an der Shoah im Zentrum der Aufmerksamkeit. Zudem waren beide Ausstellungen explizit auf die Täter fokussiert, Quellen aus Opferperspektive kamen kaum zum Einsatz.¹³⁵ Die durch die Ausstellung angestoßene Verschiebung der erinnerungskulturellen Koordinaten in Bezug auf die Wehrmacht tangierte die Verbrechen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen nur bedingt.

Die historische Forschung machte in den Jahren nach dem Vereinigungsprozess ebenfalls große Fortschritte. Ausschlaggebend hierfür war zum einen die mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einhergehende Öffnung der Archive, die hunderttausende von der Wehrmacht angelegten Karteikarten zu einzelnen Kriegsgefangenen erstmals der deutschen Fachwissenschaft zugänglich machten.¹³⁶ Das Forschungsprojekt zur Erschließung dieses sehr umfassenden Quellenbestandes läuft ob des Umfangs noch heute und ist mittlerweile am Deutschen Historischen Institut (DHI) Moskau angesiedelt.¹³⁷ Zum anderen war für eine Verstetigung und Ausweitung der

¹³¹ Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Kriegsgefangene – Wojennoplennije. Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, Düsseldorf 1995. Siehe insbesondere das Vorwort von Hermann Schäfer: ebd., S.7-10.

¹³² Jahn, Vernichtungskrieg, S.163.

¹³³ Zarusky, Sowjetische Opfer, S.235.

¹³⁴ Jureit, Tatort-Fotos, S.78. Sowie ausführlich: Hartmann, Christian / Hürter, Johannes / Jureit, Ulrike (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2015. Siehe auch die beiden Ausstellungskataloge: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1996. Sowie: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, Hamburg 2002.

¹³⁵ Zarusky, Sowjetische Opfer, S.237.

¹³⁶ Streit, Sowjetische Kriegsgefangene, S.6.

¹³⁷ Siehe hierzu: Keller, Rolf / Otto, Reinhard: Das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Wehrmachtsbürokratie. Unterlagen zur Registrierung der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945 in deutschen und russischen Institutionen. Ein Forschungsbericht, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, hrsg. Vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Nr. 57 (1998), Heft I, S.149-180. Siehe für einen aktuellen Stand auch die Website des DHI: <https://www.dhi-moskau.org/de/forschung/herrschaft-und-krieg/sowjetische-und-deutsche-kriegsgefangene.html>, letzter Zugriff am 21.01.2021.

wissenschaftlichen Forschung, die Etablierung der in den 1970er und 1980er Jahren entstandenen Institutionen von Bedeutung. So erschienen zahlreiche Forschungsbeiträge auf Grundlage der Arbeit der bereits genannten Stiftungen Sächsische und Niedersächsische Gedenkstätten sowie aus dem Umfeld des MGFA Freiburg.¹³⁸ Die beiden genannten Faktoren verdeutlichen dabei den starken Einfluss, den die veränderte politische Lage und die sich durchsetzenden Gedenkinstitutionen auf die Ermöglichung historischer Forschung hatten. Erinnerungspolitisch jedoch sah sich die neue Berliner Republik mit Forderungen von bislang kaum wahrgenommenen NS-Opfergruppen, auch aus den post-sozialistischen Staaten, konfrontiert. Constantin Goschler konstatiert, dass sich die Aufmerksamkeit jahrzehntelang auf diejenigen Opfergruppen konzentriert habe, „die entweder nach dem Krieg in Deutschland lebten oder aufgrund der Verfolgung aus dem Deutschen Reich emigriert waren“.¹³⁹ Ausdruck dieses Fokus war die Vernachlässigung von sogenannten Entschädigungszahlungen an alle nicht in Deutschland lebenden Opfergruppen. Das 1956 verabschiedete Bundesentschädigungsgesetz schloss so Personen mit einem Wohnsitz außerhalb Deutschlands explizit aus. Auch die Novellierung des Gesetzes 1965, bezeichnenderweise mit dem Zusatz „Schlussgesetz“ versehen, änderte nichts am Ausschluss von Kriegsgefangenen und anderen Opfergruppen wie Zwangsarbeitende, Euthanasieopfer und Sinti und Roma. Dieses Ungleichgewicht wurde mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und der hiermit verbundenen neuen Sichtbarkeit von Opfergruppen aus den ehemaligen Staaten des Ostblocks nochmals besonders deutlich.¹⁴⁰ Mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ von 1990 wurde nach offizieller bundesdeutscher Rechtsauffassung ein juristischer Schlusstrich unter die Reparations- und Entschädigungsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen.¹⁴¹ Dennoch vereinbarte der damalige Bundeskanzler Kohl im Rahmen der Wiedervereinigung mit dem sowjetischen Staatsoberhaupt Gorbatschow entsprechende Zahlungen. Im Zuge dessen wurden 1993 insgesamt eine Milliarde Deutsche Mark an eigens gegründete Stiftungen in den post-sowjetischen Staaten Russland, Ukraine und Belarus ausgezahlt. Da Kriegsgefangene in diesen Staaten aber nach wie vor unter dem Verdacht der Kollaboration standen, erhielten sie auch durch diese Fonds keinerlei

¹³⁸ So u.a.: Osterloh, Jörg: Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenenmannschaftsstammlager 304/IV H Zeithain bei Riesa in Sachsen, Leipzig 1997. Sowie: Keller, Rolf: „Die kamen in Scharen hier an, die Gefangenen“. Sowjetische Kriegsgefangene, Wehrmachtssoldaten und deutsche Bevölkerung in Norddeutschland 1941/42, in: Rassismus in Deutschland. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 1, Bremen 1994. Jenseits dieser lokalen Fallbeispiele legte Rüdiger Overmans eine grundlegende Studie zur Kriegsgefangenen-Politik der Wehrmacht vor, in der auch sowjetischen Kriegsgefangenen ein prominenter Platz eingeräumt wurde: Overmans, Rüdiger: Die Kriegsgefangenenpolitik des Deutschen Reiches 1939 bis 1945, in: , Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 9/2: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung, München 2005, S. 729-875.

¹³⁹ Goschler, Constantin: Der Umgang mit den Opfern des Nationalsozialismus in Deutschland nach 1945, in: Heydemann, Günther / Vollnhals, Clemens: Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa, Göttingen 2016, S.27-45, hier S.39,

¹⁴⁰ Ders.: Wiedergutmachungspolitik. Schulden, Schuld und Entschädigung, in: Reichel, Peter / Schmid, Harald / Steinbach, Peter (Hrsg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, Bonn 2009, S.62-84, hier S.80.

¹⁴¹ Siehe: Leue, Vivien: Ein Friedensvertrag, der keiner war, in: Deutschlandfunk vom 11.09.2020. Online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/zwei-plus-vier-vertrag-vor-30-jahren-ein-friedensvertrag.724.de.html?dram:article_id=483987, letzter Zugriff am 25.01.2021.

finanzielle Zuwendungen.¹⁴² Im Gegensatz zu den in den 1980er Jahren einsetzenden Gründungen von Interessenvertretungen für die sogenannten „vergessenen Opfer“ in der Bundesrepublik – 1982 gründete sich der Zentralrat der Sinti und Roma, 1987 der Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten – hatten sowjetische Kriegsgefangene auch keine in Deutschland präsenten Verbände, die solche Zahlungen und die damit verbundene Anerkennung ihre Leides durchsetzen konnten.¹⁴³ Auch in der ehemaligen Sowjetunion gab es, mit der Ausnahme Armeniens, keine gesonderten Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener, in den vorhandenen Veteranenverbänden war ihre Mitgliedschaft eine Ausnahme. Deutlich wird so, wie beschwerlich die Durchsetzung von Entschädigungszahlungen und Anerkennung für eine nicht-deutsche Opfergruppe war, die zudem in ihren Herkunftsländern stigmatisiert wurde und auch dort keine Lobbyorganisation besaß.¹⁴⁴ So muss trotz der großen Fortschritte in der historischen Forschung und der gestiegenen erinnerungskulturellen Repräsentanz konstatiert werden, dass erinnerungspolitisch – insbesondere in der in diesem Jahrzehnt virulenten Frage der Entschädigungszahlungen - auch im vereinigten Deutschland der 1990er Jahren weitgehend Ignoranz gegenüber den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen vorherrschte.

3.2. Entschädigung für Zwangsarbeitende – Erämpfte Anerkennung und neue Ausschlüsse

Im Gegensatz zu den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, hatten ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bessere Bedingungen zur Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen. Die ehemaligen Zwangsarbeitenden bildeten dabei eine große und heterogene Gruppe, die durchaus Schnittmengen mit sowjetischen Kriegsgefangenen und anderen Opfergruppen aufwies. Diesem Faktum und der spezifischen Leidensgeschichte zum Trotz, fanden die sowjetischen Kriegsgefangenen nur als eine Opfergruppe von vielen Erwähnung in den einschlägigen Forschungsbeiträgen und Debatten zur Zwangsarbeit.¹⁴⁵ Wichtiger noch: Auch in der letztendlich durchgesetzten Entschädigung für Zwangsarbeitende wurden sie – diesmal von gesamtdeutscher Seite – explizit ausgeschlossen. Da nach Paragraf 11 des Stiftungsgesetzes der verantwortlichen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) „Kriegsgefangenschaft keine Leistungsberechtigung“ begründe, kam es zu keinerlei Auszahlungen für ehemalige Rotarmist*innen.¹⁴⁶ Die jeweiligen nationalen Partnerorganisationen der EVZ konnten dank einer Öffnungsklausel im Rahmen ihrer finanziellen Mittel weitere Opfergruppen berücksichtigen, aufgrund des Paragraphen 11 und der Größe der Gruppe der ehemaligen Kriegsgefangenen geschah

¹⁴² Hilger, Schwieriges Gedenken, S.121.

¹⁴³ Goschler, Umgang, S.31.

¹⁴⁴ Jürgen Zarusky spricht in diesem Zusammenhang von dem Mangel an „Erinnerungsagenten“. Zarusky, Sowjetische Opfer, S.230.

¹⁴⁵ Nagel, Remembering, S. 142.

¹⁴⁶ Ausnahme waren hier einige der völkerrechtswidrig in den zivilen Status überführten und in Konzentrationslagern internierten Kriegsgefangenen. Für die entsprechende Passage des Stiftungsgesetzes, siehe: Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft vom 2. August 2000, §11 (3). Online abrufbar unter: <https://www.stiftung-evz.de/stiftung/gesetz-und-satzung.html>, letzter Zugriff am 26.01.2021.

dies jedoch ebenfalls nicht. Gegenüber besser repräsentierten und durchsetzungsstärkeren Gruppen, hatten die sowjetischen Kriegsgefangenen in der direkten Konkurrenz das Nachsehen. Gerade aus diesem Grund lohnt eine genauere Betrachtung des Prozesses der „Zwangsarbeiterentschädigung“. Denn zum einen ist die hier aufscheinende Opferkonkurrenz bestimmend für die Verortung der sowjetischen Kriegsgefangenen in den Jahren 2000 Fortfolgende.¹⁴⁷ Zum anderen kann die erfolgreiche Durchsetzung der Entschädigungsforderungen und der damit verknüpften Anerkennung und erinnerungskulturellen Repräsentation, als Kontrastfolie Aufschluss über die Leerstellen, die im Konflikt um diese Opfergruppe existierten geben.

Das entscheidende Referenzwerk für eine solche Betrachtung ist die Dissertation von Henning Borggräfe. In seiner 2014 vorgelegten Studie „Zwangsarbeiterentschädigung. Vom Streit um 'vergessene Opfer' zur Selbstaussöhnung der Deutschen“ zeichnet Borggräfe die Entwicklung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter*innen und der Gründung der EVZ anhand einer akteur*innenzentrierten Netzwerkanalyse nach.¹⁴⁸ Beginnend mit dem erneuten Aufkommen einer Entschädigungsdebatte für Zwangsarbeitende 1979 untersucht der Autor die Veränderungen in der Interessenvertretung dieser Opfergruppe, beleuchtet das Handeln von Historikern auf dem entstandenen erinnerungspolitischen Feld¹⁴⁹ und ordnet schließlich das Agieren dieser Akteur*innen, sowie nationaler Regierungen und transnationaler Unternehmen in einem „Konfliktnetzwerk“ ein, das mit den Auszahlungen der Entschädigungen durch die neugegründete Stiftung EVZ 2001 sein Ende fand.¹⁵⁰ Dieses Konfliktnetzwerk habe, neben den genannten Historikern, einerseits lokale Gesichtswerkstätten, kirchliche und gewerkschaftliche Initiativen, den Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte, Gruppen der VVN-BdA und später die Jewish Claims Conference (JCC), andererseits Vertreter*innen der bundesdeutschen und internationalen Politik, sowie großer deutscher Unternehmen, die von Zwangsarbeit profitiert hatten, umfasst.¹⁵¹ Dass zumindest die Kernfrage der materiellen Entschädigung mit der Errichtung

¹⁴⁷ Borggräfe kritisiert zu recht die Unschärfe des Begriffs „Opferkonkurrenz“, da er diejenigen die Entschädigungen und Anerkennung zu erteilen hätten, aus dem Blick nehme. Die künstliche Verknappung dieser „Ressourcen“ werde so unsichtbar gemacht. Aus Mangel an gangbaren Alternativen wird der Begriff jedoch auch im weiteren verwandt. Siehe: Borggräfe, Henning: Zwangsarbeiterentschädigung. Vom Streit um 'vergessene' Opfer zur Selbstaussöhnung der Deutschen, Göttingen 2014, S. 374.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Borggräfe moniert hierbei insbesondere die häufig proklamierte Trennung von „Wissenschaft“ und „Politik“, die oftmals nicht einzuhalten sei. Vielmehr verdeutliche auch sein konkreter Untersuchungsgegenstand die Verflechtung und gegenseitige Bedingtheit beider Felder. Dementsprechend untersucht Borggräfe insbesondere „Historiker als politische Akteure“, wobei sein Fokus sich dabei auf „Auswahl- und Etablierungsprozesse der Historiker als Experten sowie auf ihre Handlungsräume, Praktiken und Selbstverständnis“ richtet (Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S.19). Wie in den vorangegangenen Ausführungen, unter anderem unter 2.1., deutlich wurde, gibt es auch für die historische Forschung zu den sowjetischen Kriegsgefangenen durchaus Anlässe diesen Einschätzungen zuzustimmen.

¹⁵⁰ Zu dem Begriff des Konfliktnetzwerkes, siehe: Schneider, Volker: Die Analyse politischer Netzwerke. Konturen eines expandierenden Forschungsfeldes, in: Ders. / Janning, Frank / Leifeld, Philip / et al: Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen, Wiesbaden 2009, S.7-27, hier S.12. Siehe ausführlich auch Kapitel 4.1..

¹⁵¹ Siehe: Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S.107.

der Stiftung EVZ im Jahr 2000 abschließend geregelt wurde, ist diesem – überzeugenden – analytischen Zugang nach, also über das Agieren der genannten Akteur*innen, das in eine Befriedung des Konflikts mündete, zu erklären. Dass durch diesen Erfolg die „Entschädigung der Zwangsarbeit als ein wichtiger Beitrag zu einer Selbstaussöhnung der Deutschen“ interpretiert werden könne, sieht der Autor hingegen kritisch.¹⁵² Demzufolge hätten Vertretern des Entschädigungsaktivismus und Historiker wie Lutz Niethammer die geleisteten Entschädigung und die entsprechende Anerkennung als „eine verspätete Erfolgsgeschichte des bundesrepublikanischen Umgangs mit der NS-Vergangenheit“ verstanden.¹⁵³ Das größte Problem sei hierbei, so Borggräfe pointiert, die „Tendenz, offengebliebene Fragen der Entschädigung von NS-Verfolgten als bedauerliche Nebenaspekte gleich mit zu historisieren (...) obwohl diese Forderungen noch immer im Raum stehen“.¹⁵⁴ Dieses Schicksal ereilte nicht zuletzt die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, die anstatt als eigene Opfergruppe wahrgenommen zu werden, juristisch weiterhin unter „sonstige Kriegsfolgen“ subsumiert wurden.¹⁵⁵ Die im Zuge der Kontroverse um Zwangsarbeit im rot-grünen Koalitionsvertrag von 1998 vereinbarte Gründung einer Stiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“, die sich anderer „vergessener Opfer“ annehmen sollte und von der auch ehemalige Kriegsgefangene Hilfe hätten erwarten können, blieb gleichsam vollständig aus.¹⁵⁶ In einem Konflikt, in dem durch die kategorische Verweigerung der Ausweitung der Entschädigungsansprüche durch die deutsche Seite, Ansprüche nur gegen andere Opfergruppen durchgesetzt werden konnten, hatten nicht zuletzt die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen in der Opferkonkurrenz das Nachsehen.¹⁵⁷ Durch seine Fokussierung auf die Akteur*innen überwindet Borggräfe in seiner Studie, eine in der Erforschung der zweiten Geschichte des Nationalsozialismus oftmals vorherrschende Tendenz, die in der Gegenüberstellung von Fortschritten in der historischen Forschung einerseits und erinnerungskultureller Repräsentation andererseits verharret. Indem der Autor jedoch explizit die politische Durchsetzungsfähigkeit von Entschädigungsansprüchen - und damit implizit auch Anerkennung und Repräsentation der Opfergruppe - ins Zentrum rückt, gelingt ihm eine Erweiterung der Perspektive. Die von Borggräfe genutzte Methodik der Netzwerkanalyse ermöglicht so einen produktiven Perspektivwechsel, auch wenn sie, wie im weiteren zu zeigen sein wird, notwendig eigene Beschränkungen aufweist.

¹⁵² Ebd., S.514.

¹⁵³ Ebd., S.513.

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ Siehe: Borggräfe, Henning: Streit um „vergessene Opfer“, in: Fischer, Torben / Lorenz, Matthias N. (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2015, S.263-265.

¹⁵⁷ Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S.496.

3.3 Zwischenfazit

Für die Auseinandersetzung mit dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen muss für die auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten folgende Dekade ein ambivalentes Fazit gezogen werden. So profitierte auch diese Opfergruppe von dem gestiegenen öffentlichen Interesse, das mit der Auseinandersetzung um die „vergessenen Opfer“ des Nationalsozialismus aufkam. Vor dem Hintergrund einer geschichtspolitischen Neuverortung des vereinigten Deutschlands und dem Wegfall der realen und ideologischen Frontstellung des Kalten Krieges, konnten so auch sowjetische Kriegsgefangene ein gewisses Maß an Aufmerksamkeit erlangen. Ausschlaggebend hierfür war insbesondere die zunehmende Etablierung erinnerungskultureller Akteur*innen, die sich in einer ersten Musealisierung und einer Expansion der historischen Forschung niederschlugen. Deutlich wurde jedoch auch, wie wenig durchsetzungsfähig die Gruppe in der zentralen Frage der materiellen Entschädigung in Konkurrenz zu anderen Opfergruppen war. Der Mangel an effektiver innen- wie außenpolitischer Interessenvertretung führte so in der Konsequenz zum Ausbleiben einer finanziellen Entschädigung und einer breiteren erinnerungskulturellen Anerkennung und Repräsentation. Resümierend lässt sich für den Zeitraum 1990-2000 demnach trotz punktueller Fortschritte, von einer defizitären Verankerung der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen im politischen Gedächtnis der neuen Berliner Republik sprechen.

4. Von der Relativierung zur Anerkennung – Das Konfliktnetzwerk

4.1 Historische Netzwerkanalysen

Nachdem in Kapitel zwei ausführlich die erinnerungskulturellen, politischen und historiographischen Entwicklungen dargelegt wurden, die zu einem weitest gehenden Ausschluss der Verbrechen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem negativen Gedächtnis beider deutscher Staaten in den ersten 45 Jahren nach Ende des zweiten Weltkriegs führten, wurde in Kapitel drei die weitere erinnerungskulturelle Auseinandersetzung und die erfolgreiche Durchsetzung von Interessen einer anderen Opfergruppe skizziert. Die hier aufgezeigte Methode einer historischen Netzwerkanalyse, die Borggräfe produktiv auf den Konflikt um die Zwangsarbeiterentschädigung anwandte, wird im Folgenden genauer expliziert.

Die Netzwerkanalyse erfreut sich als wissenschaftliche Methode seit einigen Dekaden großer Beliebtheit. Ursprünglich in den 1970er Jahren als quantitative sozialwissenschaftliche Methode etabliert, findet sie heute in den unterschiedlichsten Disziplinen Anwendung. So wurde die historische Netzwerkforschung in den letzten Jahrzehnten insbesondere in den Teildisziplinen der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte sowie in der Historiographie der frühen Neuzeit genutzt.¹⁵⁸ Während in diesen historischen Teilbereichen stark auf die ursprünglichen, quantitativen Methoden aus den Sozialwissenschaften rekurriert wurde, hat sich in den letzten zehn Jahren die historische Netzwerkanalyse auch im Bereich der historischen Forschung zu NS-Täterschaft als ergiebig erwiesen.¹⁵⁹ Da es sich mittlerweile bei den unter diesem Schlagwort subsumierten Herangehensweisen um nicht viel mehr als um ein breites „Spektrum von Konzepten, Fragestellungen und Methoden“ handelt, scheint eine genauere Definition der hier angewandten Auslegung vonnöten.¹⁶⁰ Die in diesem Kapitel genutzte Definition versteht eine historische Netzwerkanalyse deshalb mit Jörg Raab grundlegend als ein „tool to describe social structure on the basis of relations between social entities.“¹⁶¹ Die mittels dieses Werkzeuges untersuchten Dynamiken zwischen institutionellen politischen Akteur*innen im Bundestag und zivilgesellschaftlichen Initiativen werden dabei als ein politisches Konfliktnetzwerk interpretiert. Dieses definiert der Politikwissenschaftler Volker Schneider als eine Untersuchung von „Verhandlungsbeziehungen zwischen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen wie Staat, Wirtschaft,

¹⁵⁸ Siehe u.a.: Derix, Simone: Vom Leben in Netzen. Neue geschichts- und sozialwissenschaftliche Perspektiven auf soziale Beziehungen, in: Neue Politische Literatur, Jg. 56/1 (2011), S.185-206, hier S.204.

¹⁵⁹ Vergl. für einen ausführlichen Überblick: Raab, Jörg: More than just a Metaphor. The Network Concept and its Potential in Holocaust Research, in: Feldmann, Gerald D. / Seibel, Wolfgang (Hrsg.): Networks of Nazi Persecution. Bureaucracy Business and the Organisation of the Holocaust, New York 2005, S.321-339. Sowie: Seibel, Wolfgang / Raab, Jörg: Verfolgungsnetzwerke. Arbeitsteilung und Machtdifferenzierung in den Verfolgungsapparaten des Holocaust, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 55(2), S. 197-230. Für eine konkretes Anwendungsbeispiel vergleiche: Berger, Sarah: Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka, Hamburg 2013, insbesondere S.13-17.

¹⁶⁰ Derix, Leben im Netz, S.185.

¹⁶¹ Raab, Metaphor, S.324.

Arbeit und Zivilgesellschaft“, wobei der Analyse eines Konfliktnetzwerkes zu eigen sei, dass sie auch „Akteure integriert, die abweichende Ziele und Werte verfolgen und beispielsweise auch eine öffentliche Politik verhindern möchten“. ¹⁶² Analog zum Vorgehen von Felix Borggräfe rücken so die „Verteilung von Ressourcen (Fachwissen, Geld, Arbeitskraft, Kontakte)“ und das Ringen um „öffentliche Deutungshoheit und politische Durchsetzungsfähigkeit“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit. ¹⁶³ Mit dieser Übernahme einer Netzwerkdefinition aus der politischen Soziologie wird eine Fokussierung auf (erinnerungs-) politische Prozesse und Interessenkonflikte ermöglicht, die bei anderen historischen Netzwerkanalysen unterbelichtet bleiben. Der Mehrwert der Applikation einer solchen Methode auf den zeithistorischen Untersuchungsgegenstand liegt dabei in der Möglichkeit, die sie für die Überbrückung der Kluft zwischen Struktur- und Handlungsebene bietet. ¹⁶⁴ Mittels einer so vollzogenen Orientierung auf die Akteur*innen kann das konkrete Agieren von institutionellen und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen vor dem Hintergrund der im zweiten und dritten Kapitel in ihrer historischen Genealogie herausgearbeiteten erinnerungspolitischen und -kulturellen Konstanten nachvollzogen werden. Dabei muss jedoch betont werden, dass sich die folgende Analyse nicht der für eine Netzwerkanalyse typischen quantitativen Methoden bedient. Hierauf wird verzichtet, da ein solches Vorgehen einer breiten Datenbasis bedürfte, die mit den erschließbaren Quellen zum Themenkomplex nicht zufriedenstellend abgedeckt würde. Zu diesem, auf viele historische Untersuchungen zutreffenden Ausschlusskriterium, kommt ein im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leistendes Arbeitsvolumen, das ein streng sozialwissenschaftlicher Ansatz implizieren würde. ¹⁶⁵ Stattdessen wird für dieses Kapitel ein qualitativer Ansatz gewählt, der stärker auf die Inhalte und Funktionsweisen politischer Konfliktnetzwerke orientiert. ¹⁶⁶ Die historische Netzwerkanalyse wird in diesem Sinne als „analytische Werkzeugkiste“ ¹⁶⁷ genutzt, aus der Begriffe und Konzepte übernommen und genutzt werden, die eine Orientierung ermöglichen und das konkrete Handeln der Akteur*innen beschreib- und kategorisierbar machen. Treffend lässt sich diese selektive Nutzung von methodischen Zugängen unter dem Schlagwort „Netzwerk als Metapher“ zusammenfassen. ¹⁶⁸

¹⁶² Schneider, Volker: Die Analysen politischer Netzwerke. Konturen eines expandierenden Forschungsfeldes, in: Ders. / Janning, Frank / Leifeld, Philip / et al (Hrsg.): Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen, Wiesbaden 2009, S.7-29, hier S.14 und S.12.

¹⁶³ Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S.23.

¹⁶⁴ Reitmayer, Morten / Marx, Christian: Netzwerkansätze in der Geschichtswissenschaft, in: Stegbauer, Christian / Häußling, Roger (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden 2010, S.869-880, hier S.876.

¹⁶⁵ Siehe auch: Derix, Leben in Netzen, S.188. Sowie: Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S.22-23.

¹⁶⁶ Siehe hierzu auch: Dauser, Regina / Hächler, Stefan / Kempe, Michael / et al: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Wissen im Netz. Botanik und Pflanzentransfer in europäischen Korrespondenznetzen des 18. Jahrhunderts, Berlin 2008, S.9-28, hier insbes. S.20.

¹⁶⁷ Schneider, Analyse, S.11

¹⁶⁸ Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S.23.

4.2 Das Konfliktnetzwerk um die Zwangsarbeiterentschädigung

Das in Kapitel zwei knapp skizzierte Konfliktnetzwerk um die Zwangsarbeiterentschädigung und die in ihm handelnden Akteur*innen, werden nun einer genaueren Betrachtung unterzogen. Leitend wird hierbei die Frage sein, welche konkreten Konstellationen und welche Akteur*innen letztlich ausschlaggebend für eine erfolgreiche Durchsetzung von Entschädigungszahlungen einerseits und erinnerungskultureller Repräsentation andererseits waren. In einem zweiten Schritt wird das Konfliktnetzwerk um die Entschädigung und Anerkennung der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen erörtert und veranschaulicht. Die so in der Abstraktion sichtbar gewordenen Leerstellen und die Faktoren, die für eine mangelnde Durchsetzung von Entschädigung und Anerkennung maßgeblich sind, werden abschließend anhand der vorhandenen Quellen aus Bundestag und Zivilgesellschaft auf ihre Gültigkeit überprüft.

Für den Fall der von ihm untersuchte Zwangsarbeiterentschädigung benennt Borggräfe sechs zentrale Akteur*innen-Gruppen, die in einem Konfliktnetzwerk miteinander agierten. Da Borggräfe den Zeitraum von 1979 bis 2001 untersucht und sich die Akteur*innen über diesen Zeitraum sowohl in ihrer Zusammensetzung als auch in ihrem Handeln wandelten, wird zur besseren Veranschaulichung insbesondere die Endphase des Konfliktnetzwerkes von 1995-2001 in den Blick genommen. Die bereits seit geraumer Zeit schwelenden Auseinandersetzungen um Entschädigungszahlungen erlebten in diesen Jahren eine deutliche Beschleunigung. Ausschlaggebend hierfür waren mehrere Faktoren. Zum einen sind hier selbstredend die Auswirkungen des Zusammenbruchs der Sowjetunion und ihrer Hegemonie über die osteuropäischen Staaten zu nennen. Neben diesen massiven geopolitischen Verschiebungen, waren es jedoch die von US-amerikanischen Anwalt*innen um die JCC angestrebten Sammelklagen gegen deutsche Konzerne, die den entscheidenden Impuls lieferten. Der bereits seit mehreren Jahren mit bescheidenem Erfolg für ehemalige Zwangsarbeitende lobbyierende Bundesverband NS-Verfolgte kooperierte 1997 für eine erste Klage gegen den Ford-Konzern mit den US-Anwalt*innen.¹⁶⁹ Der sich im Folgenden entfaltende ökonomische Druck, der sich über die Zunahme von Sammelklagen bis hin zu Boykottforderungen gegen deutsche Firmen steigerte, war ein wichtiger Faktor für die umfassenden Entschädigungszahlungen und die damit einhergehende gesellschaftlichen Debatte um Anerkennung. Betont werden muss in diesem Zusammenhang zudem, dass dieser Druck nicht aus den post-sowjetischen und osteuropäischen Ländern kam, aus denen mit Abstand die meisten Zwangsarbeitenden stammten, sondern aus der politisch und ökonomisch ungleich einflussreicheren Weltmacht USA. Gegenüber den professionellen, finanziell und lobbyistisch gut aufgestellten Akteur*innen aus den Vereinigten Staaten gerieten die deutschen Akteur*innen zunächst ins Hintertreffen. Führende Persönlichkeiten wie der langjährige

¹⁶⁹ Borggräfe, *Zwangsarbeiterentschädigung*, S.252.

Vorsitzende des Bundesverbandes NS-Verfolgte Lothar Evers oder der Grünen-Mitarbeiter Günter Saathoff konnten ihren individuellen Klagen (Evers) oder ihren Versuchen zur Gründung einer Entschädigungsstiftung auf parlamentarischem Wege (Saathoff) vor diesem Hintergrund wenig Gehör verschaffen.¹⁷⁰ Sichtbarer waren in den betreffenden Jahren radikalere Akteur*innen wie zahlreiche Ortsgruppen der VVN-BdA und mit ihnen kooperierende linksradikale Gruppen. Durch Protestaktionen zu Unternehmensjubiläen und Aktionärsversammlungen, konfrontierten sie deutsche Konzerne, die eine Entschädigungszahlungen verweigerten, direkt mit ihrer Verantwortung.¹⁷¹ Ausschlaggebend für den Erfolg solcher Aktionen war dabei die durch die Zuspitzung erreichte öffentliche Reichweite. Henning Borggräfe resümiert: „Der Erfolg der Proteste lag in der Medialisierung der Entschädigungsfrage.“¹⁷² Die so entstandene öffentliche Kontroverse, wussten wiederum alle Akteur*innen, die für Entschädigungen stritten, für sich zu nutzen.

In dieser Situation agierten die angesprochenen Unternehmen höchst defensiv. Einige Konzerne wie VW versuchten durch die Einrichtung individueller Entschädigungsfonds Sammelklagen und weitere Forderungen abzuwenden. Spätestens mit der Anstrengung umfassender Sammelklagen durch US-Anwält*innen im Jahr 1998 wurde aber deutlich, dass eine solche Strategie keinen Erfolg versprach. Unter dem zunehmenden öffentlichen und ökonomischen Druck und der Vermittlung der US- und der Bundesregierung erklärten sich schließlich nahezu alle großen deutschen Konzerne zu einer Einzahlung in den Entschädigungsfonds bereit. Unternehmen wie die Allianz, BASF, Bayer, BMW, DaimlerChrysler, die Deutsche Bank, Degussa, Krupp, Hoechst, Siemens und Volkswagen sahen in der Zahlung von Millionensummen den einzigen Weg zu einer Befriedung des Konfliktes.¹⁷³ Zentral für diese Befriedung war aber auch der Wandel auf bundespolitischer Ebene und damit das Agieren der zweiten wichtigen Akteurin auf der einen Seite des Konfliktnetzwerkes. Noch 1997 hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl individuellen Entschädigungszahlungen von staatlicher Seite eine Absage erteilt. Dies änderte sich unmittelbar nach dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition 1998. Während führende Entschädigungsaktivisten wie der Grünenpolitiker Saathoff nun deutlich mehr Handlungsspielräume hatten, erklärte der neue Bundeskanzler Gerhard Schröder noch vor seiner Vereidigung seine Bereitschaft zur Einrichtung eines entsprechenden Fonds.¹⁷⁴ Im Juli 2000 wurde schließlich nach Beschluss des Bundestages die Stiftung EVZ gegründet, in den folgenden Jahren verhandelte sie die Auszahlung der knapp 10 Milliarden DM aus dem sogenannten „Zukunftsfonds“.

¹⁷⁰ Ebd., S.260-261.

¹⁷¹ Ebd., S.252-254.

¹⁷² Ebd., S.255.

¹⁷³ Ebd., S 296 ff.

¹⁷⁴ Ebd., S.299.

Der Erfolg in der Auseinandersetzung um die Zwangsarbeiterentschädigung kann also zusammenfassend als das Produkt eines Zusammentreffens von zwei ausschlaggebenden Faktoren bezeichnet werden. Constantin Goschler fasst die Erkenntnisse Borggräfes prägnant zusammen, wenn er schreibt, der Erfolg sei zum einen „Besorgnissen in Wirtschaftskreisen“ vor finanziellen Einbußen aufgrund durch die US-Regierung angedrohter Sanktionen beim Ausbleiben von Entschädigungen geschuldet gewesen, zum anderen „dem erklärten Willen der 1998 ins Amt gekommenen rot-grünen Regierungskoalition (...) Defiziten der deutschen Restitution entgegenzutreten“.¹⁷⁵ Diese beiden Faktoren sind dabei jedoch ohne den Druck zivilgesellschaftlicher Akteur*innen - im Fall der US-Regierung insbesondere der Anwält*innen und der mit ihnen verbundenen JCC, im Fall der Bundesrepublik lokaler Opfervertreter*innen und Erinnerungsaktivist*innen – nicht zu denken. Die transnationalen Dimensionen des Konfliktnetzwerkes die hierbei sichtbar wurden, spiegelten sich dabei selbstredend auch in der Befriedung des Konflikts wieder. Nach Borggräfe habe die Auseinandersetzung um die Entschädigung von Zwangsarbeitenden nicht zuletzt geendet, weil es gelungen sei, die außenpolitische mit einer innenpolitischen Konfliktlösung zu verbinden.

4.3 Das Konfliktnetzwerk um Entschädigung & Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen

Beschreibt man im Kontrast hierzu das Konfliktnetzwerk um die Entschädigung und Anerkennung der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen werden die Leerstellen schnell deutlich. Auf Seite derer, die sich für die ehemaligen Kriegsgefangenen einsetzen sind drei handelnde Gruppen zu identifizieren. Auf deutscher Seite sind dies zum einen die unter 2.3. vorgestellten lokalen Erinnerungsinitiativen und Gedenkstätten sowie das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst. Diese Akteurinnen institutionalisierten und professionalisierten sich zwar im Laufe der 2000er Jahre, blieben in ihrer Wirkung jedoch nahezu ausnahmslos auf eine regionale Reichweite beschränkt. Einzelne Personen aus diesem Umfeld, wie beispielsweise Jens Nagel (Gedenkstätte Zeithain) und Rolf Keller (Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten), waren zwar auch überregional sprechfähig, wurden dann aber nur in ihrer Expertenrolle als Historiker wahrgenommen. Zum anderen ist als einziger Akteur, der explizit finanzielle Zahlungen an und die Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen zum Ziel hatte, der bereits erwähnte Verein Kontakte-Kontakty e.V. zu nennen. Der bereits 1990 in West-Berlin gegründete Verein widmete sich jedoch zunächst der humanitären Hilfe für leukämiekranken Kinder in der ehemaligen Sowjetunion. Erst ab 2003 begann der von seiner politischen Nähe zur Sozialdemokratie geprägte Verein, sich den sowjetischen Kriegsgefangenen zuzuwenden. Neben dem Sammeln von Spenden für direkte finanzielle Zahlungen an ehemalige Kriegsgefangene wandte sich der Verein in dieser Zeit auch dem Lobbyismus für Entschädigung und Anerkennung sowjetischer Kriegsgefangener zu und blieb

¹⁷⁵ Goschler, Umgang, S.42.

damit der einzige deutsche Akteur mit diesem Ziel. Auch Akteurinnen, die, analog zum Handeln der VVN-BdA beim Thema Zwangsarbeit, aktionistische Impulse gesetzt hätten, waren nicht existent. Auf Seite der post-sowjetischen Staaten, entstand weiterhin keine in Deutschland präsente Opferorganisation, die die Interessen der Überlebenden wirksam hätte vertreten können. Die große Leerstelle, die die fehlende Selbstvertretung der Opfer ließ, wurde in der weitgehenden Unsichtbarkeit ihrer Schicksale und Zeitzeug*innen-Aussagen im erinnerungspolitischen Diskurs besonders deutlich. Schon bei den Verhandlungen um die Zwangsarbeiterentschädigung habe sich, laut Tanja Penter, insbesondere die russische Delegation auffallend zurückgehalten. Penter resümiert dies mit den Worten: „So ergibt sich der Gesamteindruck, dass die Interessen der russischen NS-Opfer für die russischen Verhandlungsführer nur von geringer Bedeutung waren. Viel wichtiger waren für die Russen hingegen von Beginn an Fragen ihrer außenpolitischen Positionierung (...)“.¹⁷⁶ Auf Seiten der Zivilgesellschaft existierten zwar Vereine wie der Moskauer „Verband ehemaliger Kriegsgefangener“, diese waren aber ob der Stigmatisierung ihrer Mitglieder in den post-sowjetischen Staaten wenig einflussreich und blieben und bleiben in Deutschland nahezu ungehört.¹⁷⁷ Eine gut vernetzte Lobby, die politischen und ökonomischen Druck ausüben konnte, wie sie die ehemaligen Zwangsarbeitenden im JCC und den US-Anwält*innen gefunden hatten, blieb den ehemaligen Kriegsgefangenen damit verwehrt.

Auf Seite der Adressat*innen fanden sich hingegen nahezu exklusiv die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien. Insbesondere die SPD, Bündnis 90 / Die Grünen (Grüne) und die Partei die Linke (PdL) nahmen sich dabei der Thematik, zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlicher Intensität, an. Die zwischen 2005 und 2015 durchgängig an der Regierung beteiligten Unionsparteien verhielten sich hingegen zögernd bis klar ablehnend zu Forderungen nach Entschädigung und Anerkennung. Einen Akteur, der vergleichbar mit den an Zwangsarbeit beteiligten Firmen, konkret und nachvollziehbar hätte verantwortlich gemacht werden können und sich entsprechend zu seiner Geschichte hätte positionieren müssen, gab es nicht. Die Bundeswehr, als Rechtsnachfolgerin der für den Großteil der Verbrechen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen verantwortlichen Wehrmacht, war hierfür aus mehreren Gründen ungeeignet. Zum einen ist ein direktes Profitieren der Bundeswehr von den begangenen Verbrechen, trotz starker personeller Kontinuität, insbesondere in der frühen Bundesrepublik, schlicht nicht gegeben.¹⁷⁸ Zum anderen war die Bundeswehr als öffentliche Institution, im Gegensatz zu profitorientierten Unternehmen, kaum ökonomisch unter Druck zu setzen und auch politisch schwerer angreifbar.

¹⁷⁶ Penter, Tanja: Zwischen Misstrauen, Marginalität und Missverständnissen. Zwangsarbeiterentschädigung in Russland, Litauen und Lettland, in: Goschler, Constantin (Hrsg.): Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts. Helden, Opfer, Ostarbeiter - das Auszahlungsprogramm in der ehemaligen Sowjetunion, Göttingen 2012, S.194-280, hier S.201.

¹⁷⁷ Ebd., S.266.

¹⁷⁸ Siehe hierzu auch: Echternkamp, Auftrag.

Die hier knapp dargelegte Konstellation im Konfliktnetzwerk um die Entschädigung und Anerkennung der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen verdeutlicht also insbesondere die Leerstellen, die, so die These, ausschlaggebend für das langjährige Ausbleiben von Erfolgen auf diesem Gebiet sind. Für die erst sehr späte Durchsetzung von Entschädigungszahlungen und die bis heute ausbleibende Anerkennung, lassen sich demnach drei zentrale Faktoren identifizieren. Erstens ist das Ausbleiben von internationalem ökonomischem und diplomatischem Druck auf die deutsche Regierung zu nennen. Die Entschädigung und Anerkennung blieb weitestgehend eine innerdeutsche Angelegenheit. Zweitens war das Fehlen eines konkreten Adressaten abgesehen von der Bundesregierung von Bedeutung. Relevant war, drittens, das Ausbleiben von aktionistischer Zuspitzung jenseits von Lobbyismus bei Regierungs- und Oppositionsparteien zur Durchsetzung der eigenen Forderungen. Ob diese, aus dem Abgleich mit der Zwangsarbeiterentschädigung resultierenden, Schlussfolgerungen auch angesichts der untersuchten Quellenbestände Bestand haben, wird nun überprüft.

4.4 Lobbyismus und Bundestagsdebatten - Der Quellenkorpus

Die zu diesem Zweck untersuchten Quellen lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen, die der Einteilung des Konfliktnetzwerkes um die sowjetischen Kriegsgefangenen in parlamentarische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen entsprechen. Auf der Seite der parlamentarischen Akteur*innen sind dies insbesondere Protokolle der entsprechenden Bundestagssitzungen, die dokumentieren, wie um den erinnerungspolitischen Umgang mit den ehemaligen Opfern öffentlich und kontrovers gestritten wurde. Ergänzt werden diese Protokolle durch von den Oppositionsparteien gestellte sogenannte kleine Anfragen, Protokolle von relevanten Ausschuss-Sitzungen und die Manuskripte der beiden entscheidenden Reden, die ehemalige Bundespräsidenten zum Thema hielten. Durch die systematische Auswertung aller öffentlich zugänglichen Quellen aus Bundestag und Bundesregierung, die sich im Zeitraum zwischen 2000 und 2020 dem Schicksal der Kriegsgefangenen widmeten, kann so entlang einer Chronologie die Durchsetzung der Interessen dieser Gruppe nachvollzogen werden. Bei diesem Quellenbestand gilt es vor allem den öffentlichen Charakter des Dokumentierten quellenkritisch einzubeziehen. Die hier dokumentierten Aussagen sind deshalb nicht nur anhand ihrer inhaltlichen Aspekte zu analysieren, sondern auch als Positionierungen in einem umkämpften erinnerungspolitischen Feld zu deuten. Nicht einbezogen sind aus Gründen der mangelnden Zugänglichkeit hingegen nicht-öffentliche Quellenbestände wie die Korrespondenzen der jeweiligen Abgeordneten und interne Arbeitspapiere der parlamentarischen Akteur*innen. Kontrastiert wird dieser Bestand mit Quellen aus dem Archiv des Vereins Kontakte-Kontakty e.V. aus demselben Zeitraum. Hierbei handelt es sich insbesondere um Korrespondenzen des Vereins mit Bundestagsabgeordneten und einige wenige mit weiteren Entscheidungsträger*innen. Das dieser Bestand auf die genannten Korrespondenzen beschränkt

bleibt, bestärkt die These, dass das Konfliktnetzwerk um die sowjetischen Kriegsgefangenen von einer Interaktion zwischen deutschen, parlamentarischen Akteur*innen und den wenigen Repräsentant*innen der deutschen Zivilgesellschaft, die sich des Themas annahmen, geprägt war. Dass diese Interaktion von einem eindeutigen Machtgefälle – die zivilgesellschaftlichen appellierten an die parlamentarischen Akteur*innen – geprägt war, ist dabei in die Analyse einzubeziehen. Weiterhin gilt es zu beachten: So wertvoll der Quellenbestand für das Nachvollziehen spezifischer Konstellationen im Konfliktnetzwerk und Versuchen von Einflussnahme in selbigem ist, so fragmentarisch ist leider seine Überlieferung. Wie bei vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen üblich ist die Dokumentation und Archivierung der eigenen Aktivitäten der Initiative einzelner und dem Zufall überlassen. Aus diesem Grund sind für diese Arbeit beispielsweise nur eingehende Korrespondenzen zugänglich gewesen, während ausgehende Korrespondenzen oftmals nicht dokumentiert wurden. Wo möglich werden die ausgewerteten Korrespondenzen aus diesem Grund ergänzt um Presseberichte, Veranstaltungsdokumentationen und Flugblätter von und über den Verein und seine Geschichte. Ursächlich für die insgesamt als überschaubar zu bezeichnende Quellenlage ist zum einen der zeithistorische Charakter des Untersuchungsgegenstandes. Zum anderen waren die Möglichkeiten zur Sichtung vor Ort auch durch die aktuellen Pandemiebedingungen stark eingeschränkt. Die genannten Leerstellen lassen sich sicherlich in künftigen Forschungsvorhaben in Teilen schließen, in der vorliegenden Arbeit müssen sie in die Interpretation einbezogen werden. Trotz des fragmentarischen Charakters der Überlieferung sind die dargelegten Quellen aussagekräftig genug für eine Rekonstruktion des Konfliktnetzwerkes um die Entschädigung und Anerkennung der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen.

4.5. Der Kampf um Entschädigung – 2003-2015

4.5.1 Die ersten Aktivitäten von Kontakte-Kontakty e.V. - 2003-2005

Der bereits 1990 gegründete Verein Kontakte-Kontakty e.V. widmete sich lange Jahre vor allem kulturellen Veranstaltungen und dem Austausch mit Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie der humanitären Hilfe für nach der Tschernobyl-Katastrophe an Leukämie erkrankten Kinder und Jugendliche.¹⁷⁹ Er setzte sich insbesondere aus Personen des Westberliner Bürgertums, die der SPD und den Grünen nahestanden, zusammen.¹⁸⁰ Erst 2003 begann eine Auseinandersetzung mit NS-Opfern aus diesen Staaten. Der Auslöser hierfür war ein Hilfesuch der mit der Auszahlung von Entschädigungszahlungen betrauten ukrainischen Partnerstiftung der EVZ.¹⁸¹ Da diese aus den

¹⁷⁹ Siehe hierzu den entsprechenden Beitrag auf der Homepage des Vereins. Online abrufbar unter: <https://kontakte-kontakty.de/kinderleukaemie/>, letzter Zugriff am 20.03.2021.

¹⁸⁰ Unter den frühen Vorstandsmitgliedern fanden sich so die damalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und ehemalige Berliner Justizsenatorin Jutta Limbach (SPD), der Historiker Wolfram Wette (SPD), der ehemalige Herausgeber des Tagesspiegels Lothar Schramm und Hilde Schramm, ehemalige Vize-Vorsitzende des Berliner Abgeordnetenhauses (Grüne).

¹⁸¹ Radczuweit, Eberhard: Mehr als eine Geste. Bürger-Engagement für sowjetische Kriegsgefangene und andere vergessene NS-Opfer, in: Kontakte-Kontakty e.v. (Hrsg.): „Ich werde es nie vergessen“ Briefe sowjetischer Kriegsgefangener. 2004-2006, Berlin 2007, S.243-247, hier S.243.

bereits genannten Gründen keine Zahlungen an ehemalige Kriegsgefangene auszahlen konnte, bat sie den Verein um organisatorische wie finanzielle Unterstützung. Die Unterstützung der rund 20.000 Personen, deren Antrag auf Entschädigung zu Beginn der 2000er Jahre abgelehnt wurde, bildete fortan den Schwerpunkt der Aktivitäten von Kontakte-Kontakty e.V.¹⁸² Dies geschah durch die Organisation von Ausstellungen und Veranstaltungen, sowie durch die gezielte Aufnahme von Gesprächen mit Bundespolitiker*innen, oder wie der Verein es selbst ausdrückte, der „Geschichtsaufklärung für Bundestagsabgeordnete“.¹⁸³ Zentraler Aspekt der Arbeit des Vereins aber war das Sammeln von Spenden von Privatpersonen, die anschließend an ehemalige sowjetische Kriegsgefangene ausgezahlt wurden.¹⁸⁴ Beigelegt war diesen Zahlungen meist ein Brief, der eine Anerkennung ihres Leides und – stellvertretend – eine Bitte um Verzeihung beinhaltete sowie zum Berichten der eigenen Erlebnisse aufforderte.¹⁸⁵ Zentrale Figur war hier der langjährige ehrenamtliche Vorstand des Vereins Eberhard Radczuweit. Der 2017 verstorbene Radczuweit war geprägt durch die Friedensbewegung und die eigene nationalsozialistische Elterngeneration, entstammte also jenem Milieu, dass sich bereits in den 1980er Jahren für die „vergessenen Opfer“ einsetzte.¹⁸⁶ Das konkrete Engagement des Vereins für die ehemaligen Kriegsgefangenen begann 2003 mit der Unterstützung einer Gruppe von armenischen Veteranen. Der Verein begleitete die im „Armenischen Verein der rehabilitierten Gefangenen des Zweiten Weltkrieges“¹⁸⁷ organisierten Menschen bei einem Verfahren, in dem diese vor dem Oberverwaltungsgericht Moabit in Berlin versuchten, ihre Entschädigungsansprüche einzuklagen.¹⁸⁸ Für das Verfahren arbeitete Kontakte-Kontakty e.V. mit dem Berliner Rechtsanwalt Stefan Taschijan zusammen, der insgesamt 1500 ehemalige Kriegsgefangene aus Armenien und Georgien vertrat und deren Entschädigungsansprüche er auf über 11 Millionen Euro bezifferte.¹⁸⁹ Die Klage wurde vom OVG

¹⁸² Wobei diese Arbeit immer als humanitäre Hilfe für ehemalige Kriegsgefangene gesehen wurde. Eine explizite Interessenvertretung der überlebenden Opfer strebte der Verein nie an. Siehe auch: Staas, Christian: „Mir fehlen die Worte“, in Die Zeit vom 17.06.2010. Online abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2010/25/Zweiter-Weltkrieg-Russische-Gefangene>, letzter Zugriff am 20.03.2021.

¹⁸³ Siehe hierzu den entsprechenden Beitrag auf der Homepage des Vereins. Online abrufbar unter: <https://kontakte-kontakty.de/ein-erfolg-des-buengerengagements-fuer-ns-opfer/>, letzter Zugriff am 30.03.2021

¹⁸⁴ Insgesamt wurden so zwischen 2006 und 2016 nach eigenen Angaben vier Millionen Euro an Spenden an Überlebende ausgezahlt. Siehe: <https://kontakte-kontakty.de/geschichte-des-vereins/>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

¹⁸⁵ Die so entstandenen Zeitzeug*innen-Berichte bilden einen einzigartigen und wertvollen Quellenfundus und finden sich neben der bereits erwähnten Edition „Ich werde es nie vergessen“ auf der Homepage des Vereins als „Freitagsbriefe“. Online abrufbar unter: <https://kontakte-kontakty.de/freitagsbriefe/>.

¹⁸⁶ Grabovac, Alem: Nominierung zum „Pantherpreis“ 2011, in: taz. die tageszeitung, Datum unbekannt. Online abrufbar unter: <https://taz.de/Nominierte-2011-Eberhard-Radczuweit/!117377/>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

¹⁸⁷ Laut Radczuweit ist der genannte Verband bis heute die einzige Selbsthilfeorganisation für ehemalige Kriegsgefangene in den ehemaligen sowjetischen Staaten. Siehe: Radczuweit, Geste, S.244. Auch im heutigen Armenien bleibt das ganze jedoch ein Konfliktthema. So müssen ehemalige Kriegsgefangene oft hinter das besser zu aktuellen politischen Ambitionen passenden Heldennarrativ der etablierten Veteranenverbände zurücktreten. Siehe Burkardt, Fabian: Ambivalente Geschichtspolitik in Armenien, in: Deutsche Welle vom 31.01.2011. Online abrufbar unter: <https://www.dw.com/de/ambivalente-geschichtspolitik-in-armenien/a-14783037>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

¹⁸⁸ Siehe: Hübner, Wolfgang: Klage auf Entschädigung, in: Neues Deutschland vom 08.11.2002. Online abrufbar unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/26258.klage-auf-entschaedigung.html>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

¹⁸⁹ Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Internes Arbeitspapier „Ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer, die keine Leistungen von der Bundesstiftung 'Erinnerung, Verantwortung und Zukunft' erhalten“, 2003 (genaues Datum unbekannt).

mit Verweis auf die eindeutigen Regelungen des Stiftungsgesetzes der EVZ abgewiesen und weitere Klagen blieben aus.¹⁹⁰ Analog zu den ungleich erfolgreicherem Klagen aus dem Umfeld des JCC zur Zwangsarbeit suchte also auch Kontakte-Kontakty e.V. zunächst die Kooperation mit international tätigen Opferanwälten. Im Gegensatz zu seinen US-Amerikanischen Kolleg*innen agierte Taschijan jedoch vor dem Hintergrund einer durch das Stiftungsgesetz verhärteten Rechtslage und, mindestens ebenso wichtig, für eine Opfergruppe, deren Herkunftsländer kaum über nennenswerten ökonomischen und politischen Einfluss verfügten. Nach dieser ersten, ernüchternden Niederlage verfolgte der Verein einen juristischen Weg nicht weiter. Auch den Versuch auf landes- oder bundespolitischer Ebene Einfluss zu nehmen, unternahm Kontakte-Kontakty e.V. zu diesem Zeitpunkt nicht. Dies ist umso verwunderlicher, als dass zu diesem Zeitpunkt im Bund eine rot-grüne und in Berlin eine rot-rote Koalition regierte und zugleich einflussreiche SPD-Politiker den Vorstand des Vereins bildeten.¹⁹¹ Ausschlaggebend war hierfür vermutlich die damalige Beschränkung des Vereins auf „Bürger-Engagement“ und ein auf humanitäre Hilfsleistungen zielendes Selbstverständnis. So heißt es auf der Homepage zur Vereinsgeschichte zur Aktivität zu diesem Zeitpunkt: „Geschichtsaufklärung und humanitäre Zuwendungen bestimmen jetzt diesen Bereich der Vereinsarbeit.“¹⁹² Zudem dürfte der Fakt, dass sich die Mitglieder zunächst selbst erst in die – über Jahrzehnte marginalisierte - Thematik einarbeiteten mussten eine Rolle gespielt haben. Zum Jahresbeginn 2004 begann der Verein folgerichtig mit einer Spendenkampagne zugunsten der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen. Unter dem Aufruf „Geben Sie einen Tagessatz Ihres Einkommens für Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer!“ wurden so bis Ende 2006 über eine Millionen Euro gesammelt, die in einer ersten Tranche von je 300 Euro an 3400 überlebende Kriegsgefangene überwiesen wurden.¹⁹³ Nach Absprachen mit Günter Saathoff von der EVZ wurden diese Leistungen über die jeweiligen Partnerorganisationen der Stiftung in Russland, der Ukraine und Belorussland ausgezahlt.¹⁹⁴

4.5.2 Bürger-Engagement & erste bundespolitische Debatten - 2005-2011

Den laut Radczuweit vorläufigen „Höhepunkt dieses Bürger-Engagements“, bei dem private Spenden faktisch das Ausbleiben staatlicher Zahlungen zu kompensieren versuchten, bildete eine Gedenkveranstaltung von Bundestag und Bundesrat am 8. Mai 2005. Die zentrale Rede bei dieser

¹⁹⁰ Hübner, Wolfgang, Zwei Stunden Buchenwald, in: Neues Deutschland vom 19.06.2003. Online abrufbar unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/37166.zwei-stunden-buchenwald.html>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

¹⁹¹ Mitglied des Vorstand waren zu diesem Zeitpunkt neben Professoren der Freien Universität und leitenden Ärzten der Berliner Charité unter anderem der ehemalige Berliner Finanzsenator Norbert Meisner (SPD) und mit Eckhardt Barthel sogar der damalige kulturpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion. Siehe: Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Interner Arbeitsbericht „Kontakte-Kohtaktbi e.V.“, 2003 (genaues Datum unbekannt).

¹⁹² Online einsehbar unter: <https://kontakte-kontakty.de/geschichte-des-vereins/>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

¹⁹³ Radczuweit, Geste, S.245-246. Nicht alle nahmen die Zahlungen des Vereins auch an. So schrieb der überlebende Petr Michajlowitsch Sakidin an Kontakte-Kontakty e.V.: "Für den Brief danke ich Ihnen, das Geld aber brauche ich nicht. Sie sollten es nicht von den einfachen Leuten sammeln. Wenn Ihr Land keine Entschädigung an die Kriegsgefangenen zahlen will, dann heißt das, dass es keine Schuld fühlt an dem entsetzlichen Leid, das uns zugefügt wurde". Zitiert nach: Staas, „Mir fehlen die Worte“.

¹⁹⁴ Ebd., S.247.

Veranstaltung, zu der auch mehrere ehemalige sowjetische Kriegsgefangene als Ehrengäste eingeladen waren, hielt der damalige Bundespräsident Horst Köhler. Diese aber muss die ehemaligen Kriegsgefangenen enttäuscht haben. Zwar benannte Köhler explizit die Verbrechen gegen sie in seiner Rede, ein Novum auf einer solchen Veranstaltung, die Relativierung folgte jedoch auf dem Fuß. So äußerte der damalige Bundespräsident zwar: „Wir gedenken der in deutscher Gefangenschaft umgekommenen Millionen Soldaten (...)“¹⁹⁵ Er betonte jedoch unmittelbar im Anschluss und deutlich konkreter das Leid der Deutschen:

„Wir gedenken der mehr als eine Million Landsleute, die in fremder Gefangenschaft starben, der Hunderttausende deutscher Mädchen und Frauen, die zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt wurden. Wir gedenken des Leids der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, der vergewaltigten Frauen und der Opfer des Bombenkriegs gegen die deutsche Zivilbevölkerung.“¹⁹⁶

Diese Gewichtung Köhlers, bei der „Millionen Soldaten“ jeglicher Herkunft nicht nur mehr als einer „Million Landsleute“, die in Kriegsgefangenschaft starben, gegenüberstehen, sondern auch noch „deutsche Mädchen und Frauen“, „deutsche Flüchtlinge und Vertriebene“ „vergewaltigte Frauen“, sowie schlussendlich „Opfer des Bombenkriegs“, verdeutlicht die Prävalenz der bereits für den kalten Krieg konstatierten „Aufrechnungsmentalität“, die sich auch in offiziellen Positionierungen der Bundesregierung noch im Jahr 2005 noch niederschlug. Dennoch: Ab diesem Zeitpunkt wurde die Anerkennung und Entschädigung der Kriegsgefangenen erstmals auch bundespolitisch ein relevanteres Thema. Während Kontakte-Kontakty e.V. versuchte, Einfluss auszuüben, um die finanziellen Spielräume der eigenen Zahlungen zu erhöhen, wurde erstmals eine kleine Anfrage zum Thema an die Bundesregierung gestellt. Im Juli 2006 schrieb so Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt, an seinen Parteigenossen Eckhardt Barthel, seines Zeichens Vorstandsmitglied von Kontakte-Kontakty e.V. und MdB für die SPD, um ihm seine Mitwirkung zu versichern. Barthel hatte sich an Erler gewandt und ihn darum gebeten, sich bei der EVZ für „zusätzliche Finanzmittel“ für die humanitären Zahlungen und die Arbeit des Vereins einzusetzen.¹⁹⁷ Während der zivilgesellschaftliche Verein also seine guten Kontakte in die SPD nutzte, um die eigenen Handlungsspielräume zu erweitern, begannen sich im Bundestag erstmals auch Fachpolitiker der Partei die Linke für die Thematik zu interessieren. Die Antwort der Bundesregierung auf die Fragen der Partei nach dem Schicksal und den schon geleisteten Zahlungen an überlebende Kriegsgefangene verdeutlicht abermals die Dominanz der „Aufrechnungsmentalität“ zu diesem Zeitpunkt. So heißt es in der offiziellen Antwort an die PdL: „Eine Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener durch die Bundesrepublik Deutschland hat

¹⁹⁵ Köhler, Horst: Begabung zur Freiheit. Rede zur Gedenkstunde zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges im Plenarsaal des Bundestages, dokumentiert in: Bulletin der Bundesregierung Nr 39.-2 vom 8.05.2005. Online abrufbar unter:

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/768748/99f086d8c04b971f120a43040dac3dfb/39-2-koehler-data.pdf?download=1>.

¹⁹⁶ Ebd. Fehler im Original.

¹⁹⁷ Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben Gernot Erler Staatssekretär AA an MdB Eckhardt Barthel vom 17.07.2006.

es ebenso wenig gegeben wie eine Entschädigung deutscher Kriegsgefangener durch die Sowjetunion oder deren Nachfolgestaaten“.¹⁹⁸ Dieses Muster zieht sich durch alle weiteren Antworten und mündet schließlich in der Betonung, „dass unrechtmäßig zugefügte Leiden mit Tod, Krankheit und vielfach langjährigem Freiheitsentzug auch deutschen Kriegsgefangenen widerfahren sind und einseitige Regelungen nicht in Frage kommen sollten“.¹⁹⁹ Auch eine erste direkte Intervention auf bundespolitischer Ebene durch Kontakte-Kontakty e.V. blieb weitestgehend folgenlos. Eine im Herbst 2006 lancierte Petition an den Bundestag, die eine Aufnahme der „Russenslager“ in die offizielle Liste der Haftstätten forderte und damit Entschädigungsansprüche für ehemals dort Internierte implizierte, wurde bis heute nicht beantwortet. Vor dem Hintergrund einer derart vehementen Abwehr eines Schuldeingeständnisses und entsprechender Entschädigungen legte Kontakte-Kontakty e.V. den Fokus in den folgenden Jahren auch weiterhin auf das Sammeln privater Spenden und das Durchführen von Ausstellungen und Veranstaltungen. Während der Jahre 2006 und 2007 veranstaltete der Verein so zahlreiche Lesungen und Podiumsdiskussionen, fast immer auf Einladung von oder in Kooperation mit lokalen SPD-Politiker*innen.²⁰⁰ Weitere Versuche über persönliche Kontakte Einfluss zu nehmen und auf die Streichung des §11 Absatz drei des Stiftungsgesetzes der EVZ („Kriegsgefangenschaft begründet keine Leistungsberechtigung“) zu dringen, blieben in den folgenden Jahren ebenso ohne Erfolg wie Versuche, alternative Lösungen für eine Entschädigung zu finden.²⁰¹ Auch zwei durch die SPD-Fraktion auf Initiative von Kontakte-Kontakty e.V. in Auftrag gegebene Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, die adäquat den damaligen Forschungsstand wiedergaben, änderten hieran nichts.²⁰² Bundespolitisch nahm die Debatte um Anerkennung und Entschädigung erst anlässlich des 70. Jahrestages des Beginns des Überfalls auf die Sowjetunion im Juni 2011 wieder an Fahrt auf. Den Auftakt bildete dabei ein von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste initiiertes Memorandum, in dem eine Anerkennung des Leidens der Opfer des Vernichtungskrieges und ihre Integration in die bestehende Erinnerungskultur gefordert wurde.²⁰³

¹⁹⁸ Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage „Fehlende Entschädigung für NS-Opfer“ der Fraktion die Linke, Bundestags-Drucksache 16/2423, 21.08.2006.

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ Siehe beispielhaft: Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Flugblatt zu Veranstaltung „Versöhnliche Erinnerungen“ am 13.09.2006 im Bremer Rathaus unter Schirmherrschaft von Hans Koschnick (SPD, Ex-OB). Sowie: Ebd., Veranstaltung „Sowjetische Kriegsgefangene – die vergessenen NS-Opfer“ im Rathaus Berlin Mitte, mit Andre Schmitz (SPD, Berliner Staatssekretär für Kultur).

²⁰¹ Siehe hierfür beispielhaft die ausweichende Antwort von Gernot Erler auf eine entsprechende Bitte von Radezuweit: Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben Staatsminister im AA Gernot Erler an Eberhard Radezuweit vom 05.05.2008. Siehe weiterhin das, unbeantwortet gebliebene, Schreiben von Radezuweit an den damaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble, mit der Bitte Möglichkeiten von Entschädigungszahlungen in seinem Ministerium zu erörtern: Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben Eberhard Radezuweit an Wolfgang Schäuble vom 25.06.2010.

²⁰² „Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland 1941-1945“, Gutachten des wissenschaftlichen Dienst des Bundestages vom 20.03.2010, Aktenzeichen WD 1 – 3000 - 036/10 . Sowie: „Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam“, Gutachten des wissenschaftlichen Dienst des Bundestages vom 28.10.2010, Aktenzeichen WD 1 – 3000-162-10.

²⁰³ Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: „Aus dem Schatten der Erinnerung“ vom 01.06.2011. Online abrufbar unter: https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/Dateien/Zeichen_setzen/70_Jahre_Ueberfall/Memorandum.pdf, letzter Zugriff am 01.04.2021. Erstunterzeichner dieses Aufrufs waren zahlreiche Leiter*innen von Gedenkstätten und

Ende Juni 2011 wurde dann auf Antrag der Linksfraktion zum ersten Mal seit sechs Jahren wieder im Bundestag über die Frage der Entschädigung debattiert. Gernot Erler, als Staatsminister äußerst defensiv im Umgang mit den Forderungen von Kontakte-Kontakty e.V., zollte in der öffentlichen Rede der Arbeit des Vereins, der sich in „bewunderungs- und unterstützungswürdiger Weise der noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen“ annehme, Respekt.²⁰⁴ Konkrete Forderungen für Entschädigungszahlungen erhob Erler, trotz der intensiven Lobbyarbeit von Kontakte-Kontakty e.V., jedoch nicht. Dies oblag Volker Beck von den Grünen, der sich, erinnerungspolitisch schon lange aktiv, erstmals öffentlich in der Sache äußerte. Beck gab zu bedenken, ob es nicht notwendig sei „über die Fraktions- und Parteigrenzen hinaus eine Geste ins Werk setzen, um diesen Menschen zu helfen“ und deutlich zu machen „dass wir das Unrecht als Unrecht der Deutschen sehen.“²⁰⁵ Doch auch dieser Appell blieb ebenso wie das Lob Erlers folgenlos. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der PdL zog sich diese erneut auf ihre Rechtsauffassung zurück, dass mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag und spätestens mit dem Stiftungsgesetz der EVZ alle Ansprüche erledigt seien. Abschließend und unmissverständlich konstatierte die Bundesregierung: „66 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich die Reparationsfrage endgültig erledigt“, auf etwaige Entschädigungsansprüche ging sie gar nicht erst ein.²⁰⁶

4.5.3 Koalitionsfrieden & Außenpolitik - 2011-2014

Es sollte weitere zwei Jahre dauern, bis die Frage der Entschädigung und Anerkennung erneut im Bundestag debattiert wurde. Auch diesmal versuchte Kontakte-Kontakty e.V. bereits im Vorfeld Einfluss zu nehmen. Der Vorsitzende Radczuweit schrieb, im Wissen um deren Blockadehaltung, auch an verschiedene Abgeordnete der Union. Im Juni 2013 antwortete ihm Stephan Mayer von der CSU, damals Mitglied des Kuratoriums der EVZ, heute Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren. In seinem Schreiben gab sich Mayer offen für Radczuweits Anliegen und lobte die Arbeit des Vereins, verwies für eine Abstimmung zum Thema jedoch auf die kommende Legislaturperiode, die wenige Monate später begann.²⁰⁷ Inhaltlich in eine ähnliche Richtung wie Radczuweits Bitten geht das, vermutlich nach Rücksprache mit Kontakte-Kontakty e.V. lancierte, Schreiben von Habbo Knoch an sämtliche Bundestagsabgeordneten. Hierin drängte der damalige Geschäftsführer der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten wenige Wochen vor der genannten Bundestagsdebatte darauf, dass die Anerkennung ehemaliger sowjetische Kriegsgefangene als Opfer von NS-Verbrechen „ein längst überfälliger Schritt“ sei und er sich weiterhin einen „Ausbau der Erinnerung“ an diese erhoffe.²⁰⁸ Reaktionen auf oder Auswirkungen dieses Schreibens sind nicht bekannt. Dies verdeutlicht erstens, dass Kontakte-Kontakty e.V. als Akteur eine Reichweite bis zu

Museen, sowie Fachhistoriker*innen.

²⁰⁴ Plenarprotokoll 17/117 des deutschen Bundestages, 30.06.2011, S.13467.

²⁰⁵ Ebd., S.13470.

²⁰⁶ Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion Die Linke „Entschädigung früherer sowjetischer Kriegsgefangener“, 06.07.2011, Drucksache 17/6539.

²⁰⁷ Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben MdB Stephan Mayer an Eberhard Radczuweit vom 11.06.2013.

²⁰⁸ Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben Habbo Knoch an Bundestagsabgeordnete vom 12.06.2013.

relevanten Entscheidungsträgern auch fernab des eigenen politischen Lagers besaß und zweitens über gute Verbindung in die Gedenkstättenlandschaft verfügte. Deutlich wird jedoch auch die weitestgehende Folgelosigkeit dieser Form des Lobbyismus, der weder über große finanzielle Ressourcen noch über relevante Druckmittel verfügte. Besonders ersichtlich wird dies in der bereits erwähnten Bundestagsdebatte, in der ein Antrag von SPD und Grünen über die „Anerkennung der an den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen begangenen Verbrechen als nationalsozialistisches Unrecht und Gewährung eines symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrages“ debattiert und entschieden wurde. Manfred Kolbe, Abgeordneter der CDU, berief sich hierbei erneut auf die Rechtsauffassung der Bundesregierung, dass Reparationsfragen endgültig beigelegt seien und wiederholte zudem die Formel, dass „unrechtmäßig zugefügte Leiden auch deutschen Kriegsgefangenen widerfahren“ seien.²⁰⁹ Kolbe ging in seiner Argumentation jedoch noch einen Schritt weiter und betonte: „Gerade die Sowjetunion hat im Übrigen (...) Kriegsverbrechen begangen, zum Beispiel Katyn, und dies bis zum Ende geleugnet, geschweige denn Anerkennungen irgendwelcher Art geleistet“.²¹⁰ Die seit Jahrzehnten etablierte Aufrechnung sowjetischer Opfer mit dem Schicksal deutscher Kriegsgefangener wurde so um eine zumindest implizite Relativierung deutscher Kriegsverbrechen durch den Verweis auf sowjetische Kriegsverbrechen ergänzt. Dass die Wahl des Massakers von Katyn, bei dem tausende polnische Offiziere durch den sowjetischen NKWD ermordet wurden, dabei kein Zufall, sondern eine bewusste Betonung vor dem Hintergrund aktueller geopolitischer Auseinandersetzungen war, kann dabei nur vermutet werden. Den Aussagen Kolbes folgte eine engagierte Rede von Stefan Schwartze (SPD), der, seit längerem im Austausch mit Kontakte-Kontakty e.V., deren Arbeit lobte und für die Annahme des gemeinsam mit den Grünen eingebrachten Antrags plädierte.²¹¹ Dass der Antrag in der Folge von der Regierungsmehrheit an den Finanzausschuss überwiesen und dort abgelehnt wurde, konnte indes auch Schwartze nicht verhindern. Doch selbst als die SPD wenige Monate später als Teil einer großen Koalition aus der Opposition in die Regierung wechselte, schienen sich die guten Verbindungen von Kontakte-Kontakty e.V. zu der Partei nur bedingt auszuwirken. In einem Interview beklagte eben jener Stefan Schwartze später: „Ich will, dass sich was tut, aber bei der Union beiße ich auf Granit“.²¹² Ähnlich äußerte sich 2014 sein Parteifreund Carsten Sieling in einem Schreiben an Kontakte-Kontakty e.V.. Gegenüber Eberhard Radczuweit betonte Sieling, er habe zahlreiche Gespräche mit Abgeordneten der Union geführt und resümierte: „Ich komme zu dem Schluss, dass ich auf absehbare Zeit keine Möglichkeit sehe, mit der CDU/CSU in dieser Frage auch nur einen Schritt weiterzukommen, geschweige denn, konkret über eine Gesetzesinitiative zu beraten.“²¹³ Diese Einschätzung bestätigte kurz darauf der damalige

²⁰⁹ Plenarprotokoll 17/244 des deutschen Bundestages, 07.07.2013, S.31025.

²¹⁰ Ebd., S.31025

²¹¹ Ebd., S.31026 ff.

²¹² Donath, Klaus-Helge / Schulze, Tobias: Doppelt verfolgt, in: taz. die tageszeitung vom 04.05.2005. Online abrufbar unter: <https://taz.de/Sowjetische-Kriegsgefangene/15009806/>, letzter Zugriff am 02.04.2021.

²¹³ Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben MdB Carsten Sieling an Eberhard Radczuweit vom 02.07.2014.

stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion Thomas Strobl, der eine Entschädigung grundsätzlich ablehnte. In seiner Begründung berief sich der heutige Innenminister Baden-Württembergs jedoch weder auf die Rechtsauffassung der Bundesregierung noch brachte er das Schicksal deutscher Kriegsgefangener in Stellung. Vielmehr verknüpfte Strobl, ähnlich wie Manfred Kolbe, geschichtspolitische Fragen mit tagesaktuellen geopolitischen Interessen. Im Kontext der damaligen Kontroversen um die Annexion der Krim durch Russland ließ er sich zitieren: „Putin würde sich doch ins Fäustchen lachen, wenn wir jetzt entschädigen würden“.²¹⁴ Dieser Ausspruch eines führenden Unionspolitikers verdeutlicht, wie geschichtspolitische Fragen von außenpolitischen Prioritätensetzungen der Bundesregierung überschattet und beeinflusst wurden und die Entschädigung und Anerkennung ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener zusätzlich erschwerte.

4.5.4 Das Jahr der Entscheidung - 2015

Trotz der ernüchternden Bilanz parlamentarischer Initiativen und den oftmals wenig erfolgreichen Versuchen zivilgesellschaftlicher Akteure Einfluss zu nehmen, kann das folgende Jahr 2015 als Entscheidungsjahr in Sachen Entschädigung bezeichnet werden. Bereits Anfang Februar 2015 wurden so im Bundestag erneut Anträge der Linken und Grünen debattiert. Beide Anträge waren dabei weitestgehend identisch und forderten die Anerkennung der Verbrechen an den Kriegsgefangenen als NS-Unrecht sowie finanzielle Zahlungen als Anerkennung dieses Leids. Das Wort Entschädigung wurde hierbei erstmals bewusst nicht genutzt, die Fraktion der Grünen forderte sogenannte „Anerkennungszahlungen“ von 2500 Euro p.P., die PdL, analog zu den Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeitende, 7670 Euro.²¹⁵ In seiner Eröffnungsrede, betonte Jan Korte, MdB für die Linke und neben Ulla Jelpke der engagierteste Vertreter seiner Partei in dieser Sache, dass Anerkennung und Entschädigung für NS-Opfer in der jüngsten Geschichte immer hätte erstritten werden müssen und dass es jetzt endlich an der Zeit sei, die wenigen noch Lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen zu entschädigen.²¹⁶ Für die Grünen forderte Volker Beck mit ähnlichen Argumenten und illustriert mit dem Schicksal des ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen Iwan Dmitrijewitsch Solonowitsch die entsprechenden Anerkennungszahlungen ein.²¹⁷ Beck beruft sich dabei, durch das Zitieren eines Zeitzeugen, dessen Existenz ohne Kontakte-Kontakty hierzulande unbekannt wäre, implizit auf die Arbeit des Vereins. Auch Korte würdigte die Arbeit des Vereins im

²¹⁴ van Ackeren, Magarete: Kriegsgefangene entschädigen?, in: Focus vom 20.09.2014. Online abrufbar unter: https://www.focus.de/politik/deutschland/union-empoert-ueber-gruene-kriegsgefangene-entschaedigen_id_4147903.html, letzter Zugriff am 02.04.2021.

²¹⁵ Vergl.: Antrag der Fraktion die Linke, „ Finanzielle Anerkennung von NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene“, 25.11.2014 , Bundestags-Drucksache 18/3316. Sowie: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, „Anerkennung der an den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen begangenen Verbrechen als nationalsozialistisches Unrecht und Gewährung eines symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrages für diese Opfergruppe“, 29.09.2014 , Bundestags-Drucksache 18/269418.

²¹⁶ Plenarprotokoll 18/85 des Deutschen Bundestages, 05.02.2015, S.8112.

²¹⁷ Ebd, S.8113 ff.

weiteren Verlauf.²¹⁸ Beide Plädoyers waren jedoch angesichts der damaligen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag zum Scheitern verurteilt. Der SPD-Abgeordnete Matthias Schmidt versuchte zwar noch, einen bescheidenen Kompromiss auszuhandeln, indem er einen Härtefallfonds vorschlug, dem alle Fraktionen zustimmen könnten, er scheiterte jedoch auch damit an der Haltung des konservativen Koalitionspartners.²¹⁹ Für diesen sprach – von ihrer Fraktion mit dem Thema betraut – die geschichtspolitische Hardlinerin und Rechtsaußen Erika Steinbach. Diese bemühte in ihrer Rede nicht nur die bereits bekannten Aufrechnungen des Leids der vergessenen Opfergruppe mit demjenigen deutscher Soldaten. Steinbach, durchaus geübt in der Provokation, nutzte auch die jahrzehntelange Verfolgung und Stigmatisierung ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener in der Sowjetunion für eine Schuldumkehr und betonte: „Was aber bis heute überfällig ist, ist eine Entschädigung der ehemaligen Kriegsgefangenen der Sowjetunion durch das eigene Land selber“.²²⁰ Dieses Statement verknüpfte sie dabei, analog zu ihrem Parteifreund Strobl, mit außenpolitischen Debatten. Salopp beschloss die heutige Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung ihre Rede so mit den Worten: „Russland hätte, anstatt die Ukraine zu überfallen, lieber seine noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen entschädigen sollen. Das wäre eine humane Geste gewesen, meine Damen und Herren“.²²¹ Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle „Beifall bei der CDU/CSU“ und veranschaulicht so, dass Steinbach in ihrer Polemik zwar zuspitzte, sich in der Sache und den Argumenten jedoch durchaus im Konsens der Unionsparteien bewegte. Deutlich wird dies auch in der folgenden Rede des konservativen Haushaltspolitikers André Berghegger. Der Jurist betonte zunächst, die Unterschiede von Angreifenden und Verteidigenden nivellierend: „Die menschenunwürdige Behandlung von Kriegsgefangenen war dabei nur eine von zahllosen Menschenrechtsverletzungen, die sich die Kriegsgegner gegenseitig zugefügt haben“, um anschließend abermals die Rechtsauffassung der Bundesregierung zu wiederholen.²²² Nach dieser seien mit dem 2+4 Vertrag, dem Bundesentschädigungsgesetz, den Zahlungen an die post-sowjetischen Staaten zu Beginn der 2000er Jahre und schließlich den Zahlungen der EVZ sämtliche Rechtsansprüche erschöpft. Die Anträge der Opposition seien deshalb abzulehnen.²²³ Mit den Stimmen der Regierungsfaktionen wurden diese folglich im Anschluss an den Haushaltsausschuss überwiesen.

Im Nachgang dieser erneuten Niederlage in einer Debatte im Bundestag entfalteten sich jedoch rege Aktivitäten. Den Anfang machte Sybille Suchan-Floß, eine Mitarbeiterin von Kontakte-Kontakty e.V., die bereits wenige Tage nach der Debatte das Gespräch mit Erika Steinbach suchte. Der Versuch, auch auf rechtskonservative Akteurinnen Einfluss zu nehmen und Steinbach insbesondere

²¹⁸ Siehe: Plenarprotokoll 19/173 des Deutschen Bundestages, 02.06.2016, S.17094

²¹⁹ Ebd., S.8116.

²²⁰ Ebd., S.8113.

²²¹ Ebd.

²²² Ebd., S. 8117.

²²³ Ebd.

auf die fehlende wissenschaftliche Basis der von ihr genutzten Zahlen zu verweisen, scheiterte jedoch.²²⁴ Auch in der Folge äußerte sich Steinbach noch unmissverständlich gegen jegliche Formen der Entschädigungs- oder Anerkennungszahlungen. Gegenüber der taz äußerte sie sich so mit Bezug auf die sowjetischen Kriegsgefangenen mittels einer bestechenden Tautologie: „Die Mär einer angeblichen nicht erfolgten Wiedergutmachung ist gelogen“.²²⁵ Im Vorlauf der auf den 18.05.2015 terminierten Sitzung des Haushaltsausschusses bemühte sich Kontakte-Kontakty dennoch auch weiterhin um Unionsabgeordnete. An einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion am 6. Mai nahmen so neben Marie-Luise Beck von den Grünen, Gernot Erler von der SPD und Günther Saathoff von der EVZ auch der CSU-Abgeordnete Stephan Mayer teil. Unter der Fragestellung „Wie beantworten heute die Parteien die Frage nach Anerkennung?“ positionierten sich diese zur anstehenden Entscheidung.²²⁶ Aus seiner Ablehnung von Entschädigungszahlungen machte Mayer auch im Nachhinein keinen Hehl, wünschte dem Verein für seine weitere Arbeit aber dennoch „viel Elan, guten Mut und Gottes Segen“.²²⁷

Ebenfalls am 6. Mai hielt der damalige Bundespräsident Joachim Gauck eine Rede, deren Einfluss auf die Entscheidungen des Haushaltsausschusses und auf den erinnerungskulturellen Diskurs zu sowjetischen Kriegsgefangenen nicht überschätzt werden kann. Fast auf den Tag genau zehn Jahre nach der bereits erwähnten Rede seines Vorgängers Köhler widmete sich Gauck anlässlich des 70. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges auf über sechs Seiten Redemanuskript nahezu ausschließlich dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen. Dies und das explizite Eingeständnis deutscher Schuld ohne Aufrechnungen und Relativierungen zu bemühen, kann ohne Übertreibung als erinnerungspolitischer Paradigmenwechsel bezeichnet werden. Gauck sprach, in Anwesenheit Überlebender des Lagers, explizit von „Mord“ an den sowjetischen Kriegsgefangenen, die einem „Weltanschauungs- und Vernichtungs- und Ausrottungskrieg“ zum Opfer gefallen seien.²²⁸ Derart eindeutige Worte hatte vor ihm noch kein Bundespräsident gefunden. Gaucks Formulierung vom „Erinnerungsschatten“, aus dem das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen herauszuholen sei, ging dann auch schnell als geflügeltes Wort in die Debatte

²²⁴ Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben Sybille Suchan-Floß an Erika Steinbach MdB vom 16.02.2015 ff. Suchan-Floß lieferte hier eine detaillierte Auflistung der wissenschaftlich belegten Zahlen. Auf diese Konfrontation antwortete Steinbach sechs Tage später erwartbar unkonstruktiv. In einem Schreiben unterstellt sie Suchan-Floß Mitgliedschaft in der VVN-BdA und dass diese sich auf unter Folter in den stalinistischen Filtrationslagern entstandene Berichte ehemaliger Kriegsgefangener berufe. In der Folge betont Steinbach insbesondere die Opfer des Stalinismus. Jene „durch Atomtests dezimierte Kasachen oder in den Gulag verbrachte Sowjetbürger“ seien die eigentlichen Leidtragenden. Steinbach blieb damit ihrer Rede im Bundestag treu, in der sie betonte: „Die russischen Kriegsgefangenen hatten ein doppelt schweres Schicksal, vor allen Dingen deshalb, weil die Sowjetunion selber Hass und Verachtung gegen ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten schürte“. Siehe: Plenarprotokoll 18/85 des deutschen Bundestages, 05.02.2015, S.8113.

²²⁵ Donath / Schulze: Doppelt verfolgt.

²²⁶ Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Flugblatt „Vergessene NS-Opfer. 70 Jahre nach Kriegsende“ vom 06.05.2015. Eine Dokumentation der Veranstaltung ist leider nicht überliefert.

²²⁷ Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben MdB Stephan Mayer an Eberhard Radczuweit vom 11.06.2015.

²²⁸ Gauck, Rede, S.2.

ein.²²⁹ Auch die Ortswahl für die Rede war dabei selbstredend eine Positionierung: Mit Schloss Holte-Stukenbrock, nahe des ehemaligen Stalag VI K Senne, wurde nicht nur ein konkreter Ort historischen Leidens gewählt, sondern auch dasjenige Stalag, bei dem durch die jahrzehntelange zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Arbeit einer Initiative die erste Gedenk- und Dokumentationsstätte Westdeutschlands zum Thema entstand.²³⁰ Die Arbeit der Initiative lobte Gauck explizit und betonte ihren „hartnäckigen, alltäglichen Widerstand gegen das Vergessen“. Dieser sei Teil einer vom Bundespräsidenten affirmierten deutschen Kultur: „Das ist gut so, das gehört zu unserer Kultur“.²³¹ Diese Vereinnahmung mag angesichts der Historie der lokalen Auseinandersetzungen um die Dokumentationsstätte irritieren, sie kann aber auch als Signal in Richtung konservativer Politiker*innen auf lokaler wie bundesweiter Ebene gedeutet werden. Für eine derartige Interpretation sprachen sich im Nachgang wichtige Akteure der erinnerungspolitischen Debatte wie Günter Saathoff oder auch Hannes Heer aus. Letzterer äußerte anlässlich der Rede, es gelte deren progressive Formulierungen, ähnlich wie bei der Weizäcker-Rede von 1985, in der Debatte als „Brückenköpfe“ gegen konservative Politiker*innen in Stellung zu bringen.²³² Ob dies in der Folge auch so geschah, wird noch zu klären sein. Unbenommen bleibt aber der Einfluss, den die Rede des Bundespräsidenten auf die wenige Tage später stattfindende Sitzung des Haushaltsausschusses des Bundestages hatte.

Am 18. Mai 2015 tagte der Haushaltsausschuss des Bundestages, um über die von Linken und Grünen geforderten „Anerkennungszahlungen“ zu entscheiden. Die zweistündige öffentliche Sitzung war dabei insbesondere von der Anhörung von sechs Expert*innen geprägt, die bereits vorab Stellungnahmen zur Frage der Zahlungen vorgelegt hatten.²³³ Neben der Expertise von fünf Historiker*innen äußerte sich dabei auch ein Völkerrechtler zur Sache. Neben den fachlich versierten Professorinnen Beate Fieseler und Tanja Pentz kamen mit Rolf Keller und Christian Streit zwei weitere Wissenschaftler zu Wort, die sich auch in der Vergangenheit schon erinnerungspolitisch für Anerkennung und Entschädigung engagiert hatten. Demgegenüber standen mit dem Historiker Klaus Jochen Arnold von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Juristen Jochen A. Frowein zwei politisch der Union nahestehende Experten. In der Sache waren sich jedoch alle sechs Expert*innen überraschend einig. Christian Streit äußerte so auf Nachfrage, dass das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen „wesentlich mehr Ähnlichkeiten zur Behandlung in

²²⁹ Ebd., S.6.

²³⁰ Vergleiche zur Initiative Kapitel 2.3.

²³¹ Gauck, Rede, S.6.

²³² Siehe den Beitrag Heers auf einer Podiumsdiskussion vom 17.06.2015. Fraktion DIE LINKE. im Bundestag (Hrsg.): Befreiung und Befreier. Vernichtungskrieg in Osteuropa und das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Bewusstsein, Berlin 2015, S.27-40, hier S.39.

²³³ Das Protokoll der Sitzung mitsamt der genannten Stellungnahmen findet sich unter: Wortprotokoll der 47. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Protokoll Nr. 18/47, 18.05.2015. Online abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/375660/d89d8d6791234d1cc5149c31dc8c49ec/047-Protokoll-data.pdf>, letzter Zugriff am 06.04.2021.

Konzentrationslagern als zur Behandlung normaler Kriegsgefangener“ aufgewiesen habe. Es habe sich deshalb um „genuin nationalsozialistisches Unrecht“ gehandelt.²³⁴ Dem stimmten, in ähnlichen Aussagen und Passagen ihrer Stellungnahmen, sowohl Fieseler und Penter als auch Keller zu. Auch Jochen A. Frowein betonte auf Rückfrage von André Berghegger von der Union: „Aber es ist ja historisch klar (...), dass die Behandlung westlicher Kriegsgefangener und die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener überhaupt nicht verglichen werden kann“.²³⁵ Klaus Jochen Arnold hingegen betonte in seiner Stellungnahme zwar genau die altbekannten Vergleiche zwischen gefangenen Rotarmist*innen und Wehrmachtssoldaten, endete aber mit einer Empfehlung für die Anerkennungszahlungen. Arnold resümierte seine Stellungnahme: „Eine finanzielle Anerkennung für diejenigen sowjetischen Kriegsgefangenen, die in deutscher Hand unter Unrecht zu leiden hatten, entspräche der Tradition eines verantwortungsvollen Umgangs Deutschlands mit den nationalsozialistischen Verbrechen. Sie ist deshalb wünschenswert“.²³⁶ Damit hatten sich in der entscheidenden Ausschusssitzung unisono alle Expert*innen für eine Durchführung der Zahlungen an die noch lebenden ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen ausgesprochen. Ausschlaggebend für deren letztendliche Bewilligung dürfte neben dieser historischen Einordnung, jedoch insbesondere die von juristischer Seite versprochene Rechtssicherheit einer solchen Lösung gewesen sein. Der Völkerrechtler Frowein betonte so in seiner Stellungnahme, dass er zwar die Rechtsauffassung der Bundesregierung teile, nach der sämtliche Reparationszahlungen abgeschlossen seien. Davon zu unterscheiden seien jedoch „einseitige Wiedergutmachungsleistungen“ wie sie beispielsweise im Falle der Zwangsarbeiterentschädigung gezahlt worden seien.²³⁷ Die Nachfrage des SPD-Abgeordneten Hans-Ulrich Krüger, ob die zu beschließenden Zahlungen „Forderungen anderer Nationen von Kriegsgefangenen“ nach sich ziehen könnten, verneinte Frowein eindeutig.²³⁸ Nachdem auch diese Unsicherheit ausgeräumt wurde, stand der Bewilligung der „Anerkennungszahlungen“ in Höhe der von den Grünen vorgeschlagenen Summe von 2500 Euro p.P. nichts mehr im Wege.

4.5.5 Die Anerkennungszahlungen – Ein Teilsieg

Im Nachgang verdeutlichte André Berghegger nochmals die Zentralität der Frage der Rechtssicherheit und das Ausbleiben der Formulierungen „Entschädigung“ sowie einer Anerkennung als NS-Unrecht für diese Entscheidung: „Würde die Behandlung aller sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Unrecht bezeichnet, könnte hieraus die anschließende gesetzliche Anerkennung – dieser und weiterer betroffener Nationalitäten – als Verfolgte im Sinne des §1 Bundesentschädigungsgesetz gefordert werden“.²³⁹ Der Ausschluss dieser möglichen Forderungen

²³⁴ Ebd., S.12.

²³⁵ Ebd., S.9.

²³⁶ Ebd., Stellungnahme Klaus Jochen Arnold, S.2.

²³⁷ Ebd., Stellungnahme Jochen A. Frowein, S.4.

²³⁸ Ebd., S.19.

²³⁹ Zitiert nach: Kontakte-Kontakty e.V.: Rundbrief November 2015. Online abrufbar unter: https://issuu.com/frankundfrei/docs/rundbrief_ns-opfer_1115_issuu-pdf_o.

durch eine Beschränkung auf freiwillige und unverbindliche Zahlungen kann demnach als Schlüssel für den Erfolg der Forderungen von Kontakte-Kontakty und den entsprechenden Anträgen von Linken und Grünen gelten. Er ermöglichte es auch den Abgeordneten der Union einen lange währenden Konflikt zu befrieden und den Beschluss als eigenen Erfolg und „ein weiteres Zeichen für die deutsch-russische Versöhnung - 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges“ zu deuten.²⁴⁰ Auch Kontakte-Kontakty deutete den Beschluss verständlicherweise als eigenen Sieg und formulierte, dass das „Bürger-Engagement maßgeblich zum Beschluss des Bundestages“ beigetragen habe.²⁴¹ Trotz der wichtigen und jahrelangen Vorarbeit des Vereins, muss jedoch festgehalten werden, dass er im konkreten Prozess der Debatte um die Zahlungen kaum Einfluss nehmen konnte. Auch Eberhard Radczuweit's Betonung, dass der Begriff „Anerkennungszahlung“ zwar ungewöhnlich sei, aber die zentrale Frage der „Anerkennung des Unrechts“ impliziere, kann vor dem Hintergrund einer expliziten Verneinung der Anerkennung als NS-Unrecht und dem impliziten Ausschluss weiterer Forderungen als verfrüht bezeichnet werden.²⁴² Vielmehr verdeutlichte insbesondere das Jahr 2015, dass die Versuche der Einflussnahme von Kontakte-Kontakty e.V. zwar sicherlich langfristig den Boden für den Beschluss zu den Zahlungen bereitet haben, dass ein direkter Einfluss auf den Entscheidungsprozess jedoch nicht nachgewiesen werden kann.²⁴³ Dies ist dabei jedoch nicht auf das mangelnde Engagement der Vereinsmitglieder zurückzuführen, sondern verweist auf die grundsätzliche Machtasymmetrie zwischen parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Ausschlaggebend für die Entscheidung scheinen vor diesem Hintergrund eher die bereits genannte Rechtssicherheit der Entscheidung, die grundlegende Rede von Bundespräsident Joachim Gauck und das einhellige Urteil von Historiker*innen und Experten gewesen zu sein.²⁴⁴ Nicht zu unterschätzen ist abschließend der verhältnismäßige geringe finanzielle Aufwand der zu leistenden Zahlungen. Gegenüber dem Multimilliarden-Projekt der Zwangsarbeiterentschädigung erscheinen die für die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen veranschlagten 10 Millionen Euro mehr als bescheiden.

²⁴⁰ So Berghegger in einer Pressemitteilung der Bundestagsfraktion der Union vom 23.09.2015. Online abrufbar unter: <https://www.presseportal.de/pm/7846/3129932>, letzter Zugriff am 06.04.2021.

²⁴¹ Siehe hierzu den entsprechenden Beitrag auf der Homepage des Vereins. Online abrufbar unter: <https://kontakte-kontakty.de/ein-erfolg-des-buergerengagements-fuer-ns-opfer/>, letzter Zugriff am 06.04.2021.

²⁴² Habermalz, Christiane: Sowjetische Kriegsgefangene. Späte Anerkennung des Unrechts, in Deutschlandfunk vom 20.05.2015. Online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/sowjetische-kriegsgefangene-spaete-erkennung-des-unrechts.2852.de.html?dram:article_id=320421, letzter Zugriff am 06.04.2021.

²⁴³ Auch die bereits im Februar 2014 eingereichte Petition des Vereins, welche Entschädigungszahlungen in der Höhe von 5000 Euro p.P. Forderte, wurde erst zwei Jahre später vom Petitionsausschuss des Bundestages bearbeitet und mit Verweis auf die mittlerweile erfolgten Zahlungen abgewiesen. Siehe: Petition 49326 „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ vom 03.02.2014. Online abrufbar unter: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2014/_02/_03/Petition_49326.nc.html, letzter Zugriff am 07.04.2021. Sowie: Begründung des Petitionsausschuss des Bundestages vom 25.02.2016. Online abrufbar unter: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2014/_02/_03/Petition_49326.abschlussbegrueundungpdf.pdf, letzter Abruf am 07.04.2021.

²⁴⁴ Tanja Penter äußerte so im Haushaltsausschuss selbstreflexiv zu ihrer Rolle: „Ich hatte zum ersten Mal das Gefühl, dass ich vielleicht mit meinen eigenen Forschungen als Historikerin dazu beitragen kann, dass hier einer Opfergruppe des Nationalsozialismus Gerechtigkeit widerfährt“. Wortprotokoll der 47. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, S.9.

Die jahrzehntelange deutsche Abwehr von Verantwortung und die Ignoranz gegenüber dem Schicksal dieser Opfergruppe hatten zum Ergebnis, dass die Zahl der noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen zum Zeitpunkt des Beschlusses auf nur noch 4000 Personen geschätzt wurde. Da bis Ende des Jahres 2017 nur knapp die Hälfte dieser Menschen noch erreicht wurden und von den Anträgen dieser nur 1767 bewilligt wurden, waren die zu zahlenden Summen sehr gering. Von den mehreren Millionen sowjetischer Kriegsgefangenen, welche die deutschen Morde, den Hunger und die Lager überlebten, erhielten schlussendlich nur 0,00048 % eine „Anerkennungszahlung“ wie Andreas Hilger einmal eindrücklich kalkulierte.²⁴⁵

4.5.6 Ausblick: Kämpfe um Anerkennung - 2016-2020

„Ich denke an die 3 ½ Millionen russischen Kriegsgefangenen, von denen wir 60 Prozent haben verhungern lassen. Sie haben kein Denkmal.“²⁴⁶

Offen blieb nach diesem - nach Jahrzehnten der Bemühungen errungenen - Teilsieg jedoch die Frage nach der öffentlichen Anerkennung des Schicksals der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen und, damit verknüpft, ihre erinnerungskulturelle Repräsentation. Wie die Historikerin Beate Fieseler bereits im Haushaltsausschuss des Bundestages richtig anmerkte, existierte im Bereich der Memorialkultur „immer noch diese große Leerstelle“.²⁴⁷ Das Schließen dieser Leerstelle blieb in den Jahren 2016 bis 2020 das dominierende Thema der erinnerungspolitischen Bemühungen. Insbesondere die Linkspartei setzte sich in diesen Jahren für eine Anerkennung als Opfer von NS-Unrecht und für einen zentralen Gedenkort für die ehemaligen Kriegsgefangenen ein. Ein Antrag auf Anerkennung als NS-Opfer, das erste von zwei zentralen Themen dieser Jahre, wurde im Juni 2016, kurz vor dem 75. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion, durch die schwarz-rote Regierungsmehrheit im Bundestag abgelehnt.²⁴⁸ Die in der Debatte zur Ablehnung geäußerten Argumente aus der nach wie vor schwarz-roten Regierungskoalition verdeutlichten, dass eine Integration der sowjetischen Kriegsgefangenen in die Reihe der anerkannten NS-Opfer auch zu diesem Zeitpunkt bei weitem keine Selbstverständlichkeit war. Matthias Schmidt, MdB der SPD begründete seine Ablehnung paradoxerweise damit, dass die geforderte Anerkennung „mit Blick auf die Geschichte selbstverständlich“ und deshalb keine weitere Debatte nötig sei.²⁴⁹ Die CDU-Abgeordnete Barbara Woltmann hingegen artikulierte ein mitunter weit verbreitetes Sentiment, indem sie einen Schlusstrich unter die NS-Aufarbeitung forderte: „Wenn wir es aber nach über 70 Jahren nicht langsam schaffen, uns von dem Gedanken zu emanzipieren, dass das alles immer noch nicht reicht und wir nicht genug tun, habe ich die

²⁴⁵ Hilger, Schwieriges Gedenken, S.132.

²⁴⁶ So Reinhard Koselleck bereits 2002. Siehe: Koselleck, Formen, S.27.

²⁴⁷ Wortprotokoll der 47. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, S.21.

²⁴⁸ Siehe Antrag der Fraktion die Linke „Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Opfer“ Bundestags-Drucksache 18/8422, 11.05.2016. Sowie: Plenarprotokoll 18/173 des Deutschen Bundestages, 02.06.2016, S.17093 ff.

²⁴⁹ Plenarprotokoll 18/173 des Deutschen Bundestages, 02.06.2016, S.17097.

Sorge, dass sich dieses Pflichtgefühl [zur Erinnerung an den Nationalsozialismus, JW] irgendwann ins Gegenteil verkehren wird“.²⁵⁰ Solche Aussagen verdeutlichen, ebenso wie die nur schleppend vorankommenden Auszahlungen der Anerkennungsleistungen, dass die Kontroverse um den Platz der sowjetischen Kriegsgefangenen in der deutschen Erinnerungskultur auch 2016 bei weitem nicht als abgeschlossen gelten konnte.²⁵¹ Dass die Anerkennung als Opfer des NS von Anfang an ein bedeutsames Anliegen der Opfer und ihrer Vertreter*innen war, machte die Leerstelle umso schmerzlicher. „Was wir wollen sind Worte“, betonte bereits 2013 Radczuweit die Zentralität dieser ethischen Dimension, ähnliches bestätigte sein Kollege Dmitri Stratievski für die ehemaligen Kriegsgefangenen.²⁵² Auch die dezentralen Gedenkstätten an den Orten der ehemaligen Stalags und Friedhöfe oder das Deutsch-Russische Museum leisten zwar wichtige Arbeit, waren und sind jedoch in Bezug auf die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung von NS-Verbrechen weiterhin nur am Rande präsent.²⁵³ Dies mag auch darauf zurückzuführen sein, dass eine einheitliche Bundesförderung für diese Institutionen nicht existiert, da die Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Gedenkstättenkonzeption des Bundes nicht erwähnt wird.²⁵⁴ Demgegenüber war die Forderung nach einer zentralen Gedenk- und Dokumentationsstätte für die Opfer des Vernichtungskrieges und damit auch für die sowjetischen Kriegsgefangenen das zweite zentrale Thema dieser Jahre. Am ausdauerndsten warb die eng mit Kontakte-Kontakty e.V. verbundene Initiative „Initiative Gedenkort NS-Lebensraumpolitik“ für einen solchen Ort.²⁵⁵ Der sperrige Name verwies dabei auf den, analytisch durchaus zutreffenden Anspruch der Initiative, neben den sowjetischen Kriegsgefangenen auch noch weiteren Opfergruppen des Vernichtungskrieges und des Überfalls auf Polen wie den Opfern der Blockade von Leningrad, der Niederschlagung des Warschauer Aufstands oder der „Partisanenbekämpfung“ zu gedenken.²⁵⁶ Die Initiative bemühte sich bereits seit 2013 mittels Veranstaltungen, Publikationen und Aufrufen um Unterstützung.²⁵⁷ Ein von der Linkspartei in den Bundestag eingebrachter Antrag, der diese

²⁵⁰ Ebd., S. 17099.

²⁵¹ Siehe zu den Auszahlungen: Kleine Anfrage der Fraktion die Linke „Bilanz der Anerkennungsleistung für sowjetische Kriegsgefangene“, Bundestags-Drucksache 19/305, 20.12.2017; Zur hierbei erfolgten Kooperation mit Kontakte-Kontakty siehe: Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Email-Korrespondenz zwischen Phillip Vergin (Mitarbeiter Jan Korte) und Eberhard Radczuweit vom 13.01.2017.

²⁵² Schmidt, Thilo: Kontakte in die Vergangenheit, in: Deutschlandfunk vom 07.05.2013. Online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/kontakte-in-die-vergangenheit.1001.de.html?dram:article_id=245798, letzter Zugriff am 08.04.2021. Siehe weiterhin Fußnote 33.

²⁵³ Vergleiche beispielhaft für die Praxis des Deutsch-Russischen Museums: Kamp, Andrea / Quinkert, Babette: Die Musealisierung des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, in: Klei et al (Hrsg.): Leerstelle(n)?, S.233-255.

²⁵⁴ Siehe: „Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, Bundestags-Drucksache 16/9875, 19.06.2008. Online abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/973862/414660/5c88e4e4ecb3ac4bf259c90d5cc54f05/2008-06-18-fortschreibung-gedenkstaettenkonzeption-barrierefrei-data.pdf?download=1>, letzter Zugriff am 09.04.2021.

²⁵⁵ So bewarb Kontakte-Kontakty die Veranstaltungen der Initiative konsequent, Veranstaltungen und Sitzungen fanden in den Räumlichkeiten des Vereins statt und der Gründer der Initiative Peter Jahn ist Kontakte-Kontakty e.v. seit langem verbunden.

²⁵⁶ Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik (Hrsg.): Den Vergessenen Opfern des Vernichtungskrieges ein Gesicht geben, Broschüre im Selbstverlag, Berlin 2016.

²⁵⁷ Am prominentesten ist hier die öffentliche Unterstützung des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten in Berlin-Brandenburg zu nennen. Siehe: „Entschließung des Arbeitskreises I der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten“,

Forderungen aufnahm, wurde von der Bundesregierung noch 2019 abgelehnt.²⁵⁸ Es sei fraglich, ob ein einzelner Gedenkort für die unterschiedlichen nationalen Opfergruppen ausreiche und ein solches Gedenken den europäischen Partnern gerecht werde, hieß es von Seiten der Union, der SPD und den Grünen.²⁵⁹ Als neuer Akteur in der erinnerungspolitischen Auseinandersetzung um diese Opfergruppen wurde erstmals auch die AfD vernehmbar. Deren kulturpolitischer Sprecher Marc Jongen äußerte sich dann auch in erwartbar revisionistischem Tonfall. Der Antrag der Linken ignoriere „die deutschen und osteuropäischen Opfer des Stalin'schen Vernichtungskrieges“ und wolle den Deutschen einen „Schuldkomplex“ implantieren.²⁶⁰ Die massiven Zwischenrufe aus allen anderen Fraktionen während der Rede Jongens verdeutlichten hingegen, dass derartig offener Geschichtsrevisionismus zumindest nicht unwidersprochen blieb.

Ein Jahr später, einigte sich die große Koalition überraschend und den bisher geäußerten Bedenken zum Trotz auf die Einrichtung einer Dokumentations- Bildungs- und Erinnerungsstätte für die Opfer der NS-Besatzungsherrschaft. Nach mehrjähriger Debatte und öffentlicher Interventionen von Historikern und Wissenschaftler*innen wurde ein entsprechender Beschluss in der Bundestagssitzung am 9. Oktober 2020 mit den Stimmen von Union, SPD, Grünen, FDP und Linken verabschiedet.²⁶¹ Es oblag Jan Korte von der Linkspartei darauf hinzuweisen, dass dies „(...) vor allem auch das Verdienst von 60 Jahren geschichtspolitischer Auseinandersetzung in diesem Land“ und der Arbeit entsprechender Initiativen sei.²⁶² Ein Platz in dem geplanten Gedenkensemble ist den sowjetischen Kriegsgefangenen sicher. Welcher Platz dies ist und wie er, sowohl in der Memorialarchitektur als auch in der praktischen Vermittlungsarbeit ins Verhältnis zum Gedenken an andere Opfergruppen und Verbrechenkomplexen gesetzt wird, ist hingegen noch offen. Ebenso ungeklärt ist die Frage, wie sich die nationalen Opferkonkurrenzen, die sich hier und im parallel geplanten sogenannten „Polendenkmal“ abzeichnen, niederschlagen werden.²⁶³ „Wir geben jeder Nation den notwendigen Platz (...) ermöglichen aber auch, die einzelnen, oft national geprägten Aspekte in Verbindung zu setzen und in einer europäischen Perspektive zu vermitteln“ lautete der salomonische Lösungsvorschlag der SPD-Abgeordneten Marianne Schieder.²⁶⁴ Ob dies

Dezember 2014. Online abrufbar unter: <https://www.gedenkort-lebensraumpolitik.de/wp-content/uploads/2015/01/Entschlie%C3%9Fung-AK-I-Opfer-Lebensraumpolitik.pdf>, letzter Zugriff am 09.04.2021. Siehe weiterhin: Jahn, Peter: Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik, in: Gedenkstättenrundbrief, Nr. 178 / 2015, .11-17.

²⁵⁸ Antrag der Fraktion die Linke „Gedenkort für die Opfer des NS-Vernichtungskrieges in Osteuropa“, Bundestags-Drucksache 19/4917, 11.10.2018.

²⁵⁹ Plenarprotokoll 19/77 des Deutschen Bundestages vom 31.01.2019

²⁶⁰ Ebd. S.8977.

²⁶¹ Plenarprotokoll 19/184 des Deutschen Bundestages, 09.10.2020. Siehe auch Troebst, Stefan: Vorstoß für neues NS-Dokumentationszentrum, in Deutschlandfunk Kultur vom 22.05.2020. Online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/historiker-initiative-vorstoss-fuer-neues-ns.1008.de.html?dram:article_id=477208, letzter Zugriff am 09.04.2021.

²⁶² Plenarprotokoll 19/184., S.23145

²⁶³ Brössler, Daniel: Erinnerung an alle, in: Süddeutsche Zeitung vom 15.01.2020. Online abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/berlin-erinnerung-an-alle-1.4758005>, letzter Zugriff am 09.04.2021.

²⁶⁴ Plenarprotokoll 19/184, S.21143.

gelingen wird, ist dabei eine offene Frage, deren Beantwortung nicht zuletzt von dem derzeit vom Deutschen Historischen Museum erarbeiteten Konzept für das Ensemble abhängt.

4.6 Zwischenfazit

Zu Beginn des vierten Kapitels dieser Arbeit wurden die Begriffe der historischen Netzwerkanalyse und des politischen Konfliktnetzwerkes definiert und der Nutzen der ihnen impliziten Methodik erörtert. Ausgehend von einer Definition der Auseinandersetzungen um Entschädigung und Anerkennung der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen als Konfliktnetzwerk wurde ein Vergleich mit dem Konfliktnetzwerk um die Zwangsarbeiterentschädigung gezogen. Die hier sichtbar gewordenen Faktoren für einen Erfolg, aber auch die vorhandenen Leerstellen, wurden anschließend anhand des unter 4.4 definierten Quellenkorpus auf ihrer Validität überprüft. Ausschlaggebend waren hier die Übernahme von Begriffen und Konzepten, die sich unter dem Schlagwort „Netzwerk als Metapher“ subsumieren lassen. Dabei wurde das Agieren des Vereins Kontakte-Kontakty e.V. innerhalb dieses Netzwerkes mit dem der verschiedenen im Bundestag vertretenen Parteien und der Bundesregierung kontrastiert. Leitend war hierbei die Frage, welche konkrete Akteur*innenkonstellation und welches Handeln letztlich ausschlaggebend für eine erfolgreiche Durchsetzung von Entschädigungszahlungen einerseits und gesellschaftlicher Anerkennung andererseits waren. Zudem wurde die Kontinuität ideologisch geprägter Argumentationsmuster in den skizzierten Debatten herausgearbeitet. Deutlich wurden hierbei jedoch auch die problematischen Seiten einer auf zeithistorischen Quellen basierenden Untersuchung. So konnten aus mangelnder Zugänglichkeit der entsprechenden Korrespondenzen bestimmte Prozesse und Entscheidungen nur in Teilen analysiert werden.

Die Untersuchung setzte dabei 2003 ein, als Kontakte-Kontakty begann, sich mit dem Thema zu beschäftigen. In diesem Jahr begann der Konflikt auf bundespolitischer Ebene. Zuvor war die Frage der Entschädigung und Anerkennung der ehemaligen Kriegsgefangenen nur Gegenstand lokaler Auseinandersetzungen. Die ersten Positionierungen der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung waren ablehnend, wobei die Rede von Horst Köhler erneut Motive der Aufrechnung und impliziten Relativierung sichtbar machte. Da sich auch die SPD, zu deren Funktionären der Verein gute Kontakte pflegte, äußerst defensiv verhielt, setzte Kontakte-Kontakty in diesen Jahren einen starken Fokus auf seine private Spendenkampagne, Veranstaltungen und Ausstellungen. Erst 2011, anlässlich des 70. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion, kam es erneut zum Versuch, die Fragen von Entschädigung und Anerkennung bundespolitisch zu thematisieren. Unterstützung erhielt Kontakte-Kontakty dabei von der Linkspartei und den Grünen. Die beiden sichtbarsten Akteure waren hier Jan Korte und Volker Beck. Dennoch war auch in diesem Zeitraum der Kontakt zu Funktionären der SPD nachweislich am engsten und auch mit

Abgeordneten der Union wurde seitens des Vereins der Austausch gesucht. Diese Prioritätensetzung zahlte sich jedoch zunächst auch nach dem Wechsel der SPD von der Opposition in eine erneute große Koalition mit der Union im Herbst 2013 nicht aus. Wiederholt äußerten SPD-Abgeordnete gegenüber Kontakte-Kontakty in diesen Jahren ihr Bedauern, dass sie aufgrund der ablehnenden Haltung der Union nicht handeln könnten. Neben der altbekannten „Aufrechnungsmentalität“ wurde in dieser Zeit zudem die Verknüpfung der Entschädigungsfrage mit dem außenpolitischen Konflikt mit Russland sichtbar. Die Wende brachte das Jahr 2015. Nach einer konfrontativen und zunächst wenig produktiven Bundestagsdebatte kam es dank einer paradigmatischen Rede des damaligen Bundespräsidenten Gauck und des einhelligen Votums aller geladenen Expert*innen in einer Sitzung des Haushaltsausschuss zum Beschluss über „Anerkennungszahlungen“ für die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen. Neben dem vergleichsweise geringen finanziellen Umfang dieser Zahlungen dürfte insbesondere die versprochene Rechtssicherheit und damit die Absicherung gegen weitere Forderungen dieser und anderer Opfergruppen die Regierungskoalition zur Zustimmung bewegt haben. Die Rolle von Kontakte-Kontakty ist bei diesem Beschluss mehr als Wegbereiter denn als unmittelbarer Akteur zu bewerten. Nachdem damit der Konflikt um finanzielle Zahlungen vorerst beigelegt war, dominierte in den Jahren 2016 bis 2020 die Frage, wie die Opfergruppe in der deutschen Erinnerungskultur repräsentiert werden sollte. Innerhalb dieser vier Jahre konnte ein Beschluss des Bundestages über die Einrichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte zu Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft durchgesetzt werden. Dass nach Dekaden der Abwehr und Ignoranz ein Beschluss innerhalb weniger Jahre möglich war, deutet zum einen auf einen erheblichen Wandel in der politischen Priorisierung der Thematik hin. Zum anderen jedoch wurde jeder der genannten Schritte, wie gezeigt, langwierig erkämpft. Dass eine Befriedung des Konfliktes in relativ kurzer Zeit möglich war, hängt dabei nicht zuletzt mit der mangelnden Präsenz einer Selbstvertretung der Opfer zusammen. Nur so war ein Aussitzen der Entschädigungszahlungen möglich, bis fast alle ehemaligen Opfer verstorben waren. Und nur so konnte die Entschädigung und Anerkennung eine innerdeutsche Angelegenheit bleiben, bei der die Frage nach Anerkennung der Opfer eine untergeordnete Rolle spielte.

5. Fazit

In den vorangegangenen vier Kapiteln wurde die Rolle der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen in der zweiten Geschichte des Nationalsozialismus über den Verlauf der letzten 75 Jahre erörtert. Dabei wurde der Umgang mit den zentralen Fragen von Entschädigung, Anerkennung und erinnerungskultureller Repräsentation in drei verschiedenen deutschen Staaten beschrieben. Methodisch wurde zum einen auf eine klassische Rekonstruktion der Chronologie der erinnerungskulturellen, politischen und fachwissenschaftlichen Entwicklungen rekurriert. Zum anderen wurden die letzten 17 Jahre mittels eines an die historische Netzwerkanalyse angelehnten Zugangs untersucht. Hier rückte die Verwobenheit des Handelns von institutionell-parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in den Blick. Leitend war in allen Kapiteln die Frage, warum die Entschädigung, Anerkennung und erinnerungspolitischen Repräsentation der sowjetischen Kriegsgefangenen über Jahrzehnte weitestgehend ausblieb und in welcher Form und in welchem Maße ein Teil dieser Forderungen in den letzten 20 Jahren durchgesetzt werden konnte.

Im ersten Kapitel wurde eingangs zur besseren Verortung die bisherige Historiographie zur Realgeschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen knapp zusammengefasst und der Forschungsstand zu Erinnerung, Entschädigung und Anerkennung dieser Gruppe dargelegt. Anschließend wurden im zweiten Kapitel die ersten 45 Jahre nach dem Krieg anhand der Felder Erinnerungspolitik, Erinnerungskultur und historischer Forschung resümiert. Dabei erwiesen sich insbesondere die Quellen und Literatur zur DDR als nicht ausreichend für eine umfassende Darstellung. In einer verdichteten und notwendig kursorischen Darstellung gelang es dennoch, zentrale, ideologisch beeinflusste Faktoren für das Ausbleiben von Entschädigung, Anerkennung und Repräsentation herauszuarbeiten. Für die DDR wurde so ein stark sowjetisch beeinflusster Heldenmythos konstatiert. Dieser fokussierte auf die siegreiche Rote Armee und ließ keinen Raum für ein Opfergedenken an die, zudem in ihrer Mehrheit als Verräter stigmatisierten, Kriegsgefangenen. Die Prävalenz des Heldenmythos machte, analog zu anderen NS-Verbrechenskomplexen, eine Auseinandersetzung mit den gesamtgesellschaftlichen Dimensionen der Verbrechen gegen die gefangenen Rotarmist*innen unmöglich. Erst in den letzten Jahren des ostdeutschen Staates waren zaghafte Veränderungen in dieser Meistererzählung erkennbar. In der BRD hingegen wurde sichtbar, wie über Jahrzehnte die eigene Verwobenheit in die nationalsozialistische Gesellschaft und ihre Herrschaftsstrukturen durch einen Viktimisierungsdiskurs überlagert wurde. Komplementiert wurde dieser vorherrschende Fokus auf die deutschen Opfer, dem eine relativistische Tendenz inhärent war und ist, durch einen Antikommunismus, der erst nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten allmählich abflachte. Die verflochtene Abgrenzung beider deutscher Staaten von den NS-Verbrechen

implizierte so, jeweils auf ihre eigene Weise, die mangelnde Sichtbarkeit und Vernachlässigung der Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen.

Die bereits in den 1980er Jahren aufkommende Kontroverse um die sogenannten „vergessenen Opfer“ nahm vor dem Hintergrund der geschichtspolitischen Neuverortung des vereinigten Deutschlands ab 1990 an Fahrt auf. Wie im dritten Kapitel beschrieben, wurde im Rahmen dieser Auseinandersetzungen und als Folge der Professionalisierung der NS-Gedenkstätten auch den sowjetischen Kriegsgefangenen mehr Aufmerksamkeit zuteil. Dies schlug sich insbesondere in der Ausweitung der historischen Forschung und der zunehmenden Etablierung einer überschaubaren Zahl von Gedenkinitiativen, Gedenkstätten und Museen, die sich der Thematik, meist an konkreten Tatorten auf deutschem Staatsgebiet, widmeten nieder. Gegenüber anderen Opfergruppen, deren Interessen teils durch einflussreiche Lobbygruppen vertreten wurden, hatten die sowjetischen Kriegsgefangenen dennoch oftmals das Nachsehen in der durch die deutsche Abwehr jeglicher Forderungen geschaffenen Opferkonkurrenz. Dies galt sowohl für das Ausbleiben von Entschädigungszahlungen, als auch für die nach wie vor defizitäre erinnerungskulturelle Repräsentation. Besonders sichtbar wurde dieser Umstand im Abgleich mit dem Konfliktnetzwerk um die Zwangsarbeiterentschädigung.

Der Wandel der Haltung der Bundesregierung in den Jahren 2003-2020 ist vor diesem Hintergrund als substanziell zu bezeichnen. Zwischen den Reden von Horst Köhler und Joachim Gauck lagen zwar nur zehn Jahre, die Wortmeldungen der beiden ehemaligen Bundespräsidenten hätten jedoch unterschiedlicher kaum sein können. Während Köhler noch unverändert auf eine latente Relativierung des Leids der sowjetischen Kriegsgefangenen abzielte und diese nicht ausführlicher erwähnte, waren diese Leiden der zentrale Inhalt der Rede von Gauck, der einen „Erinnerungsschatten“ beklagte. Trotz dieses Wandels war in den untersuchten Bundestagsreden eine Kontinuität des alten bundesrepublikanischen Viktimisierungsdiskurses, wie er im ersten Kapitel herausgearbeitet wurde, zu beobachten. Insbesondere Abgeordnete der Union übten sich dabei bis in jüngste Zeit im Vergleich sowjetischer und deutscher Opfer und betonten das Leid letzterer. Deutlich wurde jedoch auch, dass mit zeitlichem Abstand zum Kalten Krieg offen antikommunistische Argumentationsmuster in der Debatte kaum mehr eine Rolle spielten. In der Verknüpfung mit aktuellen geopolitischen Konflikten, wurde jedoch die latente Präsenz alter Feindbilder deutlich. Dass die Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen dennoch allmählich aus dem von Gauck konstatierten „Erinnerungsschatten“ heraustrat, war dabei insbesondere der Arbeit von Kontakte-Kontakty, aber auch der jahrzehntelangen Vorarbeit lokaler Initiativen und Gedenkorte seit den 1980er Jahren zu verdanken. Das Agieren von Kontakte-Kontakty e.V. war dabei in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums noch unentschieden. So setzte der Verein

einerseits auf privat gespendete humanitäre Zahlungen, andererseits auf Versuche der Einflussnahme auf die etablierte Politik. Neben Politiker*innen der Grünen und der Linkspartei, wurden insbesondere Vertreter*innen der SPD von Kontakte-Kontakty angesprochen. Dass diese, trotz dreizehnjähriger Regierungsbeteiligung im Zeitraum zwischen 2003 und 2020, erst verhältnismäßig spät Zahlungen und Repräsentation durchsetzen konnten, ist dabei einerseits koalitionsinternen Dynamiken geschuldet. Zum anderen war hierfür sicherlich auch das strukturelle Machtgefälle zwischen parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ausschlaggebend. Zu einem geringeren Teil, ist die Passivität der SPD-Funktionär*innen aber sicherlich auch auf die unklare Zielsetzung von Kontakte-Kontakty e.V. zurückzuführen, die erst verhältnismäßig spät begannen, politischen Druck aufzubauen und stattdessen auf persönliche Kontakte setzten. Auffällig war hierbei der bereits im Abgleich mit dem Konfliktnetzwerk um die Zwangsarbeiterentschädigung sichtbar gewordene Verzicht auf konfrontative, öffentlichkeitswirksame Aktionen und damit eine „Medialisierung der Entschädigungsfrage“. Dennoch gelang es dem Verein über die Jahre einen, wenn auch kleinen, innenpolitischen Konflikt um die Frage der Entschädigung zu initiieren. Die von Borggräfe für die sowjetischen Kriegsgefangenen konstatierte völlige Abwesenheit einer gesellschaftlichen Konfliktlinie kann deshalb insbesondere für die Jahre 2015-2020 nur noch bedingt Gültigkeit beanspruchen.²⁶⁵ Ein außenpolitischer Konflikt um die Frage von Entschädigung und Repräsentation war hingegen zu keinem Zeitpunkt existent. Auffällig ist hier das Fehlen von Interessenvertretungen der ehemaligen Kriegsgefangenen auf internationaler Ebene.²⁶⁶ Durch die weitgehende Indifferenz der Regierung der Sowjetunion und später auch der post-sowjetischen Regierungen gegenüber der Opfergruppe konnte kein Handlungsdruck auf die deutsche Regierung aufgebaut werden. Mehr noch: Statt des Versuchs, Konflikte mit Bündnispartnern beizulegen, wie im Falle der Zwangsarbeiterentschädigung mit den USA geschehen, fiel die Zeit intensiver parlamentarischer Auseinandersetzung mit dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in eine Phase heftiger Spannungen mit der russischen Regierung. Dass in dieser Konstellation entschädigungspolitische Fragen mit außenpolitischen Forderungen verknüpft wurden, blockierte deren Erfolg über viele Jahre. Deutlich wurde zudem auch, dass die Bundesregierung alleinige Adressatin der Forderungen nach Entschädigung und Anerkennung blieb. Dass das Konfliktnetzwerk deshalb vor allem auf Berlin und insbesondere auf die untersuchten Bundestagsdebatten beschränkt blieb und keine breitere gesellschaftliche Strahlkraft entwickelte, kann als ein weitere Grund für das nach wie vor geringe mediale und öffentliche Interesse an der Thematik und damit für den langen Weg zu Entschädigung und Anerkennung gesehen werden. Ob sich dies mit der Einrichtung einer zentralen Dokumentations- und Erinnerungsstätte ändern wird, werden die kommenden Jahre zeigen.

²⁶⁵ Ebd., S.516.

²⁶⁶ So auch Günter Saathoff. Siehe Redebeitrag Saathoff, in: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag (Hrsg.): Befreiung , S.29.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass das späte Zugeständnis von Anerkennungszahlungen und die noch ausstehende Anerkennung und erinnerungskulturelle Repräsentation der sowjetischen Kriegsgefangenen, sowohl auf ein Fortwirken der im zweiten Kapitel herausgearbeiteten ideologisch geprägten Faktoren als auch auf das konkrete und situative Handeln der Akteur*innen in diesem Konfliktnetzwerk zurückzuführen ist. Zu konstatieren ist ferner, dass für die teilweise Durchsetzung der erst in den 1980er Jahren wahrnehmbaren Forderungen nach Entschädigung und Anerkennung zwei zentrale Faktoren ausschlaggebend waren. Zum einen war dies der sich durch das Ende des Kalten Krieges und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten grundlegend veränderte politische Rahmen. Dies hatte, wie bereits aufgezeigt, auch starke Auswirkungen auf die Geschichtspolitik der neuen Berliner Republik, die sich insbesondere in Bezug auf den Nationalsozialismus neu verorten musste. Zum anderen war die Etablierung eines Akteurs wie Kontakte-Kontakty e.V. zentral, der sich auf bundespolitischer Ebene für die Sache der ehemaligen Kriegsgefangenen einsetzte und einen, wenn auch nicht umfassenden, politischen Druck auf andere Akteur*innen aufbaute.

Trotz der positiven Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre muss abschließend betont werden, dass es bis zu einer umfassenden Verankerung des Bewusstseins über die Verbrechen gegen die sowjetische Kriegsgefangene im negativen Gedächtnis der Bundesrepublik noch ein weiter Weg ist. Nach wie vor gilt so die Aussage von Peter Jahn, der 2015 konstatierte, dass die Präsenz dieser Opfergruppe „im Bewusstsein der Öffentlichkeit bestenfalls noch immer marginal“ sei.²⁶⁷ Eine der Ursachen für die mangelnde Verankerung im Alltagsbewusstsein ist sicherlich der nach wie vor äußerst geringe Stellenwert den sowjetischen Kriegsgefangenen und die Opfer des Vernichtungskrieges allgemein im offiziellen staatlichen Gedenken haben.²⁶⁸ Resümieren ließe sich der Status Quo dieser Opfergruppe also knapp damit, dass finanzielle Zahlungen für einen Teil der wenigen Überlebenden errungen wurden und die erinnerungskulturelle Repräsentation zwar in weiten Teilen noch aussteht, aber in den nächsten Jahren zunehmen dürfte. Die größte Leerstelle bleibt die Frage der Anerkennung, sowohl auf institutionell-politischer als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Um dem Charakter des an den sowjetischen Kriegsgefangenen verübten Unrechts als „Gesellschaftsverbrechen“²⁶⁹ gerecht zu werden, bedürfte es jedoch genau dieser breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Positive Impulse in diese Richtung könnten das kürzlich von der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz initiierte Webprojekt „An Unrecht erinnern“ sowie die kommende Sonderausstellung „Dimensionen eines Verbrechens“ des Deutschen Russischen Museums setzen.²⁷⁰ Auch das eingangs von dem Überlebenden ehemaligen

²⁶⁷ Siehe Redebeitrag Peter Jahn, in: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag (Hrsg.): Befreiung, S.36.

²⁶⁸ Vergleiche hierzu die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion die Linke „Gedenken der Bundesregierung an 75 Jahre Überfall auf die Sowjetunion“, Bundestags- Drucksache 18/8532, 25.05.2016.

²⁶⁹ So die treffende Formulierung von Jens Binner. Siehe: Binner, Jens: Ansprache Ausstellungsöffnung Sandbostel, unveröffentlichtes Manuskript, 2020.

²⁷⁰ Siehe: „An Unrecht erinnern“, Online-Ausstellung . Online abrufbar unter: <https://unrecht-erinnern.info>, letzter

Kriegsgefangenen Boris Schirokow geforderte Denkmal in Berlin wird kommen und ein weiterer Schritt auf diesem Weg sein, wenn auch die genaue Form des Denkmals und die Rolle der ehemaligen Kriegsgefangenen in dessen Ausgestaltung noch ungewiss sind. Nach den partiellen Erfolgen der letzten Jahre, wird die Durchsetzung der Anerkennung des Leids der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen also auch weiterhin eben so viel Geduld und das entschlossene Handeln zivilgesellschaftlicher Initiativen erfordern, wie die Verankerung des Gedenkens an andere Opfergruppe in der deutschen Erinnerungskultur. „Ich finde am wichtigsten, dass ich mich nach allem, was ich überlebt habe, nicht mehr als 'vergessener Mann' fühle“ schrieb der Überlebende Mykola Kyrolowitsch Fen bereits 2005.²⁷¹ Um diesem wichtigen Anliegen nachzukommen, lohnt es, sich den eingeschlagenen Weg auch künftig weiterzugehen.

Zugriff am 14.04.2021. Sowie: „Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg“, Sonderausstellung anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion. Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst (Eröffnung im Juni 2021).

²⁷¹ Kontakte-Kontakty e.V.: Freitagbrief Nr. 101 von Mykola Kyrylowitsch Fen von 2005 (veröffentlicht am 11.10.2019). Online abrufbar unter: <https://kontakte-kontakty.de/mykola-kyrylowitsch-fen-neuer-freitagbrief-nr-101/>, letzter Zugriff am 15.04.2021.

6. Wissenschaftlicher Apparat

Literaturverzeichnis

Arnold, Sabine: Generationenfolge. Gedanken zum sowjetischen Kriegsgedenken und Geschichtsbild, in: Quinkert, Babette (Hrsg.): „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S.188-206.

Benz, Wolfgang: Verdrängen oder Erinnern? Der Krieg gegen die Sowjetunion im Bewußtsein der Deutschen, in: Jahn, Peter / Rürup, Reinhard (Hrsg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945, Berlin 1991, S.211-230.

Berek, Mathias: Kollektives Gedächtnis und die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Erinnerungskulturen, Wiesbaden 2009.

Berger, Sarah: Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka, Hamburg 2013.

Binner, Jens: Ansprache Ausstellungseröffnung Sandbostel, unveröffentlichtes Manuskript, 2020.

Blank, Margot / Saavedra Santis, Ramona: Kriegsgefangene Rotarmistinnen im KZ. Sowjetische Militärmedizinerinnen in Ravensbrück. Begleitheft zu einer Ausstellung des Deutsch-Russischen Museums Karlshorst, Berlin 2016.

Bonwetsch, Bernd: Der „Große Vaterländische Krieg“. Vom öffentlichen Schweigen unter Stalin zum Heldenkult unter Breschnew, in: Quinkert, Babette (Hrsg.): „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S.166-187.

Borggräfe, Henning: Streit um „vergessene Opfer“, in: Fischer, Torben / Lorenz, Matthias N. (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2015, S.263-265.

Ders.: Zwangsarbeiterentschädigung. Vom Streit um „vergessene Opfer“ zur Selbstaussöhnung der Deutschen, Göttingen 2014.

Borgsen, Werner / Volland, Klaus: Stalag XB Sandbostel. Zur Geschichte eines Kriegsgefangenen und KZ-Auffanglagers in Norddeutschland 1939-1945, Bremen 2010.

Dallin, Alexander: Deutsche Herrschaft in Russland 1941-1945, Düsseldorf 1958.

Dauser, Regina / Hächler, Stefan / Kempe, Michael / et al: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Wissen im Netz. Botanik und Pflanzentransfer in europäischen Korrespondenznetzen des 18. Jahrhunderts, Berlin 2008, S.9-28.

Derix, Simone: Vom Leben in Netzen. Neue geschichts- und sozialwissenschaftliche Perspektiven auf soziale Beziehungen, in: Neue Politische Literatur, Jg. 56/I (2011), S.185-206.

Echternkamp, Jörg Auftrag: Forschung. Die Bundeswehr, das Verteidigungsministerium und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Systemkonflikt, in: Zeitgeschichte-Online, Juni 2015. Online abrufbar unter: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/auftrag-forschung>, letzter Zugriff am 19.12.2020.

Ehresmann, Andreas / Genest, Andrea: Die Erinnerung an Sandbostel. Gedenken im Konflikt, in: Ehresmann, Andreas (Hrsg.) Das Stalag XB Sandbostel. Geschichte und Nachgeschichte eines Kriegsgefangenenlagers, München/ Hamburg 2015, S.373-377.

Eschebach, Insa: Öffentliches Gedenken. Deutsche Erinnerungskulturen seit der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. / New York, 2005.

Fiebich, Peter: Der Triumph des Sieges über den Tod. Das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow, in: Die Gartenkunst 8 (1996) , S.137-152, hier S.148.

Fraktion die Linke im Bundestag (Hrsg.): Befreiung und Befreier. Vernichtungskrieg in Osteuropa und das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Bewusstsein, Berlin 2015, S.27-40.

- Freytag, Claudia: Kriegsbeute „Flintenweib“. Rotarmistinnen in deutscher Gefangenschaft, in: Deutsch-Russisches-Museum, Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Mascha + Nina + Katjuscha. Frauen in der Roten Armee 1941-1945, Berlin 2002, S.32-36.
- Fubel, Janine: „Die schießen nicht mehr!“ Entstehung, (Be-) Deutungen und Handel fotografischer Aufnahmen von Gewaltmärschen sowjetischer Kriegsgefangener 1941-1942, in: Klei, Alexandra / Stoll, Katrin (Hrsg.): Leerstelle(n)? Der deutsche Vernichtungskrieg 1941-1944 und die Vergegenwärtigung des Geschehens nach 1989, Berlin 2019, S.17-38.
- Goeken-Haidel, Ulrike: Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter während und nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2006.
- Goschler, Constantin: Der Umgang mit den Opfern des Nationalsozialismus in Deutschland nach 1945, in: Heydemann, Günther / Vollnhals, Clemens: Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa, Göttingen 2016, S.27-45.
- Ders.: Wiedergutmachungspolitik. Schulden, Schuld und Entschädigung, in: Reichel, Peter / Schmid, Harald / Steinbach, Peter (Hrsg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, Bonn 2009, S.62-84.
- Grotrian, Edda: Geschichtswerkstätten und alternative Geschichtspraxis in den achtziger Jahren, in: Wolfgang Hardtwig und Alexander Schug (Hrsg.): History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt, Stuttgart 2009, S. 243–254.
- Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1996.
- Dass. (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, Hamburg 2002.
- Hartmann, Christian / Hürter, Johannes / Jureit, Ulrike (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2015.
- Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Kriegsgefangene – Wojennoplennije. Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, Düsseldorf 1995.
- Hettling, Manfred: Täter oder Opfer? Die deutschen Soldaten in Stalingrad, in: Archiv für Sozialgeschichte, Ausgabe 35/1995, S. 515-531.
- Hilger, Andreas: Schwieriges Gedenken. Sowjetische Kriegsgefangene im Erinnerungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland nach 1989, in: Klei, Alexandra / Stoll, Katrin (Hrsg.): Leerstelle(n)? Der deutsche Vernichtungskrieg und die Vergegenwärtigung des Geschehens nach 1989, Berlin 2019, S.117-136.
- Hürter, Johannes: Krieg ist Krieg? Deutsche Besatzungsherrschaft in Frankreich und der Sowjetunion 1940/41-1944, in: Jahn, Peter / Wieler, Florian / Ziemer, Daniel (Hrsg.): Der deutsche Krieg um „Lebensraum im Osten“ 1939-1945. Ereignis und Erinnerung, Bonn 2017, S.91-109.
- Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik (Hrsg.): Den Vergessenen Opfern des Vernichtungskrieges ein Gesicht geben, Broschüre im Selbstverlag, Berlin 2016.
- Jahn, Peter / Rürup, Reinhard: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945, Berlin 1991, S.7-27.
- Jahn, Peter: Blinder Fleck. Das Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener in der deutschen Erinnerung, in: Kontakte-Kontakty e.V. (Hrsg.): „Ich werde es nie vergessen“. Briefe sowjetischer Kriegsgefangener 2004-2006, Berlin 2007, S.30-35.
- Ders.: Einleitung in: Deutsch-Russisches-Museum, Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Mascha + Nina + Katjuscha. Frauen in der Roten Armee 1941-1945, Berlin 2002, S.7-10.
- Ders.: Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik, in: Gedenkstättenrundbrief, Nr. 178 / 2015, S.11-17.
- Ders.: Russlandbild und Antikommunismus in der Bundesdeutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit, in: Quinkert, Babette (Hrsg.): „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S.207-235.

- Ders.: Vernichtungskrieg im Osten. Deutsche Erinnerung seit den 1980er Jahren, in: Ders. / Wieler, Florian / Ziemer, Daniel (Hrsg.): Der deutsche Krieg um „Lebensraum im Osten“ 1939-1945. Ereignis und Erinnerung, Bonn 2017, S.159-170.
- Jureit, Ulrike: Tatort-Fotos. Zur Wahrnehmung nationalsozialistischer und stalinistischer Verbrechen im Kontext der 'Wehrmachtsausstellungen', in: Klei, Alexandra / Stoll, Katrin (Hrsg.): Leerstelle(n)? Der deutsche Vernichtungskrieg 1941-1944 und die Vergegenwärtigung des Geschehens nach 1989, Berlin 2019, S.71-91.
- Kamp, Andrea / Quinkert, Babette: Die Musealisierung des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, in: Klei et al (Hrsg.): Leerstelle(n)?, S.233-255.
- Keller, Rolf: „Die kamen in Scharen hier an, die Gefangenen“. Sowjetische Kriegsgefangene, Wehrmachtssoldaten und deutsche Bevölkerung in Norddeutschland 1941/42, in: Rassismus in Deutschland. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 1, Bremen 1994.
- Ders.: Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen, Göttingen 2011.
- Ders.: Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen, Göttingen 2011.
- Ders. / Petry, Silke (Hrsg.): Sowjetische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz. Dokumente zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen in Norddeutschland, Göttingen 2013.
- Ders. / Otto, Reinhard: Das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Wehrmachtsbürokratie. Unterlagen zur Registrierung der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945 in deutschen und russischen Institutionen. Ein Forschungsbericht, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, hrsg. Vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Nr. 57 (1998), Heft I, S.149-180.
- Kontakte-Kontakty e.V. (Hrsg.): „Ich werde es nie vergessen“. Briefe sowjetischer Kriegsgefangener 2004-2006, Berlin 2007.
- Koselleck, Reinhard: Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Knigge, Volkhard / Frei, Norbert / Schweitzer, Anett: Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S.21-32.
- Krampitz, Karsten: 1976. Die DDR in der Krise, Berlin 2016.
- Morina, Christina: Vernichtungskrieg, Kalter Krieg und politisches Gedächtnis. Zum Umgang mit dem Krieg gegen die Sowjetunion im geteilten Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft, 34. Jhg./Heft 2, 2008, S.252-291.
- Moritz, Eberhard: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Deutschland im zweiten Weltkrieg, Band 2), Ost-Berlin 1975.
- Müller, Klaus-Dieter: Deutsche Kriegsgefangene. Anmerkungen zum Stand der Forschung und den zukünftigen Perspektiven. In: Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene in den Jahren des Zweiten Weltkriegs. 2004, S. 293–360.
- Müller, Norbert / Vestermanis, Margers: Verbrechen der faschistischen Wehrmacht an sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, in: Militärgeschichte, Nr. 16/1977, S. 15-27.
- Nagel, Jens: Remembering Prisoners of War as Victims of National Socialist Persecution and Murder in Post-War Germany, in: Niven, Bill / Paver, Chloe (Hrsg.): Memorialization in Germany since 1945, Basingstoke 2010, S. 134-145.
- Norbert Müller: Zur Rolle der Wehrmachtführung bei der Planung und Vorbereitung des faschistischen Okkupationsregimes in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Ausgabe 6 / 1967, S.415-431.
- Osterloh, Jörg: Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenenmannschaftsstammlager 304/IV H Zeithain bei Riesa in Sachsen, Leipzig 1997.
- Osterloh, Jörg: Sowjetische Kriegsgefangene 1941 – 1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie, Dresden 1996.
- Osterloh, Jörg: Verdrängt, vergessen, verleugnet. Die Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen in der historischen

- Forschung in der Bundesrepublik und der DDR, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 47, 10/1996, S.608-619.
- Otto, Reinhard: Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam. Aktuelle Forschungsergebnisse, in: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Kriegsgefangenenlager 1939-1950. Kriegsgefangenschaft als Thema der Gedenkarbeit, Mainz 2012, S.22-37.
- Ders.: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998.
- Ders. / Keller, Rolf: Sowjetische Kriegsgefangene im System der Konzentrationslager, Wien 2019.
- Ders. / Keller, Rolf / Nagel, Jens: Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941-1945. Zahlen und Dimensionen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 4/2008, S.557-602.
- Overmans, Rüdiger / Polian, Pavel / Hilger, Andreas (Hrsg.): Rotarmisten in deutscher Hand. Dokumente zu Gefangenschaft, Repatriierung und Rehabilitierung sowjetischer Soldaten des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 2012.
- Ders.: Die Kriegsgefangenenpolitik des Deutschen Reiches 1939 bis 1945, in: , Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 9/2: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung, München 2005, S. 729-875.
- Penter, Tanja: Späte Entschädigung für die Opfer einer kalkulierten Vernichtungsstrategie. Offene Forschungsfragen zum Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen in den besetzten Gebieten, in: Zeitgeschichte-online, November 2015, Abrufbar unter: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/spaete-entschaedigung-fuer-die-opfer-einer-kalkulierten-vernichtungsstrategie>, letzter Zugriff 22.09.2020.
- Dies.: Zwischen Misstrauen, Marginalität und Missverständnissen. Zwangsarbeiterentschädigung in Russland, Litauen und Lettland, in: Goschler, Constantin (Hrsg.): Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts. Helden, Opfer, Ostarbeiter - das Auszahlungsprogramm in der ehemaligen Sowjetunion, Göttingen 2012, S.194-280.
- Polian, Pavel: Stalin und die Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges, in: Zarusky, Jürgen (Hrsg.): Stalin und die Deutschen, München 2006, S.89-109.
- Raab, Jörg: More than just a Metaphor. The Network Concept and its Potential in Holocaust Research, in: Feldmann, Gerald D. / Seibel, Wolfgang (Hrsg.): Networks of Nazi Persecution. Bureaucracy Business and the Organisation of the Holocaust, New York 2005, S.321-339.
- Radczuweit, Eberhard: Mehr als eine Geste. Bürger-Engagement für sowjetische Kriegsgefangene und andere vergessene NS-Opfer, in: Kontakte-Kontakty e.v. (Hrsg.): „Ich werde es nie vergessen“ Briefe sowjetischer Kriegsgefangener. 2004-2006, Berlin 2007, S.243-247.
- Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute. München 2001, S.8-9.
- Reitmayer, Morten / Marx, Christian: Netzwerkansätze in der Geschichtswissenschaft, in: Stegbauer, Christian / Häußling, Roger (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden 2010, S.869-880.
- Römer, Felix: Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42, Paderborn 2008.
- Saavedra Santis, Ramona: Erinnern, verdrängen, vergessen. Ravensbrück in der sowjetischen und russischen Erinnerung, in: Dies.: Im Auftrag der Erinnerung. Antonina Nikiforova und das Ravensbrück-Gedächtnis, Berlin 2013, S.28-46.
- Sabrow, Martin: Die DDR erinnern, in: Ders. (Hrsg.): Erinnerungsorte in der DDR, Bonn 2010, S. 9-25.
- Ders.: Vom Held zum Opfer. Zum Subjektwandel deutscher Vergangenheitsverständigungen im 20. Jahrhundert, in: Jureit, Ulrike / Schneider, Christian / Frölich, Margrit (Hrsg.): Das Unbehagen an der Erinnerung. Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt am Main 2012, S.37-54.
- Schildt, Axel: Kriegserinnerung im Kalten Krieg. Antikommunismus und die Auseinandersetzung mit dem Krieg im Osten in der frühen Bundesrepublik, in: Jahn, Peter / Wieler, Florian / Ziemer, Daniel (Hrsg.): Der deutsche Krieg um „Lebensraum im Osten“1939-1945. Ereignis und Erinnerung, Bonn 2017, S.137-158.

- Schneider, Volker: Die Analysen politischer Netzwerke. Konturen eines expandierenden Forschungsfeldes, in: Ders. / Janning, Frank / Leifeld, Philip / et al (Hrsg.): Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen, Wiesbaden 2009, S.7-29.
- Seibel, Wolfgang / Raab, Jörg: Verfolgungsnetzwerke. Arbeitsteilung und Machtdifferenzierung in den Verfolgungsapparaten des Holocaust, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 55(2), S. 197-230.
- Siebeck, Cornelia / von Wrochem, Oliver: Dies- und Jenseits des Totalitarismusparadigmas, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 181 / 2016, S. 3-13.
- Später, Erich: Der dritte Weltkrieg. Die Ostfront 1941-1945, St. Ingbert 2015.
- Spohr, Johannes: Die Ukraine 1943/44. Nationalsozialistische Gewalt und ihre Vergegenwärtigung in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, in: Klei, Alexandra / Stoll, Katrin (Hrsg.): Leerstelle(n)? Der deutsche Vernichtungskrieg 1941-1944 und die Vergegenwärtigung des Geschehens nach 1989, Berlin 2019, S.93-116.
- Stratievski, Dmitri: Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland und ihre Rückkehr in die UdSSR, Berlin 2008.
- Ders.: Sowjetische Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft. Menschenschicksale in Selbstzeugnissen, Berlin 2015.
- Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Bonn 1991.
- Ders.: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen, in: Kontakte-Kontakty e.V. (Hrsg.): „Ich werde es nie vergessen“ Briefe sowjetischer Kriegsgefangener. 2004-2006, Berlin 2007, S.11-21.
- Ders.: Sowjetische Kriegsgefangene im Spiegel der wissenschaftlichen Forschung, in: Stiftung Topographie des Terrors (Hrsg.): Gedenkstättenrundbrief, Nr. 197 / 2020, S.3-9.
- Walther, Alexander: Keine Erinnerung, nirgends? Die Shoah und die DDR, in: Deutschland Archiv vom 15.7.2019. Online abrufbar unter: www.bpb.de/293937, letzter Zugriff am 07.01.2021.
- Werner, Frank: „Hart müssen wir hier draußen sein!“ Soldatische Männlichkeit im Vernichtungskrieg 1941-1944, in: Geschichte und Gesellschaft 34 (2008), S.5-40.
- Zarusky, Jürgen: Sowjetische Opfer von Krieg und nationalsozialistischer Verfolgung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur, in: Wirsching, Andreas / Ders. / Ischtschenko, Viktor / et al: Erinnerung an Diktatur und Krieg. Brennpunkte des kulturellen Gedächtnisses zwischen Russland und Deutschland seit 1945, Berlin 2015, S.227-245.

Quellenverzeichnis

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, „Anerkennung der an den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen begangenen Verbrechen als nationalsozialistisches Unrecht und Gewährung eines symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrages für diese Opfergruppe“, 29.09.2014 , Bundestags-Drucksache 18/269418.

Antrag der Fraktion die Linke „Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Opfer“ Bundestags-Drucksache 18/8422, 11.05.2016.

Antrag der Fraktion die Linke „Gedenkort für die Opfer des NS-Vernichtungskrieges in Osteuropa“, Bundestags-Drucksache 19/4917, 11.10.2018.

Antrag der Fraktion die Linke, „Finanzielle Anerkennung von NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene“ , Bundestags-Drucksache 18/3316, 25.11.2014.

Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage „Fehlende Entschädigung für NS-Opfer“ der Fraktion die Linke, Bundestags-Drucksache 16/2423, 21.08.2006.

Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion Die Linke „Entschädigung früherer sowjetischer Kriegsgefangener“, Drucksache 17/6539, 06.07.2011.

Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion die Linke „Gedenken der Bundesregierung an 75 Jahre Überfall auf die Sowjetunion“, Bundestags- Drucksache 18/8532, 25.05.2016.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Veranstaltung „Sowjetische Kriegsgefangene – die vergessenen NS-Opfer“ im Rathaus Berlin Mitte, mit Andre Schmitz, 27.01.2007.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben Staatsminister im AA Gernot Erler an Eberhard Radczuweit vom 05.05.2008.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Email-Korrespondenz zwischen Phillip Vergin (Mitarbeiter Jan Korte) und Eberhard Radczuweit vom 13.01.2017.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Flugblatt „Vergessene NS-Opfer. 70 Jahre nach Kriegsende“ vom 06.05.2015.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Flugblatt zu Veranstaltung „Versöhnliche Erinnerungen“ im Bremer Rathaus unter Schirmherrschaft von Hans Koschnick, 13.09.2006.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Interner Arbeitsbericht „Kontakte-Kohtaktbi e.V.“, 2003 (genaues Datum unbekannt).

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Internes Arbeitspapier „Ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer, die keine Leistungen von der Bundesstiftung 'Erinnerung, Verantwortung und Zukunft' erhalten“, 2003 (genaues Datum unbekannt).

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben Eberhard Radczuweit an Wolfgang Schäuble vom 25.06.2010.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben Gernot Erler Staatssekretär AA an MdB Eckhardt Barthel vom 17.07.2006.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben Habbo Knoch an Bundestagsabgeordnete vom 12.06.2013.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben MdB Carsten Sieling an Eberhard Radczuweit vom 02.07.2014.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben MdB Stephan Mayer an Eberhard Radczuweit vom 11.06.2013.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben MdB Stephan Mayer an Eberhard Radczuweit vom 11.06.2015.

Archiv Kontakte-Kontakty e.V., Schreiben Sybille Suchan-Floß an Erika Steinbach MdB vom 16.02.2015.

Begründung des Petitionsausschuss des Bundestages vom 25.02.2016. Online abrufbar unter: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2014/_02/_03/Petition_49326.abschlussbegrueundungpdf.pdf, letzter Abruf am 07.04.20, 21.

Berghegger, Andre: Pressemitteilung der Bundestagsfraktion der Union vom 23.09.2015. Online abrufbar unter: <https://www.presseportal.de/pm/7846/3129932>, letzter Zugriff am 06.04.2021.

Entschließung des Arbeitskreises I der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten, Dezember 2014. Online abrufbar unter: <https://www.gedenkort-lebensraumpolitik.de/wp-content/uploads/2015/01/Entschlie%C3%9Fung-AK-I-Opfer-Lebensraumpolitik.pdf>, letzter Zugriff am 09.04.2021.

Gauck, Joachim: Rede zur Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Schloß Holte-Stukenbrock, 06.05.2015, S.2. Online abrufbar unter: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2015/05/150506-Holte-Stukenbrock.pdf?__blob=publicationFile, letzter Zugriff am 05.04.2021.

Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft vom 2. August 2000, §11 (3). Online abrufbar unter: <https://www.stiftung-evz.de/stiftung/gesetz-und-satzung.html>, letzter Zugriff am 26.01.2021.

Kleine Anfrage der Fraktion die Linke „Bilanz der Anerkennungsleistung für sowjetische Kriegsgefangene“, Bundestags-Drucksache 19/305, 20.12.2017.

Köhler, Horst: Begabung zur Freiheit. Rede zur Gedenkstunde zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges im Plenarsaal des Bundestages, dokumentiert in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 39.-2 vom 8.05.2005. Online abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/768748/99f086d8c04b971f120a43040dac3dfb/39-2-koehler-data.pdf?download=1>, letzter Zugriff am 27.04.2021.

Kontakte-Kontakty e.V.: Freitagbrief Nr. 101 von Mykola Kyrylowitsch Fen von 2005 (veröffentlicht am 11.10.2019). Online abrufbar unter: <https://kontakte-kontakty.de/mykola-kyrylowitsch-fen-neuer-freitagbrief-nr-101/>, letzter Zugriff am 15.04.2021.

Kontakte-Kontakty e.V.: Rundbrief November 2015. Online abrufbar unter: https://issuu.com/frankundfrei/docs/rundbrief_ns-opfer_1115_issuu-pdf_o.

Korte, Jan: Rede zum Antrag der Linksfraktion in der 173. Sitzung des Deutschen Bundestages am 31.1.2019. Online einsehbar unter: <https://www.jankorte.de/de/article/3197965.sowjetische-kriegsgefangene-als-ns-opfer-anerkennen.html>. Letzter Zugriff am 02.07.2020.

Petition 49326 „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ vom 03.02.2014. Online abrufbar unter: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2014/_02/_03/Petition_49326.nc.html, letzter Zugriff am 07.04.2021.

Plenarprotokoll 17/117 des deutschen Bundestages, 30.06.2011.

Plenarprotokoll 17/244 des deutschen Bundestages, 07.07.2013.

Plenarprotokoll 18/173 des Deutschen Bundestages, 02.06.2016.

Plenarprotokoll 18/85 des Deutschen Bundestages, 05.02.2015.

Plenarprotokoll 19/184 des Deutschen Bundestages, 09.10.2020.

Plenarprotokoll 01/79 des Deutschen Bundestages, 26.7.1950.

Plenarprotokoll 01/32 des Deutschen Bundestages, 27.1.1950.

Plenarprotokoll 19/77 des Deutschen Bundestages vom 31.01.2019.

„Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam“, Gutachten des wissenschaftlichen Dienst des Bundestages vom 28.10.2010, Aktenzeichen WD 1 – 3000-162-10.

„Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland 1941-1945“. Gutachten des wissenschaftlichen Dienst des Bundestages vom 20.03.2010, Aktenzeichen WD 1 – 3000 - 036/10.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: „Aus dem Schatten der Erinnerung“ vom 01.06.2011. Online abrufbar unter: https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/Dateien/Zeichen_setzen/70_Jahre_Ueberfall/Memorandum.pdf, letzter Zugriff am 01.04.2021.

Ulbricht, Walter: Das Verbrechen vom 22. Juni 1941, in: Neues Deutschland vom 22.6.1951, S.1.

Wortprotokoll der 47. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Protokoll Nr. 18/47, 18.05.2015.
Online abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/375660/d89d8d6791234d1cc5149c31dc8c49ec/047-Protokoll-data.pdf>, letzter Zugriff am 06.04.2021.

Online-Ressourcen

An Unrecht erinnern, Online-Ausstellung . Online abrufbar unter: <https://unrecht-erinnern.info>, letzter Zugriff am 14.04.2021.

Brössler, Daniel: Erinnerung an alle, in: Süddeutsche Zeitung vom 15.01.2020. Online abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/berlin-erinnerung-an-alle-1.4758005>, letzter Zugriff am 09.04.2021.

Burkardt, Fabian: Ambivalente Geschichtspolitik in Armenien, in: Deutsche Welle vom 31.01.2011. Online abrufbar unter: <https://www.dw.com/de/ambivalente-geschichtspolitik-in-armenien/a-14783037>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

CDU Stadtverband Schloß Holte-Stukenbrock, Stellungnahme „Die Rote Fahne - Ein Symbol für stalinistische Verbrechen an der Menschheit, Unterdrückung, Willkür und Brutalität - auf dem Boden der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock!“ vom 10.05.2011. Online abrufbar unter: <https://www.cdu-shs.de/index.php?ka=1&ska=1&idn=135>, letzter Zugriff am 19.12.2020.

Das entsprechende Konzept des zuständigen Landkreises. Online abrufbar unter: <https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/txt/normal/txt233.pdf>, letzter Zugriff am 19.12.2020.

Den entsprechenden Beitrag auf der Homepage des Vereins. Online abrufbar unter: <https://kontakte-kontakty.de/ein-erfolg-des-buergerengagements-fuer-ns-opfer/>, letzter Zugriff am 06.04.2021.

Dokumentation auf der Homepage der Gedenkstätte Ehrenhain- Zeithain. Online abrufbar unter: https://www.stsg.de/cms/zeithain/geschichte/geschichte_der%20gedenkstaette, letzter Zugriff am 07.01.2021.

Dokumentation der Rede Weizsäckers. Online abrufbar unter: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html, letzter Zugriff am 18.12.2020.

Donath, Klaus-Helge / Schulze, Tobias: Doppelt verfolgt, in: taz. die tageszeitung vom 04.05.2005. Online abrufbar unter: <https://taz.de/Sowjetische-Kriegsgefangene!/5009806/>, letzter Zugriff am 02.04.2021.

Feitscher, Georg: Erinnerung und Gedächtnis, in: Compendium Heroicum. Lexikon des Sonderforschungsbereichs „Helden – Heroisierungen – Heroismen“ der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Online einsehbar unter: <https://www.compendium-heroicum.de/lemma/erinnerung-gedaechtnis/>, letzter Zugriff am 14.01.2021.

Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, Bundestags-Drucksache 16/9875, 19.06.2008. Online abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/973862/414660/5c88e4e4ecb3ac4bf259c90d5cc54f05/2008-06-18-fortschreibung-gedenkstaettenkonzeption-barrierefrei-data.pdf?download=1>, letzter Zugriff am 09.04.2021.

Grabovac, Alem: Nominierung zum „Pantherpreis“ 2011, in: taz.die tageszeitung, Datum unbekannt. Online abrufbar unter: <https://taz.de/Nominierte-2011-Eberhard-Radczuweit!/117377/>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

Habermalz, Christiane: Sowjetische Kriegsgefangene. Späte Anerkennung des Unrechts, in Deutschlandfunk vom 20.05.2015. Online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/sowjetische-kriegsgefangene-spaete-erkennung-des-unrechts.2852.de.html?dram:article_id=320421, letzter Zugriff am 06.04.2021.

Höhne, Heinz: „Zuviel Zelluloid, zu wenig Information“, in „Der Spiegel“ vom 14.01.1981. Online einsehbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14345348.html>, letzter Zugriff am 07.01.2021.

Hübner, Wolfgang, Zwei Stunden Buchenwald, in: Neues Deutschland vom 19.06.2003. Online abrufbar unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/37166.zwei-stunden-buchenwald.html>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

Hübner, Wolfgang: Klage auf Entschädigung, in: Neues Deutschland vom 08.11.2002. Online abrufbar unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/26258.klage-auf-entschaedigung.html>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

Kontakte-Kontakty e.V.: „Ein Erfolg des Bürgerengagements für NS-Opfer“. Online abrufbar unter: <https://kontakte-kontakty.de/ein-erfolg-des-buergerengagements-fuer-ns-opfer/>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

Kontakte-Kontakty e.V.: „Freitagsbriefe“. Online abrufbar unter: <https://kontakte-kontakty.de/freitagsbriefe/>, letzter Zugriff am 27.04.2021.

Kontakte-Kontakty e.V.: „Geschichte des Vereins“. Online abrufbar unter: <https://kontakte-kontakty.de/geschichte-des-vereins/>, letzter Zugriff am 30.03.2021.

Lagergeschichte des Stalag Zeithain. Online abrufbar unter: https://www.stsg.de/cms/zeithain/geschichte/wehrmacht_und_kriegsgefangene, letzter Zugriff am 27.04.2021.

Leue, Vivien: Ein Friedensvertrag, der keiner war, in: Deutschlandfunk vom 11.09.2020. Online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/zwei-plus-vier-vertrag-vor-30-jahren-ein-friedensvertrag.724.de.html?dram:article_id=483987, letzter Zugriff am 25.01.2021.

Projekt „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte“ des DHI Moskau: <https://www.dhi-moskau.org/de/forschung/herrschaft-und-krieg/sowjetische-und-deutsche-kriegsgefangene.html>, letzter Zugriff am 21.01.2021.

Schmidt, Thilo: Kontakte in die Vergangenheit, in: Deutschlandfunk vom 07.05.2013. Online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/kontakte-in-die-vergangenheit.1001.de.html?dram:article_id=245798, letzter Zugriff am 08.04.2021.

Schönefeld, Monika: Bund fördert Gedenkstätte Stalag, in: Westfalenblatt vom 26.11.2020. Online abrufbar unter: <https://www.westfalen-blatt.de/OWL/Kreis-Guetersloh/Schloss-Holte-Stukenbrock/4320196-Haushaltsausschuss-gibt-25-Millionen-Euro-bis-2025-fuer-Besucherzentrum-und-museal-paedagogisches-Konzept-Bund-foerdert-Gedenkstaette-Stalag>, letzter Zugriff am 19.12.2020.

Staas, Christian: „Mir fehlen die Worte“, in Die Zeit vom 17.06.2010. Online abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2010/25/Zweiter-Weltkrieg-Russische-Gefangene>, letzter Zugriff am 20.03.2021.

Troebst, Stefan: Vorstoß für neues NS-Dokumentationszentrum, in Deutschlandfunk Kultur vom 22.05.2020. Online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/historiker-initiative-vorstoss-fuer-neues-ns.1008.de.html?dram:article_id=477208, letzter Zugriff am 09.04.2021.

van Ackeren, Magarete: Kriegsgefangene entschädigen?, in: Focus vom 20.09.2014. Online abrufbar unter: https://www.focus.de/politik/deutschland/union-empoert-ueber-gruene-kriegsgefangene-entschaedigen_id_4147903.html, letzter Zugriff am 02.04.2021.

Website des Arbeitskreises „Blumen für Stukenbrock“. Online abrufbar unter: <https://www.blumen-fuer-stukenbrock.eu/arbeitskreis.php>, letzter Zugriff am 19.12.2020.

Erklärung

- Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig ohne fremde Hilfe und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln verfasst habe.
- Ich bin damit einverstanden/ Ich bin nicht damit einverstanden, *(nicht Zutreffendes bitte streichen)* dass meine Arbeit mit elektronischen Hilfsmitteln auf Plagiate untersucht wird.

.....
Datum

.....
(Original-Unterschrift)